

Genehmigt: 23.04.2026

Protokoll 04

Stadtratssitzung
Donnerstag, 26.02.2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll beachten Sie das [Audioarchiv des Stadtrates](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2023.SR.0112	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2026.SR.0015	4
2 Protokoll Stadtrat 01 vom 15.01.2026; Genehmigung	
1998.GR.000013	5
3 Reglement vom 13. Juni 1999 über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (RFFV; SSSB 761.4); Totalrevision sowie Berichterstattung 2022-2024 und Umsetzungsprogramm 2025-2027; 1. Lesung	
2025.SR.0118	19
4 Motion: Mobilität von Bundesangestellten nachhaltiger gestalten; Annahme	
2025.SR.0139	24
5 Motion: Der Kreis schliesst sich im Westen: Die neue Personenunterführung Untermattweg als legaler Graffiti-Ort; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht	
2025.SR.0256	28
6 Motion: Kadenz der Entsorgung revidieren: Die Matte, das schwarze Quartier, muss die gleiche Entsorgung wie die oberen Gassen erhalten; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht	
2025.SR.0134	28
7 Postulat: Schutz von Wildtieren: Ein ausgewogener Lösungsansatz für Bern; Annahme	
2024.PRD.0065	33
8 Dählhölzli: Änderung des Zonenplans mit Plan Nr. 1487 vom 28. Mai 2025 und Teilrevision der Bauordnung vom 24. September 2006 (Abstimmungsbotschaft)	
Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr	34
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr	35
2024.PRD.0065	36
8 Dählhölzli: Änderung des Zonenplans mit Plan Nr. 1487 vom 28. Mai 2025 und Teilrevision der Bauordnung vom 24. September 2006 (Abstimmungsbotschaft)	
2024.SR.0312	42

11	Motion Natalie Bertsch (GLP), Maurice Lindgren (GLP): Mehr Vielfalt im Monbijoupark; Annahme	
2022.SUE.000006	53
18	Frauenfussball-EM 2025; Schlussbericht	
2018.SR.000129	59
19	Interfraktionelle Motion GB/JAI, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JAI/Yasemin Cevik, SP/Christa Ammann, AL) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Keine Kostenüberwälzungen auf OrganisatorInnen von nicht-kommerziellen, ideellen oder politischen Veranstaltungen; Begründungsbericht	
Verschieden und eingereicht	65
Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr	67

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidium

Valentina Achermann
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Thomas Glauser

Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Raffael Joggi
Barbara Keller
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys

Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Simone Roder
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rufenacht
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Anouk Ursin
Johannes Wartenweiler
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Laura Curau
Franziska Geiser
Helin Genis

Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Ronja Rennenkampff

Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lukas Wegmüller

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Stadtratskolleg*innen, nehmt doch gerne Platz – du, Alex, auch. Ich freue mich sehr. Es ist ein bisschen schade, dass wir jetzt nicht draussen gemeinsam Apéro trinken können. Aber zum Glück ist ja jetzt der Sommer oder beziehungsweise der Frühling bei uns eingekehrt. Zumindest bei mir verursacht das recht gute Laune. Ich hoffe, bei Ihnen auch. Und darum würde ich sagen, legen wir los mit der guten Laune.

Ich gebe als erstes die Entschuldigungen bekannt. Für alle Stadtratssitzungen haben sich Franziska Geiser vom GB, Helin Genis von der SP, Nora Joos von der JA!, Ronja Rennenkampff von der JA!, Judith Schenk von der SP und Lukas Wegmüller von der SP entschuldigt. In der ersten Sitzung abwesend ist Laura Curau von der Mitte. Und in der zweiten Sitzung abwesend sind Valentina Achermann von der SP und Nik Eugster von der FDP. Etwas verspätet eintreffen werden Valentina Achermann und Maurice Lindgren von der GLP. Tom hat sich zwar als verspätet angemeldet, aber Tom Berger von der FDP ist bereits da.

Wir haben zum Glück heute keine Rücktritte zu verkünden und somit auch keine neuen Ratsmitglieder zu begrüßen. Ich möchte aber nochmals herzlich zum Geburtstag gratulieren. Und zwar hatte vor einigen Tagen meine Vizestadtratspräsidentin Béatrice Wertli Geburtstag, ausserdem letzten Samstag, das steht zwar nicht auf meiner Liste, aber ich habe es erfahren, auch Janosch Weyermann. Also auch dir noch herzlich alles Gute zum Geburtstag. Und Corina Liebi wird in zwei Tagen Geburtstag feiern, also fröhliches Feiern noch in die Zukunft.

Dann komme ich zu den Mitteilungen. In der Sitzungspause findet das Treffen des Stadtrats mit dem Jugendparlament statt. Auch da freue ich mich sehr auf den Austausch. Ich habe gesehen: Es sind viele angemeldet. Kommt also gerne nach der Sitzung sofort unten in die Ratshalle.

Nicht vergessen: Wie immer Badgen am Anfang und nach der Pause wieder. Damit die Arbeit von Béatrice erleichtert wird: die dringlichen Vorstösse gerne bis 21 Uhr einreichen und die übrigen Vorstösse bis 21.30 Uhr.

Uns liegt kein Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass vor. Dann würde ich sagen, fahren wir fort bereits mit Traktandum 2.

2026.SR.0015

2 Protokoll Stadtrat 01 vom 15.01.2026; Genehmigung

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 2, Protokoll der Stadtratssitzung vom 15. Januar 2026. Uns liegen keine Änderungswünsche vor. Ist dieses Protokoll bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann danke ich sehr herzlich den Verfasserinnen für das Protokoll.

Stillschweigend genehmigt.

1998.GR.000013

3 Reglement vom 13. Juni 1999 über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (RFFV; SSSB 761.4); Totalrevision sowie Berichterstattung 2022-2024 und Umsetzungsprogramm 2025-2027; 1. Lesung

Präsidentin: Nun kommen wir bereits zum ersten etwas grösseren Geschäft heute Abend, und zwar zum Traktandum 3, die Totalrevision über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs RFFV. Es handelt sich um die erste Lesung sowie die Berichterstattung 2022-2024 und um das Umsetzungsprogramm 2025-2027. Ich erteile als erstes der Kommission das Wort. Für die PVS, Mirjam Läderach.

Mirjam Läderach (GB) für die Kommission: Nora Joos war in der Kommission Referentin dieses Geschäfts. Da sie heute nicht anwesend sein kann, übernehme ich ihr Votum. Die Berichterstattung, das Umsetzungsprogramm und die Totalrevision des Reglements über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs, also kurz RFFV, das werden wir noch ein paar Mal hören, wurden in der PVS mehrheitlich mit 1 respektive 2 Enthaltungen angenommen. Gegenstimmen gab es keine. Die Kommission bedankt sich bei der Fachstelle für die gute Arbeit während den letzten zwei Berichtsjahren.

Gleichzeitig blickt die PVS gespannt auf die geplante Umsetzung der neuen Schwerpunkte. Zwei Schulstrassen pro Jahr, roter Belag, eine Vielfalt von Veloverkehr sowie genügend Velostationen sind die zukünftigen Schwerpunkte. Der Gemeinderat strebt bis 2035 an, dass 35% der Wege mit dem Velo und 30% zu Fuss zurückgelegt werden. Dass diese Ziele neu nicht mehr im Reglement festgeschrieben sind, fand eine Mehrheit der Kommission vertretbar. Eine Minderheit argumentierte, dass eine Festhaltung der Ziele im Reglement transparenter wäre. Denn klar definierte Ziele im Reglement würden einen effizienteren Einsatz der städtischen Mittel ermöglichen und gäben allen Verwaltungseinheiten eine gemeinsame Richtung vor.

Ebenfalls eine Minderheit der PVS forderte, dass, wenn die Prozentziele bis 2035 nicht erreicht werden, zusätzliche finanzielle Mittel zu sprechen sind. Dies ist der PVS-Minderheitsantrag zum Artikel 7. Die PVS hat lange über die Verkehrsunfallstatistik diskutiert. Die Statistik zeigt, dass die Schweiz im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern viele tödliche Unfälle verzeichnet, besonders auch im Bereich der Fussgänger*innen. Die skandinavischen Länder haben alle eine Vision Zero definiert. In diesen Ländern steht der landesweite Wert auf null, obwohl sie grösser sind als die Schweiz. In der Schweiz zählt man zwischen 10 und 20 Verkehrstote pro Jahr. In der Stadt Bern zeigt sich ein positiver Trend. Die Anzahl Unfälle der zu Fuss Gehenden und Velofahrenden sinkt. Die Daten enthalten jedoch aus verschiedenen Gründen auch eine grosse Unsicherheit.

Eine Mehrheit der Kommission fordert, dass im Reglement festgehalten wird, dass angestrebt wird, tödliche Unfälle zu verhindern. Das ist der PVS-Antrag zu Artikel 3. Die PVS begrüsst, dass der Gemeinderat die erforderlichen Massnahmen in Richtung 0 Verkehrstote ergreifen will. Ebenfalls erfreulich ist, dass neu die subjektive und die objektive Sicherheit gefördert werden sowie die Sicherheit besonders schutzbedürftiger Menschen wie Kinder, ältere Menschen oder auch Menschen mit Behinderung. Der Antrag von GFL-EVP zur objektiven und subjektiven Sicherheit konnte in der Kommission nicht diskutiert werden.

Nun zum Budgetbetrag, welcher im RFFV festgehalten wird. Bis jetzt steht im Reglement, dass man der Fachstelle 2,45 Millionen zur Verfügung stellt. Neu soll kein fixer Betrag, sondern eine Bandbreite von 2,45 bis 3,15 Millionen festgehalten werden. Und

welcher genaue Betrag pro Jahr an die Fachstelle geht, soll jeweils im Rahmen der Budgetbehandlung im Stadtrat festgelegt werden. Die PVS diskutierte, ob die Bandbreite vergrössert werden sollte. Zudem wurde diskutiert, ob der Mindest- und Maximalbetrag erhöht werden sollten. Die Vorschläge fanden keine Mehrheit in der Kommission. Im Jahr 2027 sieht der AFP vor, 3,15 Mio. Franken für die Fuss- und Veloförderung zu sprechen. Dies ist notwendig, da die Veloinfrastruktur vermehrt durch bauliche Massnahmen gefördert werden muss. Die kostengünstigen Fördermassnahmen wie Markierungen wurden in der Vergangenheit bereits umgesetzt. Neu ist im Reglement auch vorgesehen, den Unterhalt und die Betriebskosten für den roten Belag über den RFFV-Topf zu finanzieren, was bisher über das Erfolgsbudget des Tiefbauamts lief. Und zum Schluss hat sich die PVS noch die Frage gestellt, ob allen Städter*innen oder allen Velofahrer*innen ein Velohelm geschenkt werden sollte. Die Antwort dafür bleibt ausstehend.

Präsidentin: Du kannst das Fraktionsvotum gleich anschliessen.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Dann werde ich noch das Fraktionsvotum anschliessen. Die GB-JAI-Fraktion begrüsst die Überarbeitung des Reglements und nimmt die Berichterstattung der Fachstelle auch positiv zur Kenntnis. Die alten Zielwerte zum Anteil Fuss- und Veloverkehr wurden erreicht, und das freut uns sehr. Zum Ausblick: Die GB-JAI-Fraktion begrüsst es, dass neue Ziele festgelegt wurden. Damit die Ziele von 35% und 30% aber erreicht werden können, muss der Fachstelle genügend Geld zur Verfügung stehen. Und wir beantragen deshalb, dass die Bandbreite auf 3,15 Mio. Franken bis 3,85 Mio. Franken erhöht wird. Das ist der GB-JAI-Antrag zu Artikel 8 des Reglements. In den letzten Jahren konnten mit einfachen Massnahmen Verbesserungen kostengünstig erreicht werden. In den nächsten Jahren werden dann vermehrt bauliche Projekte und die neuen Schwerpunkte zusätzlichen Ressourcenbedarf mit sich bringen. Dazu kommt das Wachstum der städtischen Bevölkerung sowie die neue Mitfinanzierung überdurchschnittlicher Unterhalts- und Betriebskosten.

Damit die Ziele betreffend Unfälle und des Anteils des Velo- und Fussverkehrs bis 2035 erreicht werden können, sind deshalb sowohl der Mindestbetrag als auch der maximale Betrag im Reglement um 0,7 Mio. Franken zu erhöhen. Denn nur, wenn wir in den nächsten Jahren genügend finanzielle Mittel sprechen, wird es möglich sein, das Ziel von null Verkehrstoten zu erreichen. Jede Person, die im Verkehr tödlich verunfallt, ist eine zu viel. Deshalb im Sinne der Vision Zero: Danke, dass ihr unserem Antrag zum Budgetbetrag zustimmt. Was die skandinavischen Länder können, sollte die Schweiz oder zumindest die Stadt Bern auch erreichen. Zu den PVS-Anträgen: Die GB-JAI-Fraktion findet es sinnvoll, das Ziel zur Anzahl Verkehrstote und Anzahl Unfälle von zu Fuss Gehenden und Velofahrenden im Reglement festzuhalten. Wir stimmen dem entsprechenden PVS-Antrag zu. Den PVS-Minderheitsantrag nehmen wir ebenfalls an. Bei einem Verfehlen der Ziele, was wir natürlich nicht hoffen, sind weitere Mittel zu sprechen und zusätzliche Massnahmen zu ergreifen. Den GFL-EVP-Antrag zum Artikel 3 lehnen wir ab. Es ist wichtig, dass neben der objektiven Sicherheit auch Massnahmen getroffen werden, welche das Sicherheitsgefühl der zu Fuss Gehenden und Velofahrenden erhöht. Das reduziert Stress und Angst der Verkehrsteilnehmenden und ist wünschenswert.

Die drei Tischaufgaben, also die drei Anträge der FDP, lehnen wir auch ab. Wir finden, dass wir nicht den Wirtschaftsverkehr in ein Reglement für Fuss- und Veloverkehr aufnehmen müssen. Wir sprechen uns als Fraktion gegen eine zweite Lesung aus, da wir

der Meinung sind, dass die wichtigsten Fragen bereits in der Kommission und auch heute hier diskutiert werden können.

Und noch abschliessend: Das Reglement für die Förderung für den Fuss- und Veloverkehr ist ein wichtiges Puzzlestück für das Erreichen der städtischen Klimaziele. Seien wir also bei der Mobilitätswende nicht knausrig, sonst holt es uns in Form von Hitzesommern, Überschwemmungen und anderen Extremwetterereignissen wieder ein. Und auch bei der Verkehrssicherheit finden wir: Wir sollten als Stadt nicht sparen. Verkehrsunfälle sind nie wünschenswert und können durch eine gute Infrastruktur verhindert werden. Unterstützen wir die Fachstelle, dies in den nächsten zwei Jahren weiter anzugehen. Merci vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr könnt euch jetzt sehr gerne für die Fraktionsvoten anmelden. Die Minderheit wurde auch von der Kommission vorgestellt. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Für die GFL-Fraktion, Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Als erstes, herzlichen Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung für dieses sehr gut ausgearbeitete Reglement. Wir haben eigentlich fast nichts daran zu meckern oder zu ergänzen. Es sind ein paar wenige Tüpfelchen, die wir setzen möchten. Und deswegen komme ich auch gleich zu den Anträgen.

Als erstes jener der GLP/EVP-Fraktion: Der Antrag mit der subjektiven Sicherheit ist nicht von der GFL, sondern von der GLP. Wir kommen auch gleich zu diesem Antrag. Das ist der Artikel 3. Den Antrag lehnen wir als GFL ab. Einerseits haben wir schon Sympathien, dass man von diesem subjektiven Sicherheitsempfinden zu einem objektiven wechseln möchte, weil das ja auch irgendwie evaluierbar und quantifizierbar ist. Aber gleichzeitig finden wir, dass die subjektive Sicherheit eben extrem relevant ist im öffentlichen Verkehr. Wenn man das ein bisschen zuspitzt, könnte man sagen, dass, wenn eine Strasse extrem viel Verkehr hat, alle Eltern ihre Kinder mit dem Auto in die Schule fahren würden. Es würde null Autounfälle geben. Es würde sich auch niemand beklagen, weil die Kinder ja sicher zur Schule kommen. Und trotzdem wäre es einfach die unmöglichste Strasse im ganzen Quartier. Also objektiv gemessen an den Unfallzahlen oder auch, wenn man die Leute befragen würde, die sich noch auf dieser Strasse befinden, würde man sagen: Die ist sicher. Aber de facto ist sie eben überhaupt nicht sicher. Und wenn wir eine Stadt anstreben, die für Menschen von 4 bis quasi 100 langsamverkehrsfreundlich sein soll, dann spielt eben dieses Gefühl von Eltern oder von Kindern oder von älteren Menschen, ob sie sich sicher fühlen, eine wesentliche Rolle, ob sie diesen Raum nutzen oder eben nicht nutzen. Wenn sie einfach zu Hause bleiben, dann ist die Strasse sicher für die Nutzenden, die 30-Jährigen, die 40-Jährigen, aber eben nicht für die Leute am unteren oder am oberen Rand. Und deswegen: Wir verstehen eigentlich das Anliegen, aber wir finden es nicht zielführend.

Ebenfalls zu Artikel 3 gibt es einen PVS-Antrag, den wir extrem wichtig finden, nämlich, dass man reglementarisch verankert, dass man die Unfälle reduzieren möchte und eben auch diese tödlichen Unfälle. Wir hätten es sehr begrüsst, wenn man gewagt hätte, hier die Vision "Null Verkehrstote" reinzuschreiben. Denn jede einzelne Verkehrstote ist eine zu viel. Aber wir sind auch einverstanden mit dieser Kompromisslösung, weil sie auf das gleiche Ziel hin arbeitet.

Dann gibt es einen PVS-Minderheitsantrag zu Artikel 7, der die Erhöhung der Finanzmittel auch noch mitnennt – wenn die Ziele nicht erreicht werden, dass man dann im Rahmen der neuen Massnahmen auch die Finanzierung der neuen Massnahmen sicherstellt. Es spricht nichts dagegen. Aber es handelt sich ja um ein Reglement, und

Reglemente sollte man so schlank wie möglich halten. Und wenn man sagt, man gewähre Massnahmen, dann ist die Finanzierung dieser Massnahmen eigentlich in diesen Massnahmen drin. Also das muss man nicht mit einem zusätzlichen Satz auch noch ausformulieren.

Dann gibt es noch diese Festschreibung der Ziele in Prozentzahlen, das finden wir nicht ebenengerecht. Das gehört nicht in ein Reglement. Vielleicht übertreffen wir ja das Ziel, was auch positiv sein könnte. Und dann könnte man uns darauf behaften, dass wir eben nur diese 30% oder was auch immer verlangt haben. Also ich denke: Wir machen einfach das Bestmögliche. Aber da wir schon so weit sind – ich denke, vorher war es gut, dass wir Ziele hatten – und so viel erreicht haben, muss das nicht noch einmal im neuen Reglement festgeschrieben werden. Das Geschäft nehmen wir natürlich an.

Präsidentin: Danke. Für die SP-JUSO-Fraktion, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Zuerst etwas Grundsätzliches: Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Wie und wie einfach wir von A nach B gelangen, bestimmt unseren Alltag in sehr hohem Mass mit. Und die Stadt setzt hier den Fokus schon lange auf die Reduktion von motorisiertem Individualverkehr und auf die Förderung des öffentlichen sowie des Fuss- und Veloverkehrs. Das finden wir natürlich richtig und sehr wichtig.

Heute sprechen wir ganz konkret über den Fuss- und den Veloverkehr. Hierbei spielen Fragen der Sicherheit, aber auch der Umweltverträglichkeit und – speziell für das Velo – des Ausbaus der Infrastruktur eine übergeordnete Rolle. Der Gemeinderat legt uns nun eine Totalrevision des RFFV vor, und zwar aus verschiedenen Gründen, die wir bereits gehört haben. Ein wichtiger Grund ist auch der Bedarf einer grösseren Finanzierung. Die SP-JUSO-Fraktion begrüsst die neuen und auch ambitionierten Zielsetzungen des Gemeinderats. So soll der Anteil der mit dem Velo zurückgelegten Wege bis 2035 auf 30% ansteigen und für den Fussverkehr wird eine Stabilisierung auf hohem Niveau angestrebt. Die Schwerpunkte und auch die Projekte, die der Gemeinderat im Vortrag vorstellt, finden wir für diese Zielsetzungen zielführend. Es gibt einerseits mehr Investitionen in eine kinderfreundliche Schulumgebung, ein durchgängiger roter Belag für die Sicherheit der Velofahrenden, aber auch für die anderen Verkehrsteilnehmenden, und auch mehr Veloabstellplätze rund um den Bahnhof, die schlussendlich die Mobilität der Pendler*innen erleichtern.

Auf der Projektebene hervorzuheben sind, finden wir, unter anderem die Einführung von 24-Stunden-Gratis-Parkplätzen fürs Velo, Massnahmen gegen Elterntaxis und die Unterstützung von E-Bike-Kursen für Senior*innen.

Zu den Anträgen: Die SP-JUSO-Fraktion wird grösstenteils dem Gemeinderat folgen. Den Antrag der GLP-EVP-Fraktion werden wir ablehnen, weil wir die subjektive Sicherheit als zentral erachten. Den Antrag der Fraktion GB-JA, also der PVS-Minderheit, lehnen wir ebenfalls ab, weil eine Erhöhung des Finanzrahmens auch angesichts der finanziellen Lage der Stadt nicht sinnvoll ist, und weil die meisten Verbesserungen für den Veloverkehr sowieso über Investitionskredite beispielsweise im Rahmen einer Strassensanierung ablaufen. Die Anträge der FDP-Fraktion lehnen wir ebenfalls ab. Die SP-JUSO-Fraktion ist dagegen, den Wirtschaftsverkehr einfach grundsätzlich gegenüber dem Velo- und Fussverkehr zu priorisieren. Zudem denken wir, dass der Wirtschaftsverkehr auch als Teil des Velo- und Fussverkehrs zu betrachten ist. Wenn jemand mit dem Cargovelo eine Lieferung macht, dann ist das Teil des Veloverkehrs und auch entsprechend zu priorisieren. Schliesslich werden wir dem Antrag der PVS zustimmen, weil so auch der Reduktion von Unfällen noch mehr Rechnung getragen wird.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Für die GLP-EVP-Fraktion, Seraina Flury.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Fachstelle Fuss- und Veloverkehr für die vorgelegte Berichterstattung 2022 bis 2024 und die Totalrevision des Reglements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Unsere Fraktion begrüsst die Ambition, die Verkehrswende in Bern weiter voranzutreiben, und anerkennt die positiven Entwicklungen.

Zunächst Positives: Die Entwicklung des Veloverkehrs in den letzten Jahren macht Freude. Die Stadt hat mit einer Vielzahl von Projekten eine spürbare Verbesserung der Bedingungen für Velofahrende erreicht. Dass die bisherigen Ziele des STEK (Stadtentwicklungskonzept) für den Veloanteil bereits vor 2030 erreicht wurden, ist ein schöner Erfolg. Ebenso positiv ist, dass die Vorlage explizit den Beitrag der Fuss- und Veloförderung zur Erreichung der städtischen Klimastrategie anerkennt. Mehr Velos und mehr Fusswege bedeuten weniger Motorisierung, weniger Energieverbrauch und weniger Treibhausgasemissionen im städtischen Raum – ein direkter und wirkungsvoller Beitrag zu einer stadt- und klimaverträglichen Mobilität.

Ein weiterer positiver Punkt aus unserer Sicht ist die vorgeschlagene Flexibilisierung der Finanzierung. Die Einführung einer Bandbreite für das Jahresbudget mit der präzisen Festlegung im Rahmen des Budgetprozesses scheint uns vorausschauend und pragmatisch. Das schafft Planungssicherheit, bleibt aber zugleich anpassungsfähig an die realen Bedürfnisse, sprich, an die Planungsressourcen und die Existenz oder das Vorhandensein von ausführungsfähigen Projekten. Dass Gemeinde- und Stadtrat zudem den Spielraum erhalten, über den ordentlichen Budgetprozess die konkrete Mittelvergabe vorzunehmen, finden wir zielführend, und es hilft der Abstimmung mit anderen Politikbereichen. Den Minderheitsantrag der PVS zu Artikel 7 lehnen wir aus Gründen der Budgetdisziplin ab.

Die vier Schwerpunkte für das Umsetzungsprogramm finden unsere Unterstützung. Sie adressieren sowohl Verkehrsverlagerung als auch Attraktivität und Sicherheit und sind damit genau die Hebel, mit denen nachhaltige Verhaltensänderungen gefördert werden können.

Es gibt aber auch Aspekte, die wir kritisch sehen. Erstens ist die Berichterstattung aus unserer Sicht stark auf die Darstellung der Tätigkeiten und Projekte fokussiert, was wann gemacht wurde, weniger auf die tatsächlich erzielte Wirkung. Da wünschten wir uns eine stärkere Verknüpfung mit der Wirkung effektiv; zum Beispiel, wie viel Verkehr verlagert wird, wie sich die Sicherheit verändert. So lässt sich künftig noch zielgerichteter priorisieren und die Mittel können effizienter eingesetzt werden.

Zweitens beanstanden wir die zeitliche Traktandierung. Das Umsetzungsprogramm 2025-2027 wird im Februar 2026 behandelt. Das hat etwas den Touch einer Alibiübung. Wenn ein Programm bereits für die Jahre ab 2025 gilt, dann darf die politische Behandlung und die Klarheit über Ressourcen und Prioritäten nicht erst zur Halbzeit des Umsetzungszeitraums erfolgen.

Drittens möchten wir, was jetzt schon vermehrt angesprochen worden ist, den Einwand unserer Fraktion zum Reglementsentwurf kurz erläutern. Die zusätzliche Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit im Reglement lässt aus unserer Sicht Fragen offen. Subjektive Sicherheit, das Sicherheitsgefühl, das ist auch aus unserer Sicht sehr wichtig für die Akzeptanz und die Nutzungsbereitschaft. Uns ist wichtig, dass dieses Sicherheitsgefühl mit Zahlen, Daten und Fakten messbar ist, beispielsweise mittels Befragungen oder Stressmessungen. Diese Zahlen müssen dann zusammen mit Unfallraten, Gefährdungspotenzialen und so weiter und so fort die fachliche

Basis für Infrastrukturentscheidungen sein. Wir haben darum den Antrag gestellt, die beiden Adjektive nicht ins Reglement aufzunehmen, und bitten euch, den GLP-EVP-Antrag zu unterstützen.

Abschliessend bekennt sich unsere Fraktion zur Stärkung des Fuss- und Veloverkehrs als wichtigen Pfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Wir erwarten, wie schon gesagt, eine stärkere Wirkungsorientierung und eine zeitgerechtere Behandlung des Geschäfts. Wir danken dem Gemeinderat, der Verwaltung für ihre Arbeit und werden die Vorlage unterstützen. Den PVS-Antrag nehmen wir an, die Anträge der FDP, von GB/JA! und den Minderheitsantrag der PVS lehnen wir ab. Besten Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Für die FDP-Fraktion, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir unterstützen im Grundsatz das Reglement, das den kombinierten Verkehr fördern will und eine friedliche Koexistenz aller Verkehrsträger anstrebt. Was wir aber nicht gut finden, ist, wenn es ein Trojanerreglement wäre, das unter dem Deckmantel von Fuss- und Veloverkehrsförderung den MIV unnötig schikanieren will.

Das Ambitionsniveau von 30% Veloanteil im Modalsplit ist aus unserer Sicht nicht realistisch. Man bringt immer Utrecht als Beispiel. *Oliver Berger weist auf Niederländisch darauf hin, dass Utrecht und Bern nicht vergleichbar und insbesondere in Bezug auf Wetter und Topografie unterschiedlich seien. ("Maar ik spreek nu Nederlands; maar Utrecht en Bern zijn niet te vergelijken. Het is een groot verschil tussen het weer en de topografie van Nederland en Zwitserland.")*

Kurz gesagt: Es sind zwei Paar Schuhe.

Wir kommen zu den Anträgen. Die Anträge der FDP nehmen wir selbstredend an. Es ist wichtig, dass das Gewerbe einbezogen wird und nicht Massnahmen beschlossen werden, die zu Lasten der Wirtschaft gehen. Des Weiteren fordern wir, wie das auch schon einmal Altstadtrat Michael Daphinoff gemacht hat, dass der Velo- und Fussverkehr entflechtet und auf Nebenstrassen umgeleitet wird. Den Antrag der EVP nehmen wir ebenfalls an. Die Sicherheit soll sich an objektiven Kriterien orientieren. Den Antrag der PVS lehnen wir ab. Eine absolute Sicherheit im Sinne einer Vollkasko-Versicherung gibt es im Leben nie. Es gibt hier übrigens auch schon Projekte des Bunds, die Via Sicura heissen. Unfallschwerpunkte werden sowieso automatisch unter die Lupe genommen. Das muss man nicht separat in ein Reglement hineinschreiben. Den Antrag der PVS-Minderheit lehnen wir aus Kostengründen ab, ebenfalls den Antrag von GB/JA!. Wir werden je nach Ausgang der Abstimmungen über die Anträge der Reglementsänderung zustimmen oder sie ablehnen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Viel ist schon gesagt worden. Ich glaube, es ist unbestritten, dass es Sinn macht, den Veloverkehr zu stärken, auch den Fussgängerverkehr. Aber wie auch schon gesagt wurde, ist es teilweise sehr viel Ideologie. Von mir aus kann man noch so viel Geld ausgeben und noch so viele Velodings bauen, ich werde nicht mit dem Velo fahren. Das geht auch anderen Leuten so. Das ist einfach die freie Entscheidung und dessen muss man sich einfach bewusst sein. Mir fehlt in diesem Konzept aber auch ein bisschen der Mix zum ÖV, denn teilweise wollen die Leute auch den ÖV nehmen, weil es im Winter sehr kalt ist oder – mit der Klimaerwärmung – im Sommer sehr heiss. Dann nehmen die Leute das, was ihnen passt und was für sie gut ist. Und dessen muss man sich einfach bewusst sein. Der Rest ist eigentlich schon

gesagt worden. Ich sage noch kurz, was wir bei den Anträgen abstimmen werden. Den Antrag der GLP-EVP werden wir annehmen, die der FDP auch. Den Rest werden wir ablehnen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke. Die Redner*innenliste wäre frei für Einzelvoten. – Es scheint keine Einzelvoten zu geben. Dann übergebe ich gerne Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, das Reglement über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs, kurz RFFV, ist meines Erachtens eines der besten Instrumente, um die von Ihnen, von uns, der Berner Stadtbevölkerung gesteckten Klimaziele zu erreichen. Es hat einen Vorzeigecharakter schweizweit. Die Fachstelle Fuss- und Veloverkehr ist derzeit in mehr als 100 Projekte involviert, bei vielen ist sie gar im Lead; bei Sofortmassnahmen wie an der Thunstrasse zum Beispiel, wir haben sie hier diskutiert, bei Grossprojekten wie dem ESP (Entwicklungsschwerpunkt) Ausserholligen, bei der Planung von Velostationen, beim Veloverleihsystem und vielem mehr. Die Ziele sind klar, wir haben das heute auch schon einige Male gehört: Bis im Jahre 2035 sollen 65% der Wege in der Stadt Bern zu Fuss oder mit dem Velo zurückgelegt werden, 35% zu Fuss, 30% mit dem Velo.

Ich bin überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Mit Rücksicht auf die aktuelle Finanzlage der Stadt Bern hat sich der Gemeinderat entschieden, den RFFV nicht mit einem jährlichen Fixbetrag zu alimentieren, sondern mit einer Bandbreite, mit einem Höchstbetrag von 3,15 Mio. Franken pro Jahr. Den Antrag der PVS-Minderheit in Artikel 9 lehnen wir deshalb ab, denn er verlangt einen Automatismus bei der Mittelaufstockung. Dies würde dem Grundgedanken der Bandbreite zuwiderlaufen.

So lehnt der Gemeinderat auch die Mittelerhöhung in Artikel 8 ab. Das Konzept der Bandbreite haben wir in der Regierung mit dem Maximalbetrag von, ich habe es schon gesagt, 3,15 Mio. Franken definiert. Den Zusatz der PVS in Artikel 3, wonach die Stadt Massnahmen ergreifen soll, um die Anzahl der Unfälle zu reduzieren, unterstützen wir. Das machen wir ohnehin schon.

Dann noch zu den FDP-Anträgen: Das Parlament kann eigentlich alles in ein Gesetz schreiben. Aber beim RFFV geht es primär um die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und nicht um den Wirtschaftsverkehr. Den regeln wir anderweitig. Und auch bei der Interessenabwägung ist es unüblich, jemanden explizit zu erwähnen und andere Dinge wie zum Beispiel Hindernisfreiheit, Kosten, Denkmalschutz oder auch Unterhalt dann aussen vor zu lassen.

Die Verbannung der Velorouten auf die Nebenstrassen ist nicht der Plan, den wir im Masterplan Veloinfrastruktur festgeschrieben haben. Wir haben ja diesen Masterplan heute Nachmittag in der PVS vorgestellt. Dort in diesem Masterplan ist das Veloroutennetz bereits definiert. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die drei Anträge der FDP abzulehnen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wie ihr bereits im Kommissionsvotum gehört habt, schlägt die PVS vor, auf die zweite Lesung zu verzichten. Wir würden aber jetzt trotzdem formell darüber abstimmen. – Nadja hat natürlich recht, wir stimmen als erstes über die Anträge ab und dann über die zweite Lesung. Es kommt darauf an, welche Anträge angenommen wurden. Darum bitte ich euch jetzt, eure Antragsliste hervorzunehmen. Ich würde vorschlagen, für die Behandlung der Anträge, über die unbestrittenen Anträge des Gemeinderats nicht explizit abzustimmen. Ich werde dennoch jedes Mal euch etwas dazu sagen und ihr könnt intervenieren, falls ihr dennoch darüber abstimmen wollt. Aber so sparen wir ein paar Abstimmungen. Wir kommen als erstes zum

Artikel 1, zum Grundsatz. Ist dieser Artikel 1 bestritten? – Dieser Artikel 1 ist bestritten. Das heisst, wir werden jetzt über den Artikel 1 abstimmen.

Abstimmung Nr. 005

1998.GR.000013: Artikel 1 gemäss Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	56
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Der Artikel 1 wurde angenommen. Wir kommen nun zum Artikel 2 Absatz 1. Hier bitte ich euch, die Tischvorlage zur Hand zu nehmen. Wir werden die Anträge des Gemeinderats dem Antrag der FDP gegenüberstellen. Hier würdet ihr, falls ihr dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchtet, Grün abstimmen, dem Antrag der FDP zustimmen möchtet, Rot abstimmen, und bei den Enthaltungen Weiss.

Antrag 1 Tischvorlage

FDP

Art. 2 Förderung des Fuss- und Veloverkehrs

~~1 Ziel der Förderungsmassnahmen ist die Umlagerung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt auf den Fuss- und Veloverkehr in Abstimmung mit dem öffentlichen Verkehr. Die Stadt Bern ergreift die erforderlichen Massnahmen, um den Anteil des Veloverkehrs in der Stadt Bern bis 2030 zu verdoppeln und den Anteil des Fussverkehrs an den von der Stadtbevölkerung zurückgelegten Wegen auf mindestens 37 Prozent zu erhalten.~~ **Ziel der Fördermassnahmen ist die Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr auf den Fuss- und Veloverkehr in Abstimmung mit dem öffentlichen Verkehr und dem Wirtschaftsverkehr.**

Abstimmung Nr. 006

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1 Tischvorlage

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	45
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt. Jetzt werden wir über den obsiegenden Antrag nochmals abstimmen. Wir stimmen also über den Antrag des Gemeinderats nochmals ab.

Abstimmung Nr. 007

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	56
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats wurde angenommen. Wir kommen nun zum Antrag 2 Absatz 2. Wir mehrten die Anträge ebenfalls aus. Für den Antrag des Gemeinderates stimmt ihr Grün, für den Antrag der FDP stimmt ihr Rot.

Antrag 2 Tischvorlage

FDP

2 Die Stadt ergreift die erforderlichen Massnahmen, um den Anteil des Fuss- und Veloverkehrs entsprechend zu steigern. Dies ohne Beeinträchtigung des Gewerbes.

Abstimmung Nr. 008

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 2 Tischvorlage

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	46
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Auch hier obsiegt der Antrag des Gemeinderats. Wir stimmen hier nochmals über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats ab.

Abstimmung Nr. 009

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	50
Nein	8
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats angenommen. Sind die Absätze 3 und 4 bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann sind diese wie vom Gemeinderat beantragt beschlossen. Ist der Antrag der FDP, der vorgeschlagene Absatz 5, bestritten? – Ja, der Antrag der FDP ist bestritten. Darum stimmen wir jetzt über den Antrag der FDP ab. Ihr stimmt dem Antrag der FDP mit Grün zu, ablehnend mit Rot und Weiss für Enthaltungen.

Antrag 3 Tischvorlage

FDP

5 (neu) Velorouten und Fussverbindungen sollen, wo immer möglich abseits der Hauptverkehrsachsen realisiert werden. Der motorisierte Individualverkehr und der Langsamverkehr sind durch alternative Routen via Nebenstrassen zu entflechten.

Abstimmung Nr. 010

1998.GR.000013: Antrag 3 Tischvorlage

Ablehnung

Ja	15
Nein	47

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag der FDP wurde abgelehnt. Wir kommen bei Artikel 3 wieder zurück zur regulären Antragsliste. Auch hier werden wir die Anträge ausmehren. Der Antrag des Gemeinderats gegenüber dem Antrag der GLP-EVP-Fraktion: Wer für den Antrag des Gemeinderats ist, gerne Grün, den Antrag der GLP-EVP-Fraktion gerne Rot.

Antrag 1

GLP/EVP

Art. 3 Förderung der subjektiven und objektiven Sicherheit

Die ~~Gemeinde~~ **Stadt** fördert mit geeigneten Massnahmen die subjektive und objektive Sicherheit der zu Fuss Gehenden, der Velofahrenden und der Menschen mit Behinderung, **gehenden und velofahrenden Personen. Sie fördert** insbesondere den Schutz vor dem motorisierten Verkehr auf stark befahrenen Strassen, auf Schulwegen, bei Spiel- und Freizeitanlagen, bei Heimen und Quartierzentren und bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. **Dabei legt sie ein besonderes Augenmerk auf Menschen mit erhöhten Schutz- und Sicherheitsbedürfnissen, insbesondere von Kindern, älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen.**

Abstimmung Nr. 011

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	38
Nein	24
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt. Nun stimmen wir über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats ab.

Abstimmung Nr. 012

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	58
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats ist angenommen worden. Die PVS beantragt einen neuen Absatz 2 von Artikel 3. Ist dieser bestritten? – Ja, dieser ist bestritten. Dann stimmen wir auch über diesen ab. Gerne jetzt darüber abstimmen.

Antrag 2

PVS

(Neu) **2 Die Stadt ergreift die erforderlichen Massnahmen, um die Anzahl der Unfälle mit zu Fuss gehenden oder velofahrenden Personen zu reduzieren und strebt an, tödliche Unfälle zu verhindern.**

Abstimmung Nr. 013

1998.GR.000013: Antrag 2	
Annahme	
Ja	51
Nein	11
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag der PVS wurde angenommen. Wir kommen nun zu den Artikeln 4, 5 und 6. Hier würde ich gerne von Ihnen wissen, ob diese bestritten sind, und ob der Titel von Abschnitt 2 bestritten ist. – Die Artikel 4, 5 und 6 und der Titel von Abschnitt 2 scheinen nicht bestritten zu sein. Dann stimmen wir nicht darüber ab. Dann ist es wie vom Gemeinderat beantragt beschlossen. Wunderbar.

Wir blättern ein bisschen weiter und kommen zum Artikel 9, also neu Artikel 7. Hier haben wir den Antrag 3. Auch diesen werden wir ausmehren, zum einen den Antrag des Gemeinderats, dem ihr gerne mit Grün zustimmen könnt, oder den Antrag der PVS-Minderheit, dem ihr gerne mit Rot zustimmen könnt.

Antrag 3

PVS-Minderheit

Art. 7 [Vorher in Artikel 9] Erfolgskontrolle

Zusammen mit dem Umsetzungsprogramm erstattet der Gemeinderat **dem Stadtrat** alle zwei Jahre dem Stadtrat Bericht über Kosten und Nutzen der ausgeführten Massnahmen. ~~Er zeigt, wie weit dabei die Ziele dieses Reglements erreicht werden konnten und welche Forderungen im Rahmen des Umsetzungsprogramms aus erkannten Problemen zu ziehen sind.~~ **Dabei zeigt er auf, inwieweit die Ziele dieses Reglements erreicht wurden und welche weiteren Massnahmen aufgrund erkannter Probleme zu ergreifen sind und stellt die finanziellen Mittel für die zusätzlich nötigen Massnahmen ein.**

Abstimmung Nr. 014

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 3	
Antrag Gemeinderat obsiegt	
Ja	53
Nein	11
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt. Dann stimmen wir jetzt über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats ab.

Abstimmung Nr. 015

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat	
Annahme	
Ja	58
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats angenommen. Ist der Titel zum dritten Abschnitt oder Artikel 8 bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann sind sie wie vom Gemeinderat beantragt beschlossen. Wir kommen nun zum Artikel 9. Auch hier werden wir die Anträge des Gemeinderats gegenüber dem Antrag GB/JA! ausmehren. Wer dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchte, gerne Grün, wer dem Antrag der GB/JA!-Fraktion zustimmen möchte, gerne Rot.

Antrag 4

GB/JA

1 Zur Finanzierung der Massnahmen gemäss den Artikel 4-7 **Umsetzung der Artikel 4-8** dieses Reglements werden der Erfolgsrechnung der Abteilung Verkehrsplanung bzw. der Fachstelle Förderung Fuss- und Veloverkehr jährlich **Mittel von mindestens 3.15 2.45 Mio. Franken bis maximal 3.85 3.15** Mio. Franken zur Verfügung gestellt. Damit wird die Fachstelle zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben alimentiert (Personal- und Sachkosten).

Abstimmung Nr. 016

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 4

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	46
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt. Wir werden auch hier über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats abstimmen.

Abstimmung Nr. 017

1998.GR.000013: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	49
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin: Der Gemeinderatsantrag obsiegt. Sind Artikel 9 Absatz 2 fortfolgend oder Artikel 10, 11 und 12 oder der Titel des Abschnitts 4 bestritten? – Hierzu liegen uns keine Anträge vor. – Ja, der ist bestritten. Dann werden wir fortfahren mit der Abstimmung.

Dann stimmen wir über den Artikel 9 Absätze 2 bis 7 ab. Wenn ihr dem Artikel so zustimmen möchtet, könnt ihr das jetzt.

Abstimmung Nr. 018

1998.GR.000013: Artikel 9 Abs. 2-7 gemäss Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	56
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats zu Artikel 9 wurde angenommen. Jetzt stimmen wir über den Artikel 10 ab.

Abstimmung Nr. 019

1998.GR.000013: Artikel 10 gemäss Antrag Gemeinderat	
Annahme	
Ja	55
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats wurde angenommen. Jetzt stimmen wir über den Titel des Abschnitts 4 ab. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 020

1998.GR.000013: Titel des Abschnitts 4 gemäss Antrag Gemeinderat	
Annahme	
Ja	56
Nein	8
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats wurde angenommen. Wir kommen nun zum Artikel 11. Auch hier könnt ihr nochmals darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 021

1998.GR.000013: Artikel 11 gemäss Antrag Gemeinderat	
Annahme	
Ja	56
Nein	8
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats angenommen. Wir kommen zur letzten Abstimmung der Anträge. Ihr könnt jetzt über den Artikel Nummer 12 abstimmen.

Abstimmung Nr. 022

1998.GR.000013: Artikel 12 gemäss Antrag Gemeinderat	
Annahme	
Ja	59
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats so angenommen. Wir kommen nun zu der ursprünglichen Frage nach der Bereinigung. Wollt ihr auf eine zweite Lesung

verzichten, dann könnt ihr jetzt mit Grün zustimmen und mit Rot ablehnen oder mit Weiss enthalten.

Abstimmung Nr. 023

1998.GR.000013: Verzicht auf eine 2. Lesung

Annahme

Ja	54
Nein	11
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt auf die zweite Lesung verzichtet. Das hat zur Folge, dass wir noch über die einzelnen Ziffern abstimmen werden. Wollt ihr der Vorlage im Reglement in der so bereinigten Form zustimmen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 024

1998.GR.000013: Bereinigtes Reglement

Annahme

Ja	49
Nein	9
Enthalten	7

Präsidentin: Ihr habt dem Reglement so zugestimmt. Wir werden auch noch über den Bericht abstimmen bzw. nehmen wir den Bericht mit Wertung zur Kenntnis. Ihr könnt gerne, falls ihr den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen möchtet, Grün stimmen, ablehnen Rot und ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 025

1998.GR.000013: Kenntnisnahme

Zustimmend

Ja	47
Nein	6
Enthalten	13

Präsidentin: Ihr habt den Bericht des Gemeinderats zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir kommen nun zur letzten Abstimmung, Ziffer 5. Wollt ihr den Termin für die nächste Berichterstattung auf die zweite Jahreshälfte 2027 festlegen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 026

1998.GR.000013: Termin Berichterstattung

Annahme

Ja	55
Nein	8
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dieser Ziffer zugestimmt. Das war es zum RFFV. Wir kommen nun zu Traktandum 4.

2025.SR.0118

4 Motion: Mobilität von Bundesangestellten nachhaltiger gestalten; Annahme

Präsidentin: In Traktandum 4 behandeln wir eine Motion "Mobilität von Bundesangestellten nachhaltiger gestalten". Ist diese Motion bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich den Einreichenden. – Ist sie bestritten oder ist die Motion nicht bestritten? – Die Motion ist bestritten. Dann übergebe ich gerne das Wort den Einreichenden. Laura, hast du dich angemeldet? – Es ist natürlich Debora Alder-Gasser für die EVP.

Debora Alder-Gasser (EVP): Ich halte dieses Votum als Miteinreichende dieser Motion im Namen von Laura Curau, die das Geschäft von ihrer ausgeschiedenen Ratskollegin Sibyl Eigenmann übernommen hat. Als aktuelle und ehemalige Marzili-Bewohnerinnen kennen wir die Situation des in der Motion erwähnten Parkhauses sehr genau. Ein herzliches Dankeschön an den Gemeinderat für die wohlwollende Aufnahme unserer Fragen und des Auftrags dieser Motion.

Bereits im Juli 2025 nahm auch "Der Bund" das Thema der Motion auf und titelte: "Bund will Parkplätze für Mitarbeitende behalten und lässt Angestellte weiter mit dem Auto pendeln." Im Artikel wird auch das in der Motion erwähnte Bundesparkhaus zum Thema. Mit seinen 291 Parkplätzen steht es als grauer Klotz in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs, mitten im Wohnquartier Marzili. Ich habe heute im Vorbeigehen kurz die Autos in der ersten Reihe gezählt und mindestens die Hälfte davon war ausserkantonale. Ich habe jetzt natürlich ehrlich gesagt nicht überprüft, ob diese Kantone schon am ÖV angeschlossen sind.

Aber Spass beiseite, das Parkhaus steht direkt am stark frequentierten Schulweg der Kinder, deren Sicherheit durch die Zufahrt in dieses Parkhaus gefährdet ist. Und noch etwas, die Zufahrt läuft mitten durch die Begegnungszone, die von der Talstation Marzilibahn bis zum Marzilibad verläuft. Wie der Artikel ausführt und auch der Gemeinderat in seiner Antwort erwähnt, wurde zwar im Rahmenmobilitätsplan der Bundesverwaltung 2024 bis 2027 das übergeordnete Ziel formuliert, bis 2030 das dienstliche Mobilitätsverhalten der Bundesangestellten möglichst klimaneutral zu gestalten. Die dafür vorgesehene Optimierung des Parkplatzmanagements wurde aber laut dem Generalsekretariat des UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) wieder gestrichen.

Der Bund will somit keine Massnahmen zur Reduktion der Parkplätze für seine Mitarbeitenden ergreifen. Wir sind gerne Bundeshauptstadt. Das kommt mit vielen positiven Aspekten und macht unsere Stadt auch aus. Gerne bauen wir dafür den Bahnhof Bern aus und investieren in den ÖV. Und die Stadt soll auch weiterhin eine starke Partnerin sein für den Bund in Infrastrukturfragen. Was wir aber definitiv nicht wollen, ist die Stadt Bern als Pendelziel für Bundesangestellte, die mit dem Auto zur Arbeit kommen.

Und was wir auch nicht wollen, ist, dass Zufahrten zu solchen Parkhäusern unsere Begegnungszonen zerschneiden und somit auch direkt die Sicherheit insbesondere von Kindern in Quartieren gefährden. Das Anliegen dieser Motion ist nicht das Abschaffen aller Parkplätze der Bundesverwaltung. Doch wenn Sie an bester Lage wie im Marzili wertvollen Lebensraum einnehmen, so ist das störend. Mit dieser Motion fordern wir,

dass grosse Hebel angesetzt werden, statt nur auf der Ebene von einzelnen Parkplätzen in den Quartieren zu ringen. Mit der entsprechenden Datengrundlage zur Lage und der Verteilung der Parkplätze und Parkhäuser im Besitz des Bundes soll der Gemeinderat darauf hinwirken können, dass zentrumsnahe Parkplätze und Parkhäuser, welche sich in unmittelbarer ÖV-Nähe befinden, abgebaut werden. Ausserdem soll der Gemeinderat so mit dem Bund in Kontakt treten können, um Parkplätze zurück zu erwerben und umzunutzen. Im Grunde fordert diese Motion, Energie darauf zu verwenden, beim Bund weiter den Druck hochzuhalten, damit er sich an seine eigenen Klimaziele und Mobilitätskonzepte hält. Sie fordert sicherzustellen, dass die Mobilität der Bundesangestellten in Übereinstimmung mit den städtischen Klimazielen sowie auch dem Ziel von Erhöhung der Verkehrssicherheit und gesteigerter Wohnqualität in Quartieren der Stadt Bern steht. Wir danken dem Gemeinderat für die bereits getätigten Anstrengungen und freuen uns, wenn er diese noch weiter ausbaut und verstärkt. Vielen Dank für die Unterstützung.

Präsidentin: Die Rednerliste ist offen für Fraktionsvoten. Möchtest du gleich dein Fraktionsvotum anhängen? – Wunderbar, man müsste dich jetzt doch nochmal anmelden.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Als GLP-EVP-Fraktion werden wir diese Motion grossmehrheitlich, eventuell mit wenigen Enthaltungen, unterstützen. Wir teilen das Anliegen, dass die Mobilität der Bundesangestellten möglichst nachhaltig gestaltet wird, und begrüssen, dass die Stadt dort, wo sie Gestaltungsraum hat, darauf einwirkt. Bei Punkt 3 wünschen wir uns eine pragmatische Umsetzung, so dass die Kosten nicht aus dem Rahmen fallen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir lehnen diesen Vorstoss ganz klar ab. Es ist auch interessant, dass dieser von der Mitte kommt. Der Vorteil von früheren Traktandierungen war, dass man immer gesehen hat, von wem ein Vorstoss ist. Ich hoffe, die Medien und vor allem auch die kantonalen Stellen und insbesondere eben auch die Mitte-Parteien in den anderen Kantonen, die Beamten der Mitte, nehmen Kenntnis davon, dass die Mitte der Stadt Bern bei der Bundesanwaltschaft, wo man häufig Besuche von Anwälten, von ausserkantonalen Anwälten, teilweise auch Staatsanwälten hat, die von auswärts an gewisse Einvernahmen kommen, die Parkplätze dort wegnehmen will. Ich habe immer gesagt: Es ist ein Miteinander im Verkehr, es soll nicht ein Gegenüber sein. Ich habe einfach das Gefühl, es ist darum gegangen, vor den Wahlen noch publik zu machen, dass man halt auch noch ein grünes Kleid trägt.

Wenn Sie jetzt genau diese Forderungen nehmen, Ziffer 1 - ich sage es jetzt böseartig: "... nimmt Kontakt mit der Bundesverwaltung auf, um sich eine Übersicht zu Anzahl und Lage der Stadtberner Parkplätze sowie Parkhäuser im Besitz des Bundes zu verschaffen." Das ist eine Bundesaufgabe. Ich bin der Meinung, dass, wenn wir schauen gehen und dem Bund vorschreiben, was er soll, was er nicht soll, und dann die Parkplätze wegnehmen, dann arbeitet ihr in die gleiche Richtung wie jene, die Demonstrationen machen wollen vor dem Bundeshaus, mit dem Ergebnis, dass dann plötzlich Bestrebungen im Gang sind, dass man die Bundeshauptstadt gar nicht mehr in Bern will. Ihr bringt es vielleicht noch so weit.

Dann die zweite Ziffer, ein Konzept zur Mobilität der Bundesverwaltung, "um darauf hinzuwirken, dass der Bund zentrumsnahe Parkplätze und Parkhäuser bzw. solche in unmittelbarer ÖV-Nähe abbaut und so Berner Wohnquartiere vom MIV, den die Bundes-

angestellten produzieren, entlastet." Wenn ihr nun den Fall habt, dass irgendein kantonaler Chefbeamter aus Uri oder Unterwalden oder aus dem Thurgau – teilweise mit schlechten ÖV-Verbindungen – herkommen muss, dann kommt er gut bis Zürich. Aber wenn er je nachdem an einen anderen Ort muss, hat er Probleme. Allenfalls muss er Akten mit sich schleifen, um irgendein komplexes Bauvorhaben zu besprechen, ein komplexes Raumplanungsvorhaben mit teilweise umfangreichen Plänen etc., die trotzdem nicht alle auf dem Internet sind. Das könnt ihr vielleicht in 50 oder 60 Jahren machen, wenn ihr wirklich alles digital habt. Aber hier setzt ihr einfach die Zusammenarbeit mit dem Bund und den Bundesstellen aufs Spiel und erschwert sie. Ich bin der Meinung, das kann nicht der Sinn und Zweck sein. Und ich gehe davon aus, dass die Mitte-Parlamentarier und die Angestellten der Bundesverwaltung und vielleicht von anderen Teilen, die von auswärts kommen und ihre Aufgaben erledigen, euch nicht so dankbar sind für den Vorstoss. Wir können jedenfalls sagen: Die SVP hat es klar abgelehnt. Und jetzt der Dritte: Die Parkplätze will man nachher einem anderen Verwendungszweck zuführen. Wohnraum? Ich weiss nicht, ob ihr in einem Garagenuntergeschoss im Marzili Wohnraum machen wollt. Ich glaube, das ist nicht geeignet.

Ich muss es doch klar sagen. Das ist ein völlig falscher Ansatzpunkt. Ich habe immer gesagt, wenn ihr euch in der Stadt Bern einsetzen wollt für Grünraum, dann lasst das Viererfeld sein. Lasst das sein. Macht das Gaswerkareal nicht kaputt. Aber nein, ihr habt beim Gaswerkareal Hand geboten, um es zu zerstören. Aber dafür wollt ihr jetzt wahrscheinlich in irgendeiner Einstellhalle bei der ehemaligen Bundesanwaltschaft einen Pingpongtable aufstellen und sagen, das sei gut für das Klima oder was auch immer.

Für mich ist der Vorschlag dermassen weit daneben, dass ich einfach hoffe, dass die Kantonalparteien Kenntnis davon nehmen. Und wenn ich irgendwann gefragt werde von einem Schweizer Nationalrat, wem wir das zu verdanken haben, dann werde ich sagen: Das war die Mitte-Fraktion der Stadt Bern. Für mich ist das unverständlich. Ich hoffe klar, es gibt ein Nein. Aber ich bin Realist. Ich kenne das. Ich kann sagen, was ich will, der Vorstoss wird angenommen. Aber es gibt auch nationale Wahlen und kantonale Wahlen, die haben wir ja jetzt gerade. Dann weiss man, wer sich für den Vorstoss eingesetzt hat und wer nicht. Es gibt vielleicht ein paar wenige Stimmen aus dem rot-grünen Lager. Die gönne ich euch. Aber ich weiss nicht, ob ihr bei eurer Wählerschaft mit dem Vorstoss, mit dem ihr die Zusammenarbeit erschwert, viele Punkte macht. Die SVP lehnt ihn ganz klar und dezidiert ab. Merci.

Präsidentin: Als nächstes Lea Bill für die GB/JA!-Fraktion.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich gebe es ehrlich gesagt zu: Ich habe beim Lesen der vorliegenden Motion die ganze Zeit ein bisschen darauf gewartet, dass es einen Haken hat. Aber ich habe ihn nicht gefunden. Und deshalb kann ich auch sagen, dass die GB-JA!-Fraktion die Motion mit Überzeugung unterstützt. Es passiert auch nicht alle Tage, dass wir das über eine Mitte-Motion sagen. Aber wir sind uns hier zum Glück fast alle einig, dass der Anteil des MIV in der Stadt verringert werden soll. Und selbstverständlich gehört auch dazu, dass die Bundesangestellten entweder mit dem ÖV oder mit dem Velo in die Stadt pendeln sollen. Es gibt auch ehrlicherweise kaum Gebäude der Bundesverwaltung, die so abgelegen wären, dass sie nicht ans ÖV-Netz angeschlossen wären, oder dass die Arbeitszeiten der Bundesangestellten nicht optimal wären, um mit dem ÖV oder mit dem Velo zur Arbeit zu kommen – umso unverständlicher bzw. eigentlich ist es sehr verständlich, ich verstehe das schon, denn ich weiss, zu welcher Partei der Verantwortliche für das UVEK gehört. Trotzdem ist es aus unserer Sicht sehr un-

verständlich und unsinnig, dass die Massnahme auf Bundesebene, diese Parkplätze zu streichen, nun gestrichen wurde. Noch eine kleine Nebenbemerkung: Ich würde ja ehrlich gesagt gerne diese Ämterkonsultation anschauen, die dazu geführt hat, dass man den Massnahmenplan gestrichen hat. Denn wenn Sie die Menschen fragen, die mit dem Auto zur Arbeit kommen, ob es ihnen passt, Parkplätze zu streichen, dann wird ja wahrscheinlich einfach ein Nein rauskommen. Etwas anderes kann ich mir unter dieser Ämterkonsultation nicht vorstellen. Auf jeden Fall unterstützen wir es, dass der Gemeinderat hier nochmals Druck auf den Bund macht, und wir bitten ihn, das auch mit Nachdruck zu tun, damit wir endlich sehen, dass es etwas vorwärtsgeht. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Georg Häsler für die FDP-Fraktion.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Ich habe mich echt darauf gefreut, endlich einmal über Parkplätze zu reden vor diesem Rat. Das ist wirklich ein Höhepunkt für mich. Ich tue das aber in Vertretung einer Kollegin, die Bundesangestellte ist, und sich deshalb befangen fühlt. Also werde ich jetzt mit Inbrunst das Parkplatzreferat halten anstelle meiner Kollegin.

Zentrumsnahe Parkplätze für Bundesangestellte bleiben bestehen. Damit wird ein grundlegender Widerspruch sichtbar. Die Bundesverwaltung formuliert Mobilitäts- und Klimaziele, verzichtet aber gleichzeitig auf strukturelle Massnahmen beim eigenen Parkplatzangebot – also gute Kombination: Parkplätze und Bundeshauptstadt. Dies gilt auch für Standorte, die sich in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof oder mitten in Wohnquartieren befinden. Es geht dabei nicht um individuelles Mobilitätsverhalten, sondern um gesetzte Anreize. Wer Parkraum anbietet, steuert Verkehr. Diese Steuerung wirkt direkt in die Quartiere der Stadt Bern hinein, etwa im Marzili, wo die Zufahrten durch Begegnungszonen entlang von Schulwegen führen. Was hier mit der Motion vorgeschlagen wird, ist weder ideologisch noch übergriffig. Es geht um Transparenz, um Koordination mit der Bundesverwaltung und um die Prüfung von Optionen dort, wo Standorte offensichtlich sensibel oder fehl am Platz sind. Es geht nicht um Verbote oder pauschalen Abbau, sondern um eine sachliche Auseinandersetzung mit bestehenden Strukturen. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Gemeinderates, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Damit wird der Dialog mit der Bundesverwaltung gestärkt, ein Dialog über Parkplätze, und eine faktenbasierte Grundlage für weitere Schritte geschaffen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nicolas Lutz. Ihr könnt euch jetzt gerne für die Einzelvoten anmelden.

Nicolas Lutz (Mitte): Wenn man als Letzter kommt, muss man nicht mehr so viel reden, weil vieles schon gesagt wurde. Für viele, sage ich mal, ist diese Motion überraschenderweise von der Mitte, und überraschenderweise rede ich jetzt und sage, man könne Parkplätze aufheben, was ich sonst meistens nicht mache. Aber es geht ja hier nicht nur um Parkplätze, sondern auch darum, wo die sind und wo die Autos durchfahren. Es sagt niemand in dieser Motion, dass es gar keine Parkplätze für Bundesangestellte mehr geben soll, es gibt sicherlich ein gewisses Bedürfnis. Aber man will, dass man das einmal abklärt – das macht sicherlich Sinn – und auch abklärt, ob es Sinn macht, wo das ist. Und als letztes, und da könnte sogar die SVP zustimmen: Wenn man Parkplätze sparen will, ist es nämlich am besten, wenn man weniger Bundesangestellte hat, denn dann spart man Geld und gleichzeitig auch noch Parkplätze. Merci vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank, ich habe keine angemeldeten Einzelvoten. – Doch, Alex gerne für die SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Das nehmen wir gerne auf mit dem Abbau, aber ich glaube nicht daran. Ihr seht ja, was wir in der Stadt Bern immer wieder für neues Personal anstellen. Ihr wollt ja die 10-Millionen-Schweiz. Dann kommt der nächste Ansatz: Wir haben die 10-Millionen-Schweiz, wir brauchen auch wiederum mehr Beamte. Darum glaube ich nicht daran. Der Wunsch ist Vater des Gedankens, aber es wird eben leider das Gegenteil der Fall sein. Wenn wir der 10-Millionen-Schweiz zustimmen würden, hätten wir eine gewisse Chance, dass es nicht viele mehr gibt. Aber mit der Logik, die hier im Stadtrat immer erzählt wird, dass es immer mehr braucht, gibt es wahrscheinlich auch viel, viel mehr Beamte. Das steigt exponentiell. An die FDP gerichtet: Individualbesteuerung braucht wahrscheinlich auch viel mehr. Darum seht ihr, meine Hoffnungen sind hier sehr getrübt. Da werden bei den Steuerverwaltungen auch wieder viel mehr Leute beschäftigt werden müssen, Kontrolleure und was auch immer. Da habe ich wenig Hoffnung. Etwas, was ich mir auch nicht ganz verkneifen kann: Die Erstunterzeichnende ist zwar heute abwesend, Sibyl Eigenmann von der Mitte. Sie wohnt im Marzili, arbeitet aber jetzt im Bundeshaus. Es ist fraglich, ob ihre Kollegen Freude haben, wenn ihr dem Vorstoss zum Durchbruch verhilft. Ich appelliere noch an die FDP: Überlegt euch doch noch einmal, ob ihr dem Vorstoss wirklich zustimmen wollt. Vor wenigen Tagen hatten wir HV des Hauseigentümergebunds. Man hat wieder gesagt, wie man sich einsetzt für die Hauseigentümer und Parkplätze und was auch immer. Es ist nicht eine Woche vergangen und man wirft die Grundsätze wieder über Bord. Aber die SVP ist konsequent. Wir vertreten ganz klar die Nein-Parole. Danke.

Präsidentin: Danke. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, übergebe ich gerne Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich mache es kurz. Wie Sie dem Schreiben an Bundesrat Albert Rösti vom Oktober 2024 entnehmen können, hat sich die Stadt Bern bemüht, mit dem Bund ins Gespräch zu kommen, um die Anzahl der Pendler*innenparkplätze, Pendler*innenfahrten für Bundesangestellte zu reduzieren. Der Bundesrat hat dann vor einem Jahr ganz in unserem Sinne einen Massnahmenplan zu einer nachhaltigeren und effizienteren Mobilität der Bundesverwaltung verabschiedet. Im Sommer jedoch, das haben Sie gehört, kommunizierte das UVEK von Bundesrat Rösti, dass dieser Massnahmenplan aufgrund der Rückmeldungen in der Ämterkonsultation wieder gestrichen wurde. Da scheint der Wille im Moment nicht allzu gross zu sein, für die Bundesangestellten einen Mobilitätsplan zu entwerfen, der die Pendler*innenfahrten in die Stadt reduzieren würde. Wir bleiben dran und werden wieder an den Bund gelangen. Denn ohne ihn können wir unsere Klimaziele in der Stadt Bern kaum erreichen. Der Bund hat ähnliche Klimaziele wie wir und müsste eigentlich auch daran interessiert sein, die Anzahl der Autopendler*innen zu reduzieren. Wir empfehlen Ihnen, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Die Motion wurde nicht gewandelt. Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Ob ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären wollt, dann stimmt ihr Grün für Ja und Rot für Ablehnen.

Abstimmung Nr. 027

2025.SR.0118: als Richtlinie

Annahme als Richtlinie

Ja	52
Nein	7
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt die Motion für erheblich erklärt. Herzlichen Dank.

2025.SR.0139

5 Motion: Der Kreis schliesst sich im Westen: Die neue Personenunterführung Untermattweg als legaler Graffiti-Ort; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht

Präsidentin: Wir kommen nun zu Traktandum 5, der Motion "Der Kreis schliesst sich im Westen: Die neue Personenunterführung Untermatt als legaler Graffiti-Ort". Auch diese Motion ist bestritten. Ich erteile somit den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Einreichenden: Graffiti ist nicht einfach Farbe und Beton. Graffiti ist eine weltweite, urbane Sprache, geboren in New York, gewachsen in Berlin, gefeiert in Melbourne, politisch in Santiago, poetisch in Lissabon; eine Kunstform, die dort entsteht, wo Menschen leben, sich bewegen, sich ausdrücken. Sie ist roh, direkt, emotional, manchmal auch wütend, manchmal verspielt: Und sie gehört genauso nach Bern, wie Bümpliz zu Bern gehört.

Für mich und andere in der SP-JUSO-Fraktion ist es seit Jahren eine Herzensangelegenheit, Räume zu schaffen, in denen diese Kunst nicht verdrängt, sondern ermöglicht wird, und zwar nicht irgendwo abgeschottet am Rand der Stadt, nicht nur temporär wie auf dem Viererfeld, auch nicht versteckt beim Gaskessel, wo zwar fantastische Werke entstehen, aber kaum jemand zufällig vorbeikommt. Urbane Kunst lebt dort, wo die Stadt pulsiert, an grauen Strassenwänden, in Unterführungen, an Orten, an denen Menschen täglich vorbeigehen, stehen bleiben, hinschauen, sich wundern, sich freuen, sich ärgern. Graffiti gehört mitten ins Leben.

Die neue Personenunterführung Untermattweg bietet genau einen solchen Raum. Der Gemeinderat anerkennt das und will die beiden grossen Rampenwände freigeben. Das ist gut, das ist richtig und das freut uns Einreichende. Aber dann kommt ein klassischer Verwaltungsreflex, der sich gut anhört, aber weder fachlich noch praktisch taugt: Der relativ enge Durchgangsbereich soll hell und gut einsehbar bleiben. Das Sicherheitsempfinden darf nicht durch Personen oder Farb- und Geruchsemission gestört werden. Das Argument ist mutlos, nicht faktenbasiert. Und es wäre lösbar. Es ist kein Sicherheitsproblem, es ist ein Kreativitätsproblem.

Und jetzt kommt das wirklich Ironische daran. Wir haben angeblich kein Geld für einen Kunstpfad. Das erstaunt mich und ehrlich gesagt, frage ich mich, wo all die Gelder geblieben sind, die wir bei jedem Bauprojekt reserviert haben. Zur Erinnerung: Mit jeder Strassensanierung und mit jeder Brückensanierung fliessen Zehntausende Franken in den KiöR-Topf (Kunst im öffentlichen Raum). Zugegeben, das Reglement und die Ausgestaltung des Reglements für Kunst im öffentlichen Raum ist zu bürokratisch konstruiert. Und ja, ein nicht unerheblicher Teil dieses Geldes landet in Sitzungen, Konzeptpapieren und Kommissionsarbeit. Aber das ist ein anderes Thema. Worüber wir heute

sprechen, ist völlig etwas anderes. Wir wollen keinen Wettbewerb, keine Expert*innen-Jury, keine zweihundertseitige Kunststrategie. Wir wollen einen niederschweligen, sichtbaren, charmanten Kunstpfad, ein paar Wegweiser, ein paar Bodenmarkierungen. Dass die Stadt dazu fähig ist, hat sie letztes Jahr eindrücklich bewiesen: Die Strassenbemalungen zur Frauenfussball-EM – schnell, unkompliziert und kreativ. Aber was soll es? Dann geniessen wir doch einfach gemeinsam die bestehenden Flächen, lieber Gemeinderat. Matthias, lass uns zusammen die neuesten Werke in der Unterführung und in der PU (Personenunterführung) Bodenweid anschauen. Denn ganz ehrlich, ich bin ohnehin meistens von den Kunstwerken abgelenkt und konnte die bereits existierenden Hinweisschilder beim besten Willen nicht finden. Oder sie wurden als geheimes Kunstobjekt unsichtbar gemacht. Wer weiss. Diese Beschilderungen wären enorm wichtig, nicht nur für die Kunstschaffenden, die wissen müssen, wo sie legal arbeiten dürfen, sondern auch für die Bevölkerung, damit Menschen sehen, dass diese Orte gewollt sind, damit klar ist, dass hier nicht Vandalismus passiert, sondern Kultur, damit die Stadt zeigt, dass sie hinter dieser Kunstform steht und nicht nur in Berichten, sondern sichtbar im Alltag. Ein Schild ist kein Luxus, ein Schild ist ein Statement. Ich bitte euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion erheblich zu erklären.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Timur, von Bern West zu Bern West. Wir kommen nun zu den Fraktionsvoten. Für die FDP-Fraktion, Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion wird dieser Motion zustimmen. Streetart und urbane Kunst sind heute ein selbstverständlicher Bestandteil vieler moderner Städte und urbaner Lebensräume. Sie sind Ausdruck von Kreativität, von Jugendkultur und von urbaner Identität. Und sie können, wenn sie bewusst zugelassen und gestaltet werden, einen echten Mehrwert für den öffentlichen Raum schaffen. Wir sehen das in zahlreichen Städten weltweit. Das wohl berühmteste Beispiel ist die East Side Gallery in Berlin. Aber auch Bristol, die Heimatstadt von Banksy, hat sich zu einer eigentlichen Pilgerstätte für Streetart-Interessierte entwickelt. Die Urban Art Route in Lissabon oder auch Städte wie Penang in Malaysia und Melbourne sind weitere von zahlreichen Beispielen. Streetart kann also ganz gezielt als Teil der kulturellen Identität und auch für touristisches Potenzial eingesetzt werden. Diese Städte zeigen auch, dass urbane Kunst eine Stadt lebendig, attraktiv und international sichtbar machen kann.

Unsere Fraktion ist überzeugt, dass auch Bern hier Potenzial hat. Die vorgeschlagenen zusätzlichen, legalen Flächen, insbesondere im Westen der Stadt, können dazu beitragen, kreative Ausdrucksformen zu ermöglichen und gleichzeitig den öffentlichen Raum bewusst zu gestalten. Legale Graffiti-Wände geben Künstlerinnen und Künstlern Raum. Sie schaffen Klarheit und sie ermöglichen Qualität statt Zufall. Für die FDP ist aber ebenso klar: Diese Offenheit kann nur funktionieren, wenn sie mit klaren Regeln verbunden ist.

Wir sprechen uns deshalb für eine Art Graffiti-Kompromiss aus: Mehr legale Wände, auf denen man sich ausleben kann. Aber im Gegenzug bräuchten wir wirklich einen Konsens, einen klaren Konsens, dass illegales Sprayen und Taggen nicht erwünscht ist, und dass solche Sachbeschädigungen und solcher Vandalismus nicht weiter bagatellisiert und toleriert werden. Denn das ist ebenso Teil der Realität. Illegale Graffitis, die gegen den Willen der Eigentümerschaft einer Fläche angebracht werden, verursachen jedes Jahr erhebliche Kosten für die öffentliche Hand, für Unternehmen, aber auch für Private.

Ich kann euch sagen: Wenn das beispielsweise einen kulturellen Verein trifft, dessen Haus versprayt wird, kann das relativ rasch einen signifikanten Betrag in der Vereinsrechnung ausmachen. Das Beschädigen von Eigentum kann auch zu einer entsprechenden Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls führen. Wie gesagt: Das ist nicht Kunst, das ist Vandalismus. Gerade deshalb ist es aber wichtig, legale Flächen zur Verfügung zu stellen. Wie gesagt, lenken sie kreative Energie an die richtigen Orte. Sie schaffen Möglichkeiten statt nur Verbote und sie leisten, wie gesagt, im Gegenzug auch die konsequente Durchsetzung gegen illegale Aktivitäten.

Die vorliegende Motion geht entsprechend genau in diese Richtung. Sie schafft, wie gesagt, diese zusätzlichen legalen Räume, ohne den Anspruch aufzugeben, den öffentlichen Raum auch zu schützen, wo dies nötig ist. Für unsere Fraktion ist klar: Eine lebendige Stadt braucht Kreativität, aber sie braucht ebenso klare Regeln. Wie gesagt, werden wir als FDP-Fraktion der Motion entsprechend zustimmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes für die SVP-Fraktion, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Von Bümpliz für Bümpliz. Das ist aber wieder einmal ein Vorstoss, bei dem ich subjektiv behaupte, dass eine Mehrheit der Bümplizerinnen und Bümplizer und auch der Bethlehemerinnen und Bethlehemer sehr wahrscheinlich nicht dahinterstehen können. Ich sage euch auch warum. Wir haben bereits jetzt grossen Anschauungsunterricht, und zwar im Grossraum Unterführung Bodenweid, Freiburgstrasse, wo man bereits jetzt legal sprayen kann. Und das wird auch wirklich genutzt. Auf der einen Seite gibt es dort wirklich, das muss ich sagen – ich habe es mir heute noch einmal angeschaut –, tolle Kunstwerke – farbig, blumig, wozu man sagen muss: Ja, das ist wirklich grossartig. Auf der anderen Seite gibt es dann aber auch wieder Menschen, die schreiben zum Beispiel über die farbigen Kunstwerke ACAB (All cops are bastards). Ich führe nicht aus, was das genau heisst. Ich schaue es noch schnell nach: Fuck All Cops. Und das ist natürlich ganz klar Vandalismus und unschön. Dann ist es so: Auf der einen Seite hat man dann natürlich die Möglichkeiten, wo man völlig legal sprayen kann. Aber es ist so, dass sich das nachher auch ausdehnt. Und da gibt es zum Beispiel mittlerweile auch einen sehr grossen Schriftzug, der heisst zum Beispiel "Rojava verteidigen" mit einem linksextremen, kommunistischen Symbol, der übrigens bis heute nicht entfernt oder übermalt worden ist. Also wir stellen fest, dass ihr im Prinzip im Westen von Bern jetzt eine weitere Möglichkeit zur Verfügung stellen wollt, und zwar an einem Ort, den wir als ganz, ganz unideal anschauen, nämlich in der neuen Bahnhofunterführung Stöckacker. Man spricht dort davon, dass man, glaube ich, nur etwa 4 Meter auf dem Perron oder auf dieser Fussgängerzone haben wird, wo man durchgehen kann. Und da stelle ich mir schon vor, wie das nachher aussieht, wenn dann dort – an einem legalen Ort kann rund um die Uhr gesprayt werden, also durch den Tag oder auch in der Nacht oder am späten Abend – die letzten Züge einfahren. Das erzeugt schon auch ein bisschen ein subjektives Unsicherheitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern, Passantinnen und Passanten, die dort unterwegs sind. Das muss man ganz klar in Rechnung nehmen.

Dann kommt noch dazu, dass die grossflächigen Sprayereien auch furchtbar stinken. Ich habe selbst mal bei einem Maler gearbeitet und natürlich die Farbe riecht, und zwar mehrere Tage. Dann kommt noch dazu, dass viele dieser Spraydosen, zum Beispiel auch dort in der Unterführung in Bümpliz, einfach weggeworfen werden, auf den Boden. Es gibt dort zwar sogar eine Möglichkeit, wo man sie deponieren könnte. Aber das machen natürlich nicht alle. Und man muss sich einfach vorstellen: Viele dieser Sprayer

tragen eine Staubmaske. Daher kann ich mir schon vorstellen, dass die Eine oder der Andere ein bisschen abgeschreckt werden kann von solchen Typen, die dort spraysen. Alles in allem können wir einfach sagen: Wir von der SVP sind der Meinung, dass man diesen Vorstoss auch als Richtlinienmotion ablehnen sollte. Und wir stellen allgemein fest, nicht nur im Westen von Bern, dass die Stadt in den letzten, ich würde sagen, acht Jahren so stark versprayed und auch vermüllt wurde, wie sie es vielleicht noch gar nie war, und dass man mit solchen Möglichkeiten entgegenhalten sollte.

Präsidentin: Als nächstes für die SP-JUSO-Fraktion, Laura Brechbühler. Ihr könnt euch wieder gerne für Einzelvoten anmelden.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Im Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Ausserholligen wird in nächster Zeit sehr viel passieren. Heute häufig als Durchgangsort gebraucht, soll ein neues urbanes Zentrum mit Wohn-, Arbeits- und Freizeitflächen geschaffen werden. Mit dieser Motion will die SP-JUSO-Fraktion die Aufmerksamkeit auf ein ganz spezifisches Anliegen im ESP Ausserholligen richten, und zwar geht es um Streetart, wie ihr bis jetzt unschwer gemerkt habt.

Bei Graffiti handelt es sich in unseren Augen nämlich um eine wichtige Ausdrucksform urbaner Kunst, die ihren Platz bekommen soll. Unsere Motion forderte, dass die Wände der neuen Personenunterführung Untermatt als legale Spraywände für Graffiti gebraucht werden dürfen. Zusätzlich soll ein zusammenhängender Kunstpfad im Westen geschaffen und die Spraywände mit Hinweistafeln versehen werden. Der Gemeinderat will nun auf die legalen Spraywände bei der PU Untermatt verzichten, dies auch aus Sicherheitsgründen.

Wir können diese Argumentation gut nachvollziehen und begrüßen, dass der Gemeinderat die Wände der Zugangsrampe auf der Südseite der neuen Unterführung als Spraywände vorschlägt. So werden insgesamt 100 m² Fläche für Graffiti frei. Auch wenn dies natürlich nicht die von uns bevorzugte Lösung ist und aus Sicht des Gemeinderats leider auch kein Kunstpfad möglich ist, danken wir dem Gemeinderat für die eingehende Prüfung, und wir freuen uns auf die neuen Kunstflächen im Westen Berns.

Ich erlaube mir noch ein kleines Wort an die Adresse meines Vorredners. Nicht alle Graffitis gefallen, auch nicht alle Schriftzüge gefallen. Doch das ist Teil der Meinungsäusserungsfreiheit und kann auch wieder übermalt werden, vielleicht sogar von jemandem wie dir.

Wir werden die Motion als Richtlinie erheblich erklären und den Begründungsbericht annehmen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, weiss ich schon, dass der Gemeinderat auf sein Votum verzichtet. Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wenn ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären wollt könnt ihr jetzt Grün stimmen – oder Rot.

Abstimmung Nr. 028

2025.SR.0139: als Richtlinie

Annahme als Richtlinie

Ja	52
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion als erheblich erklärt. Somit nehmen wir auch den Begründungsbericht so entgegen und zur Kenntnis. Wir kommen nun zum Traktandum 6.

2025.SR.0256

6 Motion: Kadenz der Entsorgung revidieren: Die Matte, das schwarze Quartier, muss die gleiche Entsorgung wie die oberen Gassen erhalten; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht

Präsidentin: Es geht um die Motion "Kadenz der Entsorgung revidieren: Die Matte, das schwarze Quartier, muss die gleiche Entsorgung wie die oberen Gassen erhalten". Ist diese Motion bestritten? – Die Motion Nummer 6 scheint nicht bestritten zu sein. Dann bitte ich für die Einreichenden Ursula Stöckli nach vorne für eine kurze Begründung. Kannst du dich noch rasch anmelden? – Herzlichen Dank.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Herzlichen Dank, dass die Motion nicht bestritten ist, und herzlichen Dank für die Antwort des Gemeinderates und auch für das schnelle Handeln des Gemeinderates. Es war mir lange nicht bewusst, dass die Matte, die auch zum UNESCO-Perimeter gehört, gar nicht die gleiche Entsorgungskadenz hat wie die Untere Altstadt und die Obere Altstadt. Und ihr habt in der Begründung gelesen: Die Matte hatte immer auch die gleichen Probleme wie die Untere Altstadt hätte, wenn dort nicht so häufig entsorgt würde. Man hat auch einen Standort gesucht für unterirdische Container für Kehrriechsäcke und keinen gefunden. Und es ist auch nicht sinnvoll. Also, der Gemeinderat hat hier pragmatisch gehandelt. Wir haben uns sehr erfreut und die Leute in der Matte sind happy. Merci vielmals.

Präsidentin: Herzlichen Dank für die kurze Erklärung. Dadurch, dass die Motion nicht bestritten ist, wird sie als Richtlinie überwiesen und wir nehmen auch den Begründungsbericht so zur Kenntnis. Wir kommen bereits zum Traktandum 7, Postulat Schutz von Wildtieren, ein ausgewogener Lösungsansatz.

2025.SR.0134

7 Postulat: Schutz von Wildtieren: Ein ausgewogener Lösungsansatz für Bern; Annahme

Präsidentin: Ist diese Motion bestritten? – Also ja, sie ist bestritten. Dann übergebe ich den Einreichenden das Wort – Tobias Sennhauser.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Einreichenden: Ich weiss nicht, wie es euch geht, aber ich habe in den letzten Tagen ein bisschen den Frühling gespürt. Und ja, auch in der Natur hat sich das Leben ein bisschen zurückgemeldet. Das ist schön. Und genauso ist es auch in den Wäldern von Bern, die ja immerhin rund ein Drittel der Stadtfläche ausmachen, und für viele von uns ein wichtiger Rückzugsort sind – und auch für unsere Hunde. Die sind dort gerne unterwegs. Und genau hier setzt auch unser Vorstoss an, denn im Wald leben auch noch Wildtiere. Wir haben im Vorfeld mit verschiedenen Wald- und Wildtierexpert*innen gesprochen, und so ist dieses Postulat entstanden. Es umfasst drei Massnahmen, die auf den Schutz der Wildtiere abzielen.

Die erste Massnahme betrifft die sogenannte Brut- und Setzzeit. Das ist die Phase von ungefähr April bis Juli, die unglaublich wichtig ist für viele Wildtierarten, weil sie sich um den Nachwuchs kümmern. Das Problem ist, dass viele dieser Tierarten, die sich in diesem Zeitraum um den Nachwuchs kümmern, am Boden brüten. Dazu gehört etwa die Feldlerche, die Waldschnepfe, der Baumpieper oder auch das Rotkehlchen, die ihre Nester oft im Unterholz anlegen. Auch beim Reh werden die Jungtiere im hohen Gras oder im Unterholz abgelegt und verharren dort regungslos. Sie verlassen sich darauf, nicht entdeckt zu werden. Freilaufende Hunde jedoch können für diese Tiere ein Problem werden. Sie stöbern sie auf. Dadurch geraten Jungtiere und brütende Tiere unter erheblichen Stress – oder sogar Schlimmeres –, was die Populationen unter Druck bringen kann. Mit diesem Vorstoss bitten wir den Gemeinderat deshalb darum, eine Sensibilisierungskampagne zu lancieren, so dass wir während der Brut- und Setzzeit unsere Hunde freiwillig an die Leine nehmen. Manche Expert*innen, mit denen wir gesprochen haben, haben uns übrigens sogar eine Leinenpflicht empfohlen. Und tatsächlich hat zum Beispiel der Kanton Zürich eine solche saisonale Leinenpflicht während der Brut- und Setzzeit eingeführt. So weit gehen wir jedoch nicht. Wir bitten den Gemeinderat jedoch, sich mit dem Kanton Zürich auszutauschen und auch von seinen Erfahrungen zu profitieren.

Der zweite dieser drei Punkte bezieht sich auf Biketrails, von denen es offenbar mehrere gibt im Raum Bern, und zwar teilweise legale oder auch illegale. Jedenfalls haben uns die angesprochenen Expert*innen empfohlen, dies aufzunehmen, weil es offenbar zu einem Zielkonflikt kommt zwischen eben diesen Biker*innen und den Wildtieren. Auf der Grundlage unseres Vorstosses soll der Gemeinderat jetzt die aktuelle Situation bezüglich legaler und illegaler Biketrails in den Wäldern untersuchen und insbesondere auch die Auswirkungen auf die Wildtiere analysieren. Der Gemeinderat ist auch eingeladen, Massnahmen zu prüfen zur Aufklärung der Biker*innen, um deren Bewusstsein für die Bedürfnisse der Wildtiere zu stärken.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Waldpädagogik. Da bitten wir den Gemeinderat, auch die Kinder zu sensibilisieren für die Interessen der Wildtiere. Es gibt ja in Bern bereits verschiedene waldpädagogische Angebote wie Waldkindergärten, Waldspielgruppen oder auch das sogenannte Grüne Klassenzimmer. Dort soll der Gemeinderat das Potenzial zur Sensibilisierung der Kinder prüfen.

Ausserdem soll der Gemeinderat bereits bestehende Bemühungen zum Schutz der Wildtiere, die es ja schon gibt, von der Stadt, von der Burggemeinde oder auch vom Kanton miteinander verknüpfen.

Ich glaube, dieses Postulat adressiert ein ungelöstes Problem, das nicht irgendwo passiert, sondern direkt vor unserer Haustür, nämlich den Verlust an Biodiversität in unseren Wäldern. Wir haben uns bewusst für einen pragmatischen Weg entschieden, im Unterschied zu Zürich, wo es, wie gesagt, diese temporäre Leinenpflicht gibt. Wir hingegen fordern, wie gesagt, eine Sensibilisierungskampagne für alle Involvierten.

Zum Schluss möchte ich auch betonen, dass sich dieser Vorstoss weder gegen Hunde noch gegen Hundehaltende richtet. Wir sollten uns einfach als Gesellschaft so verhalten, dass möglichst niemand zu Schaden kommt, egal ob Mensch, Haustier oder auch Wildtier. In diesem Sinne freue ich mich, dass der Gemeinderat das Postulat unterstützt. Und ich hoffe, ihr tut das auch.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Tobias. Wir kommen als nächstes zu den Fraktionsvoten. Für die SP-JUSO-Fraktion, Dominique Hodel.

Dominique Hodel (SP) für die Fraktion: Als stolze Tochter eines Forstarbeiters und Waldpädagogin habe ich früh gelernt: Der Wald ist der Ort, wo die Seele atmen kann. Und zu diesem muss man auch schauen. Dieser wertvolle Lebensraum ist nicht nur für uns Menschen von Bedeutung, sondern für die zahlreichen Wildtiere, die auf unsere Rücksichtnahme angewiesen sind. Besonders während der Brut- und Setzzeit vom 1. April bis 31. Juli sind die Tiere besonders verletzlich.

Der Wald rund um die Stadt Bern ist nicht nur ein Lebensraum für Wildtiere, sondern auch Erholungsgebiet für uns alle. Auch in der SP-JUSO-Fraktion geniessen wir das Joggen und Spazieren mit Hunden oder Freund*innen und haben Freude am Biken. Dennoch findet die SP-JUSO-Fraktion, dass es entscheidend ist, einen rücksichtsvollen Umgang mit der Natur und den Wildtieren zu fördern. Eine Aufklärungskampagne ist unerlässlich, um das Bewusstsein für die Bedürfnisse der Wildtiere zu schärfen. Gleichzeitig müssen wir den Freizeitdruck auf den Wald berücksichtigen und geeignete Massnahmen ergreifen, um Wildtiere zu schützen, ohne die nachhaltige Nutzung des Waldes zu gefährden.

Die SP-JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Entscheidung, das Postulat als erheblich zu erklären und unterstützt das Postulat ebenfalls mit Ja. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion hat sich entschieden, zur Vorlage die Stimmfreigabe zu erteilen, da wir unterschiedliche Perspektiven in unserer Fraktion haben, die beide berücksichtigt werden müssen. Ein Teil der Fraktion, und ich als Mitunterzeichnende dieses Postulats, können die Intention und die Anliegen sehr gut nachvollziehen. Während meiner eigenen Spaziergänge im Wald mit meiner Hündin beobachte ich immer wieder, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse der Wildtiere zu respektieren, insbesondere in der sensiblen Brut- und Setzzeit. Eine Sensibilisierung von Hundehaltern und weiteren Nutzern des Waldes für diese Bedürfnisse erscheint uns als sinnvoller und notwendiger Schritt. Ebenso sehen wir Potenzial in der Einbindung von bestehenden waldpädagogischen Angeboten, um dieses Bewusstsein frühzeitig bei Kindern und Jugendlichen zu wecken.

Auf der anderen Seite gibt es innerhalb unserer Fraktion auch berechtigte Bedenken. Ein wesentlicher Punkt, der in der Diskussion immer wieder aufgekommen ist, ist der Umstand, dass ein Grossteil der Berner Wälder im Besitz der Burgergemeinde ist. Die Nutzung und Reglementierung dieser Wälder ist daher nicht nur eine städtische, sondern auch eine Frage der Eigentümerschaft. Die Frage, inwiefern Eingriffe in den freien Zugang und die Nutzung dieser Naherholungsgebiete vorgenommen werden sollen, ist nicht zu unterschätzen. Für viele in unserer Fraktion ist es wichtig, dass wir den Menschen den freien Zugang zu den Wäldern und die Möglichkeit zur Naherholung nicht unnötig erschweren. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes, Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: In unserer Fraktion war das auch umstritten. Es gibt sicherlich positive Punkte in diesem Postulat. Es ist ja auch unbestritten, dass es eine wichtige Sache ist. Die Frage ist einfach, muss das der Gemeinderat machen? In seinem Votum hat der Einreichende gesagt, es gebe schon ganz vieles, das gemacht werde. Und die Frage ist immer: Ist es die Aufgabe der Gemeinde, Hundehalter zu sensibilisieren? Es gibt Hundekurse. Es gibt ganz viele Naturschutzorganisationen, die das

schon machen. Wenn man das jetzt in der Schule und Dings auch noch machen will, kostet es einfach viel Geld für ein Konzept, dessen Outcome dann nicht so hoch ist. Und auch bei diesen Bike-Trails: Wir haben heute schon zwischen Fussgängern und Bikern ein Problem. Jetzt kommen einfach noch neue dazu. Am Schluss führt es einfach zu mehr Verboten. Das ist einfach so; Hundeleinenpflicht plötzlich überall. Ich meine, es gibt hundert Dinge. Man darf den Hund nicht mehr in der Stadt frei laufen lassen. Ich finde grundsätzlich: Ja, es braucht die Diskussion, es braucht die Aufklärung. Aber es ist nicht immer Aufgabe der Stadt, etwas Neues aufzubauen in einer freien Gesellschaft. Die Organisationen können auch über die Zeitungen, über Social Media, über anderes die Leute aufklären. Und es ist unserer Ansicht nicht Aufgabe des Gemeinderats, dort noch etwas zu machen. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, der Wald ist etwas sehr Wertvolles. Es hat dort Tiere. Er ist auch unser Wasserreservoir. Wir müssen zum Ganzen dort sehr Sorge tragen. Er dient uns als Gesellschaft als Nachholungsgebiet. Und er soll auch in der Funktionalität zwischen Mensch und Tier gut erhalten bleiben. Es ist so, dass jetzt, wenn ich hier gerade anfangen mit der Setz- und Brutzeit, dass das eben im Frühling stattfindet, dass man sich dort eben speziell ein bisschen darum kümmert. Zum Beispiel denke ich dabei an die Hundehalter.

Mein Vater war Jäger, mein Grossvater war Förster. Es bedingt einfach nachher eine Rücksichtnahme von beiden. Jetzt zum Beispiel jemand, der mit dem Hund im Wald spazieren geht, und diesen einfach während dieser Zeit frei laufen lässt – Ein Hund ist einfach ein Tier und hat einen Jagdinstinkt. Das muss man berücksichtigen. Und wenn man eine Hundeleinenpflicht einführen möchte, wäre das vielleicht auch nicht in jedem Fall zielführend. Eine Notwendigkeit ist es sicher bei einem Jagdhund, wenn man mit dem spazieren geht. Der braucht Auslauf. Ein Hund braucht zwei, drei Mal am Tag Auslauf. Dann muss man einfach während dieser Zeit die nötigen Vorsichtsmassnahmen gewährleisten. Und das kann der Mensch machen. Dann muss man den Hund halt in Gottes Namen, und da bin ich eigentlich auch nicht dagegen, an die Leine nehmen während dieser Zeit, damit er die Tiere in Ruhe lässt. Der Hund ist dann unter Umständen einfach an der Leine und kann sich vielleicht nicht so austoben, wie er es sonst das ganze Jahr kann. Aber darin sehe ich persönlich auch Vorteile, wenn man das ins Auge fassen würde.

Im Weiteren sind da noch die Biketrails. Die fahren heute überall durch, um die Bäume herum, noch nicht auf die Bäume rauf, aber um die Bäume herum. Es ist ein bisschen ein Wildwuchs geworden das Ganze, so dass es nicht nur die Menschen stört, sondern vor allem auch die Tiere. Und da muss man schon dafür sorgen, das ein bisschen zu koordinieren. Denn so wie es jetzt ist, herrscht einfach ein bisschen Wildwuchs. Und die erlauben sich manchmal alles. Die mit ihren Elektrovelos rauschen einfach über Stock und Stein und weiss nicht was alles hinweg. Dort wäre ich auch dafür, dass wir die Sensibilisierungskampagne unterstützen, damit man dort ein Augenmerk darauf haben und vielleicht auch einen gewissen Handlungsbedarf eruieren kann.

Wir haben als Schlusspunkt noch die Forstwirtschaft. Das ist heute auch ein Problem. Man kann ja das ganze Jahr holzen mit diesen Maschinen, die man heute hat. Früher war das so: Ich kann mich erinnern. 1963 bin ich mit dem Grossvater holzen gegangen, und mit seinen Angestellten. Er war Förster. Damals hat man das noch mit Pferden gemacht. Und man hat nur während des Winters geholt. Denn dann war Saftruhe bei den Bäumen, der Boden war gefroren und man konnte die gefälltten Bäume gut aus dem

Wald schleifen und hat die Brut- und Setzzeit nicht tangiert. Und heute ist das einfach anders, fliessend. Man kann das ganze Jahr holzen. Und dementsprechend werden die Tiere natürlich während dieser Zeit auch in ihrer Tätigkeit in der Brutzeit eingeschränkt. Jetzt ist es natürlich so. Es wurde vorhin schon gesagt: Man kann zu allem ein Verbot machen. Schlussendlich wird aus dieser Kampagne resultieren, dass man am geschicktesten ein Verbot macht und nicht einfach nur die Leute darauf hinweist. Denn wie es so ist heute: Die Leute werden grösstenteils auch nicht alles befolgen, was man ihnen rät. Und es darf dann einfach nicht sein, dass man wegen der Vielzahl der Verbotstafeln einfach den Wald nicht mehr sieht. Der Wald soll frei bleiben, soll jedem seinen Lebensraum bieten können und darf nicht irgendwie so ein Hindernisparcours werden für Mensch und Tier, wo es nachher einfach nur noch Verbote hagelt: Das darfst du nicht, dort darfst du nicht. Er muss frei bleiben. Man muss sich erholen können. Und das Gefühl muss erhalten bleiben.

Wir haben zum Ganzen Stimmfreigabe beschlossen, grossmehrheitlich. Es ist aber auch umstritten bei uns. Wir haben ein Jagdgesetz, in dem das meiste bereits geregelt ist. Und jetzt noch einmal speziell eine Sensibilisierungskampagne zu machen, ist bei uns umstritten. Wir werden einfach eben nach Stimmfreigabe abstimmen. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zu den Einzelvoten, Thomas Glauser für die SVP. Ihr könnt euch gerne noch für Einzelvoten anmelden.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Als Waldbesitzer bin ich bereits relativ viel eingeschränkt und gut aufgehoben. Wir haben Bundesgesetze für Waldbewirtschaftung, wir haben aber auch ein Gesetz des Kantons Bern über Jagd und Wildschutz. Das sind nicht Gesetze, die gestern entworfen wurden. Die gibt es schon lange. In diesen Gesetzen stehen eigentlich die speziellen Vorschriften: Leinenpflicht, Schutzgebiet während der Brut- und Aufzuchtzeit der Tiere. Wir haben aber auch Jagdvorschriften. Es macht aber auch Sinn, dass man das auf kantonaler Ebene regelt. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, wenn man im Bremgartenwald jetzt bürokratische und ideologische Verbotsregeln gegen Hundehalter einführt, sondern dass man sich eben an die bundesrechtliche Ergänzung des Jagdgesetzes und der Artenschutzverordnung hält, in der einheimische Wildtiere, Zugvögel und vor allem die bedrohten Arten bereits geschützt werden durch den Bund und den Kanton. Also, sicher, Wildtiere werden geschützt, ihr Lebensraum erhalten, die Sicherheit von Mensch und Infrastruktur berücksichtigt, so, dass die Schutzgebiete sich nachhaltig, aber auch ökologisch entwickeln können. Für uns oder für mich ist es einfach zu viel, was da verlangt wird. Es ist eine Beübung des Gemeinderates, es ist Bürokratie, es ist jetzt wieder irgendwie etwas, wo sich die Stadt Bern ein Stück Kuchen herausnehmen will, das bereits besteht und das vor allem von unseren Regierungsräten und Grossräten eigentlich sehr gut kontrolliert und umgesetzt wird.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Alex Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ihr seht, bei der SVP hat ein ausgewogener Diskurs stattgefunden. Es ist bei uns umstritten gewesen. Vielleicht wirklich etwas, das mir noch wichtig wäre, ist, wenn die Postulanten punktweise Abstimmung verlangen könnten. Ich sage euch: Ich persönlich und ein Teil der Fraktion könnten Ziffer 2 und Ziffer 3 zustimmen. Die legalen und illegalen Biketracks sind ein Problem für die Tierwelt. Ich adressiere mich an Dominique Hodel als Waldpädagogin. Das ist durchaus etwas, das ich unterstütze. Das finde ich gut.

Die Ziffer 1 werde ich ganz klar ablehnen. Ich kann euch auch die Begründung sagen. Ihr wollt hier immer gross Zusammenschluss/Kooperation. Ihr kennt die Stadt Bern. Elfenau grenzt an Muri, beispielsweise. Das sind Gebiete, wo teilweise nur die Eingeweihten wissen, ob eine Wiese zur Elfenau/Bern oder zu Muri gehört. Es gibt auch im Bremgartenwald solche Situationen. Ich bin einfach der Meinung, wir sollten hier nicht ein Stückwerk machen. So etwas sollte kantonal oder eidgenössisch geregelt sein. Kantonal hat der Grossrat hier x-mal schon über das befunden. Darum lehne ich die Ziffer 1 ganz klar ab. Ich bin der Meinung, das ist der falsche Ansatz, dass wir hier eine gemeindeweise Rechtsetzung machen für das, auch nicht als Postulat.

Aber die Ziffern 2 und 3 würde ich unterstützen. Ich würde darum sehr begrüßen, wenn ihr punktweise abstimmen lassen könntet. Wenn es nicht punktweise ist, werde ich persönlich nachher doch Nein stimmen, weil mir die Ziffer 1 ganz klar gegen den Strich geht. Ich betrachte das als unglücklich und kontraproduktiv. Merci.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Alex. Ich habe von den Einreichenden nicht gehört, dass sie punktweise abstimmen würden. Gut, ich weiss schon vom Gemeinderat Matthias Aebischer, dass er auf das Votum verzichtet. Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wollt ihr das Postulat erheblich erklären, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen, Rot Nein und Weiss Enthalten.

Abstimmung Nr. 029

2025.SR.0134	
Annahme	
Ja	44
Nein	8
Enthalten	8

Präsidentin: Ihr habt das Postulat angenommen.

2024.PRD.0065

8 Dählhölzli: Änderung des Zonenplans mit Plan Nr. 1487 vom 28. Mai 2025 und Teilrevision der Bauordnung vom 24. September 2006 (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Wir kommen nun zum Traktandum 8. Das Sachgeschäft obliegt dem obligatorischen Referendum. Ich würde der Kommission gerne das Wort erteilen, möchte aber gerne fragen, ob die verbleibende Zeit noch ausreicht oder ob wir verfrüht in die Pause gehen. – Es geht nur um dein Votum aus der PVS. Gut, dann halten wir noch das Votum der Kommission. Für die PVS, gerne Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Dann mache ich es relativ kurz, damit wir alle rechtzeitig in die Pause gehen können. Wir sprechen heute über das Dählhölzli. Vielleicht kamen manche von euch nach der Vorbereitung für die Debatte in der Hoffnung hierhin, dass wir sehr breit über den Tierpark sprechen könnten, über die Zukunft, über Familienzoos und Streicheleinheiten für Tiere. Tatsächlich geht es aber eigentlich nur um etwas Kleines, nämlich eine Zonenplanänderung für einen kleinen Teil des Areals, nämlich jenen Teil unten an der Aare, der quasi öffentlich ist und für den kein Eintritt

bezahlt werden muss. Auf diesem Areal steht heute neben Parkplätzen und einigen Tieren vor allem ein Haus, das relativ baufällig ist und bald einmal ersetzt werden sollte. In diesem Ökonomiehaus werden heute Dinge gelagert, im oberen Teil des Tierparks gibt es Büros und weitere Elemente. Was dieser Zonenplan möchte, ist, eine kleine Verdichtung dieses Areals zulassen, so dass ein neues Eingangsgebäude gebaut werden kann. Von diesem Eingangsgebäude aus soll das Dählhölzli auch mit einem Lift zugänglich sein, so dass man auch mit Rollstuhl und Kinderwagen nach oben kommt. Weiter geht es darum, dass man ein neues Ökonomiegebäude baut, wo man auch Büros, Futterküchen und weiteres zusammenfassen kann.

Ihr seht also, eigentlich ist es gar keine grosse Sache. Wir stimmen darüber ab, ob wir den Zonenplan anpassen wollen, so dass man in dieser Zone eben ein neues Projekt entwickeln kann, das das dringend benötigte, neue Ökonomiegebäude ermöglicht und eben auch einen neuen Eingang.

In diesem Sinne hat die PVS auch relativ kurz diskutiert und dieses Geschäft einstimmig angenommen, weil wir alle der Meinung waren, es sei zielführend, diese Zonenplanänderung zu machen und diese dem Volk vorzulegen, damit die Planung weitergehen kann. Es wird vermutlich nicht die letzte Zonenplanänderung gewesen sein auf diesem Areal. Es werden noch weitere folgen. Aber eben prinzipiell: Es geht um einen kleinen Perimeter, um eine eingeschränkte Änderung, die, glaube ich, allen Leuten zugutekommen wird, insbesondere auch den Mitarbeitenden und hoffentlich auch den Tieren, die wir in Zukunft weiter im Zoo besuchen können. Ich glaube, das wäre schon gewesen, was wir dazu sagen müssen. Das war die PVS-Erklärung.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Dann schlage ich doch vor, dass wir jetzt in die Pause gehen und uns nach dem Abendessen wieder einfinden. Nicht vergessen, gleich, um 19.45 Uhr, findet noch das Treffen mit dem Jugendparlament statt.

Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

27.04.2026

X

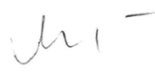


Signiert von: JELENA FILIPOVIC

für das Protokoll

05.05.2026

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidium

Nadine Aebischer

Georg Häsler

Szabolcs Mihályi

Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Thomas Glauser
Simon Gyger
Bernadette Häfliger

Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Raffael Joggi
Barbara Keller
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli

Tanja Miljanović
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Anouk Ursin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Valentina Achermann
Emanuel Amrein
Nik Eugster

Franziska Geiser
Helin Genis
Nora Joos

Ingrid Kissling-Näf
Ronja Rennenkampff
Lukas Schnyder

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD

Matthias Aebischer TVS Alec von Graffenried SUE

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, stellvertretende
Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parla- Mago Flück, Weibeldienste
mentsdienste Cornelia Stücker, Weibeldienste

2024.PRD.0065

8 Dählhölzli: Änderung des Zonenplans mit Plan Nr. 1487 vom 28. Mai 2025 und Teilrevision der Bauordnung vom 24. September 2006 (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Herzlich willkommen zurück. Ich muss das Glockenläuten noch etwas üben. Ich hoffe, ihr hattet eine gute Nachtessenpause. Wir hatten einen wunderbaren Austausch mit dem Jugendparlament. Sie haben schon Jugendmotionen angekündigt, die wir dann irgendwann mal im Stadtrat auch noch besprechen werden. Wir sind extrem gespannt, was da von ihnen kommt.

Wir sind stecken geblieben beim Traktandum 8, das Sachgeschäft "Dählhölzli, Änderung des Zonenplans" und die Teilrevision der Bauordnung sowie die entsprechende Abstimmungsbotschaft. Wir haben das Kommissionsvotum der PVS gehört. Jetzt seit ihr bereit für die Fraktionsvoten. Ihr könnt euch also gerne anmelden. Das Fraktionsvotum für die SP-JUSO-Fraktion von Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich glaube, ich mache es nicht allzu lange. Wir haben das in der Fraktion besprochen und unterstützen es. Wir freuen uns darauf, dass etwas vorwärtsgeht. Wir können sehr fest nachvollziehen, dass das neue Ökonomiegebäude notwendig ist, und wir finden es gut, dass gleichzeitig auch ein Eingang geschaffen wird, der für alle zugänglich ist, inklusive auch für Rollstühle und Kinderwagen. Weiter können wir es unterstützen, weil es eine gewisse Begrünung geben wird, denn das ist heute ein...

Der Sprecher erhält eine Anweisung wegen dem Mikrofon.

Okay, danke. Denn das ist derzeit zu einem grossen Teil ein versiegelter Platz und ich finde es wichtig, auch darauf hinzuweisen, dass hier eine gewisse Entsiegelung stattfinden wird, was gerade in der Aare-Talschutzzone auch äusserst willkommen ist.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Salome Mathys für die GLP-EVP-Fraktion.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Dominik hat es zwar schon gesagt: Es wird lediglich über eine Zonenplanänderung diskutiert und nicht etwa über Streicheleinheiten. Aber heute entscheiden wir nicht nur über die Zonenplanänderung, sondern wir entscheiden eben auch darüber, wie wir mit Tieren, mit unserer Umwelt und mit einem wichtigen Begegnungsort für die Bevölkerung umgehen wollen. Denn mit dieser Vorlage ermöglichen wir dem Tierpark Dählhölzli sich weiterzuentwickeln hin zu noch mehr Tierwohl, zu mehr Nachhaltigkeit und zu zeitgemässen Anlagen wie eben auch rollstuhlgängigen Anlagen. Das ist ein klares Bekenntnis zur Verantwortung und Respekt gegenüber den Tieren. Gleichzeitig sichern wir einen Ort, an dem Kinder staunen, Familien gemeinsam Erinnerungen schaffen und Menschen jeden Alters die Natur unmittelbar erleben können. Dass es weiterhin ein Familienzoo gibt, ist ein starkes Zeichen dafür, dass der Tierpark die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nimmt. Das ist kein technischer Entscheid, es ist ein Entscheid mit Herz. Danke für die Aufmerksamkeit. Wir stimmen Ja.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Thomas Hofstetter für die FDP-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP werden dieser Zonenplanänderung zustimmen. Wir unterstützen alle Geschäfte, welche unsere Stadt

weiterentwickelt und das ist hier der Fall. Endlich wird das Ökonomiegebäude erneuert. Dies ist eigentlich überfällig. Das hätte man schon vor 20 Jahren in die Hand nehmen müssen, denn dieses Haus ist eine Energieschleuder. Es ist vom Grundriss her nicht praktisch und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden in diesem Ökonomiegebäude sind der Stadt unwürdig. Warum die rot-grüne Regierung hier nicht früher hingeschaut hat und für ein Minimum an Komfort und Wohlbefinden für die Mitarbeitenden gesorgt hat, ist unerklärlich. Dies ist unser grösster Kritikpunkt an diesem Geschäft. Merci.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Tobias Sennhauser für die AL-PdA-TIF-Fraktion. Ihr könnt euch auch gerne für die Einzelvoten anmelden.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Ich möchte die Gelegenheit nutzen und dieses Votum Sam Nüesch widmen. Er sass für uns in der Tierparkkommission und hat uns bei Tier im Fokus jahrelang begleitet, als Stratege, als guter Freund auch, und er war massgeblich daran beteiligt, dass wir überhaupt diesen realpolitischen Weg eingeschlagen haben und schliesslich auch für den Stadtrat kandidierten. Nun hat sich herausgestellt, dass er nicht an einer, sondern an zwei seltenen Krankheiten gelitten hat. Diese haben dann in aller Härte zugeschlagen, weshalb er vor ungefähr zwei Wochen verstorben ist. Jetzt ist Sam nicht mehr da und wir merken schon, wie er uns fehlt, nicht nur menschlich, sondern eben auch als Experte oder als Stratege. Es fiel uns also generell schwer, uns für eine Position hier in diesem Rat zu entscheiden. Wir hätten wirklich auch die Expertise von Sam gebrauchen können.

Was uns schwerfiel, ist, dass wir einerseits natürlich verstehen und gutheissen, dass der Tierpark barrierefrei werden soll. Und genauso finden wir auch, dass es dringend ein neues Ökonomiegebäude braucht. Wir haben es auch einmal besuchen können und es leuchtet uns zu 100% ein. Und gleichzeitig sind wir der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist – vielleicht sogar der letzte – um im Parlament über die Zonenplanänderung und die damit verbundenen Entwicklungen im Perimeter an der Aare zu entscheiden. Und da glauben wir, dass es eben um mehr geht als um etwas Infrastruktur, sondern es geht um das Erscheinungsbild des Tierparks und auch um neue Formen der Tiergefangenschaft. Und genau hier beginnt unser Problem.

Der Stadtrat hat vor zwei Jahren unterdessen diese Gesamtplanung 2023 bis 2033 positiv zur Kenntnis genommen. Darin ist festgehalten, dass der Kinderzoo aufgehoben werden soll. Das war hier im Rat, aber auch ausserhalb ein riesiges Thema, ihr habt es mitbekommen. Ich selber habe diese Argumentation des Tierparks übernommen und mich hier im Rat gegen den Kinderzoo ausgesprochen. Das alles ist kaum ein Jahr her, aber politisch gesehen ist die Welt eine andere. Neuerdings ist die Rede von einem Familienzoo und ich finde es toll, dass mit dem Familienzoo nun doch eine gewisse kontrollierte Interaktion zwischen Menschen und Tier möglich sein soll. Das Problem ist, dass wir mit dem Familienzoo weitere Tierhaltungen begrüssen sollen, hinter denen wir nicht stehen können. Besonders stören wir uns an dem neu angekündigten "Erlebnis-Aquarium", zu dem wir in der Gesamtplanung nichts finden. Das Einzige, was wir dazu wissen, ist, dass es offenbar 18 Meter gross werden soll. Wir wissen nicht, welche Arten dort gehalten werden sollen oder woher die Fische stammen, ob aus einer Zucht oder aus Wildfang. Über all das können wir nur spekulieren.

Bis vor wenigen Jahren meinte man tatsächlich, dass Fische keine Schmerzen empfinden würden und heute zeigen zum Glück Studien, dass Fische empfindungsfähige Lebewesen sind, die nicht nur Schmerzen, sondern auch Angst und Stress empfinden können sowie soziale und kognitive Fähigkeiten besitzen. Aus unserer Sicht haben Fi-

sche deshalb in diesen künstlichen Aquarien nichts verloren. Sie dort zur Schau zu stellen, stellt für uns einen massiven Eingriff in ihre Gesundheit und in ihr Wohlbefinden dar. Hinzu kommt, dass die zoologische Forschung systematisch verzerrt ist. Besonders beliebte Tierarten wie beispielsweise Primaten oder Grossraubtiere werden deutlich häufiger untersucht als eben Fische. Und gerade bei Fischen bestehen eben im Vergleich zu vielen Landtieren weiterhin massive Wissenslücken. Diese Schiefelage prägt unser Wissen und auch unsere politischen Prioritäten. Vor dem Hintergrund, dass wir über Fische einfach noch zu wenig wissen, lehnen wir das neue Aquarium gemäss dem Grundsatz "in dubio pro animale" ab.

Aber zurück zur Gesamtplanung. Wir fragen uns, welchen Sinn diese 10-Jahres-Strategie hat und warum der Stadtrat überhaupt darüber urteilt, wenn sie kurzerhand wieder geändert werden kann.

Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat über den neuen Familienzoo mitbestimmen können sollte. Aus unserer Sicht sollte deshalb auch die Gesamtplanung erneut dem Stadtrat vorgelegt werden. Wir haben dazu einen Vorstoss eingereicht. Im Vortrag zu dieser Zonenplanänderung steht: "Damit der Tierpark den Bedürfnissen der Tiere, der Besucherinnen und Besucher sowie den Mitarbeitenden gerecht wird, soll er sich in den in den kommenden Jahren weiterentwickeln können." Das ist der allererste Satz im Dokument und es freut mich natürlich, wenn man den Bedürfnissen der Tiere nachkommen will. Aber ich finde es hier in diesem Kontext stossend, wenn man von den Bedürfnissen der Tiere spricht und gleichzeitig ein neues Aquarium geplant ist. Für mich geht das nicht zusammen.

Ich habe den Eindruck, dass es bei dieser Zonenplanänderung im Kern um etwas ganz anderes geht. Ich glaube, dass der neue Eingang dazu führen soll, dass der Tierpark attraktiver wird und mehr Menschen den kostenpflichtigen Teil besuchen. Kurz, bei dieser Zonenplanänderung geht es um die Aufwertung des Tierparks als Institution und nicht um die Tiere. Ich beschäftige mich selber seit vielen Jahren mit Zoos und ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich Zoos in einem ständigen gegenseitigen Wettbewerb untereinander befinden. Sie müssen sich mit neuen Anlagen, neuen Attraktionen und neuen Erlebnisangeboten überbieten. Es ist ein Wettrüsten, nicht zugunsten der Tiere, sondern der Zoos. Der Tierpark Bern ist aus unserer Sicht in erster Linie den Tieren und dem Artenschutz verpflichtet. Dazu braucht es weder neue Tieranlagen noch einen neuen Eingang. Wir lehnen die Zonenplanänderung deshalb ab und wir tun dies auch in der Hoffnung, dass Sam dies auch so sehen würde. Rest in Peace.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zu den Einzelvoten: Thomas Glauser, SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Die SVP hat von Anfang an eine klare Linie gehabt: Wir halten weiterhin an einem Streichelzoo oder Familienzoo, wie man ihn auch immer nennen will, in der Stadt Bern fest. Es geht hier darum, die Tradition sowie familienfreundliche Angelegenheiten nicht einfach vom Tisch zu wischen. In der Bildung ist es aber auch sehr gut, wenn man Feldtiere mit Schulklassen beobachten kann. Wenn der Zoo familienfreundlich bleibt, dann auch am Sonntag. Ich war viel mit meiner Tochter dort, als sie noch kleiner war. Wir haben mit der von uns lancierten Initiative Druck gemacht und 5400 Stimmen gesammelt. Wir sind jetzt eigentlich sehr glücklich, dass wir etwas bewegen konnten. Ich habe selber Unterschriften in der Länggasse gesammelt und ich muss sagen, sehr viele Wähler der SP haben unterschrieben. Sie haben gesagt, dass sie mit ihren Kindern fast jedes Wochenende dorthin gehen. Sie waren auch schon dort. Es war also nicht nur ein Anliegen der SVP. Aber ich möchte allen

danken und wir haben natürlich jetzt auch den Entschluss gefasst, dass wir die ganze Angelegenheit dort befürworten.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Johannes Wartenweiler für die SP.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Der Tierpark Dählhölzli ist ein fester Bestandteil der Stadt Bern seit geschätzt 100 Jahren. Es ist wichtig, dass er eine Perspektive hat und ich glaube, mit diesem Plan, der jetzt vorliegt, hat er auch eine Perspektive. Wir haben gewusst und schon länger gewusst, dass das Ökonomiegebäude unten an der Aare in einem ziemlich bedenklichen Zustand ist. Man hat uns durchgeführt, man hat uns gezeigt, was dort funktioniert und was nicht funktioniert und wie eng und beengend die Verhältnisse sind. Es ist nur sinnvoll und richtig gewesen, dass der Tierpark diesen Moment genutzt hat, um die für den gesamten Betrieb unheimlich wichtige Ökonomie wieder auf Vordermann zu bringen. Wir haben zu diesem Zeitpunkt auch sehr gut verstanden, dass damit gewisse Veränderungen einhergehen, wie etwa die Aufhebung dieses Kinderzoos. Dabei stellt sich durchaus die Frage, welchen Sinn ein Kinderzoo hat, etwa das Todstreicheln von Ziegen. Wir sind eigentlich auch dieser Überlegung gefolgt, weil wir gedacht haben, es ist durchaus richtig, dass man die Tiere, wenn man sie schon gefangen hält oder wie auch immer, wenn man sie wenigstens schützt.

Jetzt ist die SVP auf den Plan getreten, denn diese Tiergeschichten sind immer in jeder Richtung ein gutes Instrument, um Stimmen zu generieren. Die SVP hat, das muss man anerkennen, volle Leistung gegeben und diese 5'000 Stimmen plus Unterschriften gesammelt. Da haben sicher alle möglichen Leute mitunterzeichnet, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Offensichtlich ist dann auch dem Dählhölzli selbst klar geworden, dass man hier möglicherweise in ein grösseres politisches Problem mit unklarem Ausgang hineingeraten könnte. Das hat zu den Anpassungen geführt, über die wir heute diskutieren und entscheiden. Zum Schluss noch eine Anmerkung: Das Dählhölzli hat eine lange Geschichte, und eine besondere Episode dieser Geschichte ist die seltsame und abstruse Situation mit dem Kranich, der in der Jugendbewegung dort gefangen wurde und dann vor der Reithalle gegessen wurde. Aber das ist nur eine Fussnote.

Präsidentin: Als nächstes Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Am Kranich bin ich also unschuldig. Aber immer, wenn ein Waldrapp verschwunden wäre, hätte mich das möglicherweise in den Kreis der Tatverdächtigen geführt. Um eine kurze Historie zu erzählen: Die Waldrappen sind in der Schweiz ausgestorben, weil sie eben sehr schmackhaft sind und sich zu Fuss einfach erlegen lassen.

Ich möchte kurz antworten. Zunächst möchte ich an dieser Stelle allen Stimmbürgern danken, die unsere Initiative unterschrieben haben. Es war eben wichtig, dass wir hier Fahne gezeigt und gesagt haben: „Wir setzen uns für den Familienzoo oder den Streichelzoo ein!“ Ihr wisst, ich habe früher auch geritten – mehr oder weniger erfolgreich. Aber Ponys und Pferde sind nicht unbedingt die geeigneten Tiere. Darum haben wir auch nicht gesagt, welche Tiere es sein sollen. Mir geht es darum, dass es dort eben einen Streichelzoo gibt. Für mich sind das Hühner, die fortlaufen können. Allenfalls auch Gänse. Oder Geissen, die die Menschen gerne haben, aber auch fortgehen, wenn es ihnen nicht passt. Tiere brauchen Rückzugsmöglichkeiten. Tiere brauchen den nötigen Freiraum, um sich zurückziehen zu können. Das ist wichtig. Die Bevölkerung hat uns hierbei unterstützt. Wichtig war, dass wir von der SVP hier Farbe bekennen und

klarmachen, worum es uns geht. Was ich bedaure, ist die Frage der Mitbestimmung der Quartiere. Wir werden sie allenfalls heute noch bei einem Vorstoss behandeln, der drankommt. Ich sage noch hier und heute: Hätte man das Geschäft zuerst in der Quartierkommission vorgestellt und beraten, hätte man die Planung, dass der Streichelzoo weggeht, vielleicht gar nie aufgelegt. Wir haben heute auch einen anderen Vorstoss, bei dem es genau darum geht. Wenn ihr alles von unten nach oben planen wollt, dann müsst ihr die Leute eben einbinden. Das geht viel einfacher und ist viel zielgerichteter, als wenn man von oben nachher etwas aufsetzen will.

Ich bin auch froh, dass die Zufahrt jetzt neu geregelt wird. Das habe ich auch immer gesagt. Ich kenne das Gebiet gut, meine Tochter und ich waren oft dort. Zuerst war dort der Spielplatz, da war ich vor vielen Jahren Referent. Wenn ihr dort den Verkehr habt, der dort ist, dann trifft ihr zuerst die Kinder vom Spielplatz und erst danach die vom Streichelzoo. Deshalb ist es richtig, dass die Einfahrt verändert wird. Ich gebe zu, dass ich eine Einsprache gegen diesen Zonenplan eingelegt habe, um ein bisschen Druck zu machen. Ich habe die Einsprache zwar zurückgezogen, werde heute aber Ja stimmen und bitte euch, es mir gleichzutun. Ihr seht: Die SVP kämpft hart, aber wenn es eine Lösung gibt, können wir dazu stehen. Danke vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank, es liegen aktuell keine weiteren Einzelvoten vor. Dann würde ich der Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort übergeben.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Der Tierpark Dählhölzli ist eine Institution in Bern. Er ist Bildungsort, Freizeitort, Arbeitgeber und touristischer Anziehungspunkt und zugleich Teil eines hoch sensiblen Natur- und Landschaftsraums entlang der Aare. Genau diese Mehrfachfunktion verpflichtet uns zu einer präzisen, verantwortungsvollen Planung. Wir beraten heute die Änderung des Zonenplans im Gebiet Dählhölzli.

Was technisch klingt, ist in Wahrheit eine strategische Weichenstellung für die Stadtentwicklung Berns. Es geht um die Frage, wie sich diese Institution unter klar definierten Rahmenbedingungen weiterentwickeln kann. Im Einklang mit Natur, Landschaft und öffentlichem Interesse. Mit der vorliegenden Zonenplanänderung schaffen wir die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine zeitgemässe Entwicklung. Es geht nicht um eine beliebige Ausdehnung, sondern um eine gezielte Anpassung an heutige Anforderungen. Artgerechte Tierhaltung, moderne und nachhaltige Infrastruktur, Energieeffizienz, Hochwasserschutz sowie Massnahmen zur Klimaanpassung. Der Tierpark steht wie viele öffentliche Einrichtungen vor strukturellen Herausforderungen. Bestehende Anlagen sind teilweise in die Jahre gekommen. Gesetzliche Vorgaben haben sich verändert. Erwartungen an Tierwohl und Nachhaltigkeit sind gestiegen. Ohne eine angepasste planerische Grundlage bleibt der Handlungsspielraum eingeschränkt. Notwendige Erneuerungen würden verzögert oder verunmöglicht. Das wäre weder im Interesse des Tierwohls noch im Interesse einer langfristig nachhaltigen Stadtentwicklung. Gleichzeitig ist klar, der Schutz des Natur- und Landschaftsraums bleibt zentral. Das Dählhölzli ist Teil eines sensiblen Aarehangs mit hoher ökologischer Bedeutung. Die Vorlage wahrt die übergeordneten Umwelt- und Landschaftsschutzbestimmungen. Sie definiert klar, wo Entwicklung möglich ist und wo nicht. Sie setzt Leitplanken statt Freipass. Der Charakter des Dählhölzli als Grün- und Erholungsraum bleibt gesichert. Für den Gemeinderat war deshalb eine sorgfältige Abwägung entscheidend zwischen Nutzung und Schutz, zwischen öffentlichem Interesse und ökologischer Verantwortung, zwischen heutigen Bedürfnissen und langfristiger Perspektive. Diese Vorlage ist das Resultat dieser Abwägung.

Sie schafft Rechtssicherheit, Transparenz und eine tragfähige Grundlage für kommende Projekte ohne Automatismen, ohne Blankoscheck. Jede konkrete bauliche Massnahme wird weiterhin ordentlich geprüft werden müssen. Mit dieser Änderung handeln wir vorausschauend. Wir ermöglichen eine massvolle Weiterentwicklung innerhalb klarer Grenzen und sichern gleichzeitig das, was das Dählhölzli ausmacht, Naturraum, Offenheit und hohe Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung. Der Gemeinderat bittet euch deshalb, der Änderung des Zonenplans Dählhölzli zuzustimmen. Besten Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Es liegen keine Anträge vor. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wollt ihr die Abstimmungsvorlage genehmigen zuhanden der Stimmberechtigten? Dann würde ich bitten, dass ihr jetzt mit Grün Ja stimmt, mit Rot Nein und mit Weiss Enthaltung.

Abstimmung Nr. 030

2024.PRD.0065: Abstimmungsvorlage	
Annahme	
Ja	61
Nein	3
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage angenommen. Wir kommen nun noch zur Abstimmungsbotschaft. Wollt ihr die Abstimmungsbotschaft so genehmigen, dann stimmt mit Grün für Ja und mit Rot für Nein.

Abstimmung Nr. 031

2024.PRD.0065: Botschaft	
Annahme	
Ja	65
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft so verabschiedet. Nun wäre geplant gewesen oder ist geplant, dass wir zu Traktandum 18 kommen. Wir haben letztes Mal beim Frauenfussball EM beim Schlussbericht die Diskussion abgebrochen und haben gesagt, dass wir heute in der zweiten Sitzung damit fortfahren. In der Zwischenzeit ist aber auch noch ein Ordnungsantrag eingetroffen, den gerne Tanja noch erläutern würde.

Tanja Miljanović (GFL): Danke für das Wort. Ich möchte gerne beantragen, dass wir das Traktandum 11, den Monbijoupark, jetzt noch behandeln, bevor wir zur SUE springen. Und zwar nicht nur, weil dieses Traktandum so oft verschoben wurde, dass ich mein Votum gar nicht mehr gefunden habe, sondern weil von der Verwaltung ganz klar gesagt wurde, dass diese Motion eine Signalwirkung hat auf die Revision der Zonen für öffentliche Nutzung (ZöN). Die ZöN-Revision haben wir inzwischen behandelt. Aber immer noch nicht entschieden, was für eine Signalwirkung wir für diese ZöN schicken möchten. Ich denke, deswegen ist es einfach wirklich wichtig, dass wir endlich mal diese Motion hier im Rat behandeln.

Präsidentin: Ihr habt den Ordnungsantrag gehört, dass wir das Traktandum 11 vorziehen, bevor wir dann zu den SUE-Geschäften gehen. Dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Ordnungsantrag
 Tanja Miljanović
 Traktandum 11 vorziehen.

Abstimmung Nr. 032

Ordnungsantrag

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Ordnungsantrag zugestimmt.

2024.SR.0312

11 Motion Natalie Bertsch (GLP), Maurice Lindgren (GLP): Mehr Vielfalt im Monbijoupark; Annahme

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum 11: Motion Natalie Bertsch (GLP), Maurice Lindgren (GLP): Mehr Vielfalt im Monbijoupark. Ist diese Motion bestritten? Ja, die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Natalie Bertsch von der GLP.

Natalie Bertsch (GLP) für die Kommission: Ich halte das Votum für die Einreichenden und Maurice schliesst dann auch noch das Fraktionsvotum an. Im Rahmen der Mitwirkung zur Sanierung des Monbijouparks wurde eine Verpflegungsmöglichkeit direkt im Park gewünscht. Ich kann das gut verstehen, vor allem durch den Spielplatz sind viele Familien mit kleinen Kindern dort und wer kleine Kinder hat, kann das vielleicht nachfühlen. An manchen Tagen ist einfach pures Chaos und man schafft es nicht zu planen und an alles zu denken und ist dann super dankbar, wenn es dort ein kleines gastronomisches Angebot gibt.

Andere Tage sind besser und organisierter und man schafft, was mitzunehmen und auch dafür bietet der Monbijoupark alle Möglichkeiten an, inklusive eine Grillanlage der EWB. Wir persönlich sind oft dort und haben uns gefreut, als der Verein sein Fenster aufgemacht hat. Und wir haben uns auch dort dann länger unterhalten und schon rausgehört von den Mitarbeitern, dass die Organisation so auf Ehrenamt-Basis doch ganz schön herausfordernd ist. Wir haben erstmal die Daumen gedrückt und waren dann oft da, aber der Pavillon war meistens zu.

Und so richtig gewundert hat es uns eigentlich nicht. Wer hat die Energie, neben Arbeit, Familie, Alltag noch ein Gastroangebot zu schmeissen. Die Idee für diese Motion ist dort und dann entstanden. Als Einreichenden möchten wir uns gerne beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Antwort bedanken, insbesondere für die Suche nach einer sozialen Trägerschaft, wenn möglich, sowie für die Verankerung der erhöhten Rechtssicherheit mit der anstehenden ZÖN-Revision. Es ist sicher eine berechtigte Fra-

ge, ob hier eine andere Trägerschaft den Park verändern würde. Gleichzeitig möchte ich euch hier bitten, wirklich die Kinder des Monbijouparks nicht zu unterschätzen. Sie sind genauso, wie Kinder sein sollen: viel zu laut. Es fliegt Sand und die runde Struktur des Pavillons lädt auch ein, dass man da mit dem Trottinett herumfährt. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie hier etwas anderes entstehen soll als eine einfache Verpflegungsmöglichkeit, die sich die Mitwirkenden gewünscht haben.

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt, der mir bei dieser Motion wichtig ist. Wir werden diese Diskussion über Cafés und Pop-Ups hier wohl noch oft führen, aber es geht auch um etwas anderes. Der Pavillon existiert bereits und es geht auch darum, wie achtsam oder eben nicht, wir mit öffentlichen Geldern umgehen. Wir wurden oft gefragt, was es denn mit diesem Pavillon auf sich hat. Wir haben es versucht zu erklären, aber die normale Reaktion war einfach Kopfschütteln. Der Pavillon steht da, er hat Steuergelder gekostet – 400'000 Franken, um genau zu sein –, und er wird bis auf die Toilette praktisch nie genutzt. Solange der ungenutzt steht, ist er irgendwie auch ein Symbol für fehlenden Lösungswillen und wenig achtsamen Umgang mit öffentlichen Geldern in dieser Stadt. Und ich glaube, dass wir in diesem Rat oft vergessen, dass es für die Mehrheit nicht so wichtig ist, ob es sich um einzelne Parteien, den Gemeinderat oder den Stadtrat handelt. Sie wollen einfach wissen, wie gut wir zusammenarbeiten – alle zusammen – und Lösungen für sehr praktische Probleme finden können.

Man kann jetzt schon sagen, es handelt sich um ein sehr kleines Problem oder es ist auch ein sehr überschaubarer Betrag. Aber wie sollen Wählende uns bei grossen Problemen vertrauen, wenn wir schon die kleinen nicht bewältigen können? Und ich denke, das Mindeste, was man von uns hier erwarten kann, ist, dass wir konsequent sind. Entweder wollen wir politisch keine Verpflegung in öffentlichen Parks und dann bestellen wir auch kein Pavillon. Aber wenn wir ein Pavillon mit Verpflegungsmöglichkeit bestellen, dann sind wir auch zusammen verantwortlich, eine Lösung zu finden, wenn die ursprüngliche Idee sich nicht umsetzen lässt. Als Grünliberale habe ich wenig Präferenz, ob es ein Quartierverein sein soll oder eine andere Trägerschaft, aber ich finde, wir sollten zuhören, wenn ein Quartierverein sich zurückzieht. Ein Ehrenamt ist irgendwie auch Synonym für unbezahlte Arbeit. Lösungen, die konsequent auf Ehrenamt und unbezahlte Arbeit setzen in dieser Zeit, in der das Leben für viele komplizierter wird, sollte man sich gut überlegen. Wir finden, der Gemeinderat hat uns hier eine gute Lösung zugespielt für ein tolerantes Miteinander verschiedener Ideen, Bedürfnisse und Lebensentwürfe und wir finden, die haben alle im Monbijou Platz und aus dem Grund bitte ich euch, die Motion heute Abend anzunehmen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ich übergebe für das Fraktionsvotum an Maurice Lindgren für die GLP-EVP-Fraktion. Ihr könnt euch gleich für die weiteren Fraktionsvoten anmelden.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Wir haben uns sehr gefreut, dass der Gemeinderat unsere Motion zur Annahme empfiehlt. Sie greift ein Bedürfnis auf, das im Quartier und bei vielen Parkbesuchenden seit langem besteht. Ein kleines passendes Gastroangebot im Monbijoupark. Dass dieses Bedürfnis nicht neu ist, wissen wir, glaube ich, alle, doch erfolgreich umgesetzt wurde bisher nichts. Und das hat einen klaren Grund: der veraltete Zonenplan. Er wird der Realität eines modernen Stadtlebens nicht mehr gerecht. Genau deshalb wird er aktuell revidiert, mit breiter Zustimmung aus diesem Rat übrigens. Wie anspruchsvoll ein solches Vorhaben in einer Zone für öffentliche Nutzungen sein kann, hat das Beispiel der Café Bar am Egelsee gezeigt. Trotz grossem Rückhalt in der Bevölkerung wurde drei Jahre lang vor Gericht gestritten. Am

Ende kam das Projekt zustande und heute ist es aus dem Quartier kaum mehr wegzu-denken. Es haben sehr viele Leute sehr viel Freude an diesem Angebot. Im Monbijou-park ist die Ausgangslage rechtlich ähnlich, wenn auch im kleineren Rahmen. Auch hier liegt der Park in einer Zone für öffentliche Nutzungen und genau diese Unsicherheit schreckt ab.

Wer ein solches Projekt anpacken möchte, braucht verlässliche Rahmenbedingungen und nicht die Risiken von jahrelangen juristischen Streitereien. Und die meisten Leute möchten auch einen Lohn für ihre Arbeit, nicht wie heute im Monbijoupark. Denn Gra-tisarbeit, wie zum Beispiel unbezahlte Care-Arbeit, gibt es in unserer Gesellschaft lei-der immer noch mehr als genug. Und deswegen freut es mich, das Quartier und ganz viele Parkbesuchende, dass der Gemeinderat erstens die ZöN-Revision erarbeitet und zweitens einverstanden ist, dass auch im Monbijoupark ein Gastroangebot angeboten werden soll.

Diejenigen von euch Stadträtinnen und Stadträte, die die Planungserklärungen zur Be-lebung von Zonen öffentlicher Nutzungen bereits in der Debatte zur ZöN-Revision mit-unterstützt und geholfen haben, diese an den Gemeinderat zu überweisen, können jetzt konsequent sein und auch diese Motion zu einem konkreten Projekt unterstützen. Den-jenigen, die noch kritisch sind, möchte ich Folgendes mit auf den Weg geben: Selbst, wenn bei künftigen zonenrechtlichen Rahmenbedingungen kommerzielle Angebote zu-lässig würden, kann der Stadtrat immer noch Projekt für Projekt sicherstellen, dass möglichst gemeinnützige Trägerschaften zum Zuge kommen oder anderweitig der po-litischen Mehrheit in diesem Saal genehme Formen des Wirtschaftens. Schliesslich sind die meisten Parkanlagen im Besitz der Stadt Bern und der Gemeinderat ist auch noch rot-rot-grün-grün und noch grün-liberal. Wenn dieses Projekt schlussendlich nicht zu-stande kommen sollte, wäre das auch aus Stadtsicht ein gescheitertes Projekt. Ein be-reits gebauter, sehr schöner Pavillon bleibt letztlich sehr leer und alles, was die Stadt diesbezüglich geschafft hätte, wäre eine sehr teure Toilette zu bauen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Katharina Gallizzi für die GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir haben es gehört, dieses Traktandum wur-de schon sehr, sehr, sehr, sehr oft verschoben, was jetzt dazu führt, dass unsere Frakti-onssprecherin Nora Joos leider heute nicht da sein kann und ich das Votum für sie halte respektive ihr Votum für sie halte. Im Gegensatz zu unseren Vorredner*innen werden wir als GB-JA!-Fraktion die vorliegende Motion ablehnen. Spielplätze und Parks sind wichtige Freiräume und sie sind aus unserer Sicht mehrheitlich von kommerziellen Nut-zungen freizuhalten. Gerade der Monbijoupark mit seiner Lage, der umgeben ist von Gastrobetrieben, benötigt unseres Erachtens kein kommerzielles Gastronomieangebot. Wir haben das schon damals gesagt, als dieser Pavillon geplant wurde. Spielplätze und Parks sollen vor allem Orte sein, an denen man herumtoben, verweilen, plaudern oder verschnauften kann. Wir erachten es als viel sinnvoller, dass Kinder den Platz haben, um einen Handstand zu machen, Jugendliche eine Slackline aufbauen können oder auch marginalisierte Gruppen einen Ort haben, wo sie sich treffen können. Das finden wir wichtiger, als dass es Stühle und Tische gibt, wo man etwas konsumieren kann. Es gibt zum Beispiel dort auch einen Brunnen. Also wenn die Kinder durstig sind, weil man das Trinken vergessen hat, dann kann man sich auch dort bedienen. Ich gebe zu, wenn sie Hunger haben, hilft das nicht. Aber wie gesagt: Es hat rundherum eigentlich genug Cafés, Läden, usw., wo man das machen kann.

Wir finden auch, dass es in der Stadt – das haben wir auch schon häufig gesagt – ei-gentlich schon viel zu viele Pop-Ups gibt, also Orte, die kommerzialisiert werden. Wir

sind auch der Meinung, dass dies nicht der richtige Ort für ein weiteres kommerzielles Gastronomieangebot ist. Es handelt sich zwar nicht um ein Pop-up, aber wir finden, dass es hier bereits genug gibt. Den Ausführungen des Gemeinderats zur sowieso geplanten ZöN-Revision können wir zustimmen. Die Erwerbszwecke dürfen beim Pavillon nicht im Zentrum stehen. Der soziale Mehrwert eines Treffpunkts muss ausschlaggebend sein.

Wir finden, falls es ein Angebot gibt, dann sollte das von einer gemeinnützigen Träger-schaft sein, wie das Stadtgrün Bern im Moment vorsieht. Eine schleichende Kommer-zialisierung der Grünanlagen ist aus unserer Sicht unbedingt zu verhindern. Dies ha-ben wir – und auch hier sage ich noch einmal das Gleiche – in der ZöN-Revision ein-gebracht. Maurice, wir waren damals schon dagegen und sind es heute noch. Also wir sind zumindest auf dieser Linie. Gastronutzungen sollten nur sehr punktuell in ZöN vor-gesehen werden, beispielsweise dort, wo es eben in der Umgebung keine Cafés gibt. Deshalb fanden wir den Egelsee auch okay und haben es auch so in der ZöN-Revision eingebracht. Dies ist aber beim Monbijoupark nicht der Fall. Hier wird mit dem Ausbau der Gastronutzung der sowieso nicht riesige Platz noch verstellt und wir lehnen das ab und die Motion auch.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Nadine Aebischer für die SP/JUSO-Frak-tion.

Nadine Aebischer (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion lehnt diese Motion ab. Die zentrale Frage ist einfach: Braucht es im Monbijoupark eine Zonenplanänderung, um kommerzielle Gastronomie zu ermöglichen? Unsere Antwort ist klar, Nein. Und ich sage das nicht nur als Mitglied dieser Fraktion. Das sage ich auch als jemand, der die-sen Park kennt, der Zeit in diesem Quartier verbracht hat und gesehen hat, wie dieser Park an Sommerabenden, am Wochenende und an ganz normalen Nachmittagen ge-nutzt wird. Der Monbijoupark ist kein leerer Raum, der belebt werden muss. Er ist be-reits belebt, er funktioniert bereits. Die Frage ist also nicht, wie wir Leben in diesen Park bringen wollen, sondern wie wir das, was es dort heute schon gibt, erhalten.

Worum geht es in dieser Motion? Die Motion verlangt eine Zonenplanänderung, um kommerzielle Gastronomie im Park zu ermöglichen. Die Befürworter*innen sprechen von mehr Vielfalt, von Entlastung für Familien, von professionellen Strukturen, von bes-terer Nutzung der bestehenden Infrastruktur. Das klingt zunächst vernünftig. Natürlich ist es bequem, wenn man im Park etwas kaufen kann. Natürlich kann Gastronomie Be-gegnungen fördern und ja, niemand ist grundsätzlich gegen ein Parkcafé. Aber genau darum geht es nicht heute. Ich möchte das klar festhalten. Die SP-JUSO-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen Gastronomie in öffentlichen Parks. Auch Parkcafés können sinnvoll sein und zur Belebung beitragen. Aber diese Motion verlangt eine Zonenplan-änderung und eine Zonenplanänderung ist kein Detail. Sie verändert die langfristigen Rahmenbedingungen eines Ortes. Es geht also nicht um einen Getränkeiosk am Wo-chenende, es geht um eine strukturelle Öffnung für eine kommerzielle Nutzung.

Und genau diesen Schritt lehnen wir ab. Wer den Monbijoupark kennt, weiss, dass sich an warmen Sommerabenden Gruppen von Menschen auf der Wiese versammeln: Fa-milien mit Picknickdecken, Jugendliche mit Grills, Menschen, die nach der Arbeit vor-beikommen, Menschen, die sich einfach treffen, ohne etwas konsumieren zu müssen. Kindergeburtstage finden dort statt, Freundeskreise treffen sich, Menschen feiern ge-meinsam, weil ihre Wohnungen zu klein sind. Menschen, die keinen Garten haben, nut-zen diesen Park als ihren gemeinsamen Aussenraum. Das ist nicht theoretisch, son-dern das ist die Realität dieses Parks. Diese Realität basiert auf einem einfachen Prin-

zip: Man kann dort sein, ohne etwas kaufen zu müssen. Unser erster Punkt ist der soziale Charakter des Parks. Der Park ist mit öffentlichen Grillstellen und Sitzgelegenheiten ausgestattet. Er ist bewusst so gestaltet worden, dass Menschen ihre eigenen Speisen mitbringen können. Das ist nicht zufällig. Das ist ein politischer Entscheid, ein Entscheid für Zugänglichkeit, ein Entscheid für soziale Durchmischung.

Gerade für Menschen mit wenig Geld ist das entscheidend, gerade für Jugendliche, gerade für Familien. Wenn wir beginnen, kommerzielle Strukturen auszubauen, verändert sich die Nutzung schleichend, nicht sofort, aber Schritt für Schritt. Es entsteht ein anderer Druck, andere Erwartungen, andere Dynamiken und solche Veränderungen lassen sich später kaum mehr zurückdrehen. Der zweite Punkt, es gibt bereits Gastronomie. Rund um den Park gibt es zahlreiche Angebote: Restaurants, Cafés und Takeaways. Wer etwas kaufen will, kann das heute schon tun – und viele tun das schon. Man holt sich eine Pizza, ein Getränk, ein Sandwich und setzt sich in den Park. Das funktioniert, das wird genutzt und es braucht dafür keinen Zonenplanänderung.

Die Frage ist also nicht, ob Gastronomie im Quartier fehlt, denn die Antwort lautet nein. Die Frage ist, muss sie im Park selbst kommerziell verankert werden. Unsere Antwort darauf ist nein. Der dritte Punkt ist ein zentrales Argument dieser Motion: das ist der Pavillon. Der ehrenamtliche Betrieb sei schwierig und es finde sich keine stabile Trägerschaft. Ja, das ist herausfordernd, aber das allein rechtfertigt keine Umzonung. Wenn sich keine Trägerschaft findet, müssen wir uns fragen, warum. Sind die Anforderungen zu hoch? Fehlt Unterstützung? Braucht es andere Modelle? Dies ist eine Aufgabe für die Stadt, für die Gemeinwesenarbeit und für uns als Politik. Es gibt viele Möglichkeiten: gemeinnützige Trägerschaften, kooperative Modelle, Projekte für Jugendliche, zeitlich begrenzte Nutzungen und Quartiersprojekte. Eine Zonenplanänderung ist dafür nicht nötig. Nur weil etwas organisatorisch schwierig ist, ist kein Grund, es zu kommerzialisieren. Wir dürfen auch den grösseren Kontext nicht vergessen.

Die Stadt arbeitet an der ZöN-Revision. In diesem Rahmen wird geprüft, wie gastronomische Nutzungen im Park künftig rechtssicher ermöglicht werden können. Das heisst, der Prozess läuft bereits. Es gibt eine gesamtstädtische Betrachtung. Diese Motion greift diesen Prozess vor. Sie zieht einen Einzelfall heraus und sie schafft einen Präzedenzfall. Das halten wir planerisch für falsch. Es geht letztlich um eine grundsätzliche Frage: Welche Rolle sollen öffentliche Parks in unserer Stadt haben? Sollen sie Orte bleiben, an denen man sich treffen kann, ohne zu konsumieren, oder sollen sie schrittweise kommerzialisiert werden. Diese Motion mag klein erscheinen, aber sie hat Signalwirkung – und genau deswegen nehmen wir sie ernst. Für uns ist es klar: Der Monbijoupark soll ein frei zugänglicher, nicht kommerzieller Begegnungsraum bleiben. Er ist kein Ort, der belebt werden muss. Er ist bereits belebt. Er ist kein Ort, der aufgewertet werden muss. Er wird bereits intensiv genutzt. Er ist ein Ort, der geschützt werden muss. Der Monbijoupark ist kein Experimentierfeld für eine Zonenplanänderung. Er ist ein öffentlicher Raum für alle. Darum lehnt die SP-JUSO-Fraktion diese Motion klar ab. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: In der Stadt Bern gibt es verschiedene Standorte, an denen sich Natur und Zusammentreffen vereinen. Sei es an der Aare unten, wo es verschiedene Stände gibt, wo man etwas zu trinken kaufen kann, oder wo man sich auch verpflegen kann. Es hat sich aber auch gezeigt, dass gerade im Monbijoupark ein Bedarf da ist, denn die Leute aus diesem Quartier – vor allem Familien – schätzen diesen Park sehr. Man muss auch bedenken, dass der Park auch im Winter sehr

belebt ist. Wenn man dort eine heisse Ovomaltine oder Schokolade für die Kinder kaufen kann, ist das natürlich immer sehr beliebt. So muss man nicht alles mit dem Rucksack mitnehmen. Zudem kommt hinzu, dass die Verantwortlichen im Park dafür sorgen, dass alles sauber ist und der Abfall ordnungsgemäss entsorgt wird. Wir reden hier nicht von einem Restaurant, sondern wir reden hier von einem kleineren Parkcafé. Das muss man, glaube ich, schon unterscheiden. Es wird keinen riesigen Gastro-Boom geben in diesem Monbijoupark. Es wird ein einfaches, kleines und feines Parkcafé geben, das vor allem in den kalten Jahreszeiten Familien und Kindern als Treffpunkt dient. Wir von der SVP-Fraktion begrüßen, dass wir dieses Café in diesem Park weiterhin haben und vor allem für Familien aufrechterhalten können.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Raffael Joggi für die AL-PdA-TIF-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die hervorragenden Voten von Katharina und Nadine machen mich fast ein bisschen sprachlos. Wir haben dem nicht so viel hinzuzufügen. Vielleicht noch etwas zum Vortrag. Unsere Fraktion hat sich ein bisschen gefragt, was eigentlich die Strategie des Gemeinderats ist.

Es heisst hier eigentlich: Wenn man nichts Gemeinnütziges findet, was wir alle zu schätzen wissen, kann man mit etwas erhöhten Schwierigkeiten ein niederschwelliges kommerzielles Angebot suchen. Wir sehen also gar nicht so genau den Beweggrund, dass jetzt diese Motion hier angenommen werden muss. Ausser vielleicht der, dass wir vermuten, dass hier tatsächlich eben eine strukturelle Änderung passieren soll, dass diese Zone eigentlich aufgeweicht werden muss und das dann nicht nur für den Monbijoupark, sondern für alle anderen Zonen der gleichen Güte. Da müsst ihr uns nicht fragen. Wir sind sicher nicht dafür, dass hier mehr Kommerz erlaubt werden soll. Wir sind der Meinung, dass man hier ein teures Klo baut, das dann durch Menschen zu beleben versucht, die dort aktiv werden sollen oder wollen, dass die das nutzen können. Wenn dann halt das Klo leer bleibt, dann warten wir noch ein bisschen und dann kommt vielleicht wieder jemand.

Das klingt jetzt vielleicht langweilig. Aber die grünliberale Utopie, dass hier eigentlich letztendlich Care-Arbeit geleistet wird und so nur nachhaltig belebt werden kann, deprimiert uns eher. Wir glauben, dass sich ein Engagement für die Allgemeinheit, eine gute Idee, das Verbandswesen und all die anderen Möglichkeiten, die es gibt, eine gute Sache ist und dass dann letztendlich nicht jedes Mal auf den Betrag geschaut werden muss. Sondern auf die Tatsache schaut, dass hier tatsächlich ein Raum im Moment leer steht, den man eben mit Ideen bevölkern kann.

Der Punkt ist: Wenn wir da ein Café reinbauen – auch wir haben nichts dagegen Kaffee oder Bier im Park zu kaufen –, also wenn dort halt mal was drin ist, dann ist halt einfach klar, wie das läuft. Es muss auch niemand konsumieren. Das ist auch klar. Aber diese schleichenden Verdrängungseffekte spielen trotzdem eine Rolle, wie schon sehr gut bemerkt wurde. Vor allem verknappt sich die Möglichkeit der Ideen, was man überhaupt in so einem Raum machen kann. Jetzt steht das vielleicht leer, aber vielleicht kommt in zwei Jahren ein junges Kollektiv und macht dort etwas, das einfach letztlich mit einem Businessplan nie möglich gewesen wäre.

Apropos Businessplan: Ein Gastronomiekonzept ist nicht einfach ein Selbstläufer. Es gibt Leute, für die es vielleicht nicht unbedingt angenehm ist, jeden Tag dort zu stehen und Zeug zu verkaufen, weil es eben klein ist. Letztlich müssen sie diese Arbeit dann vielleicht in prekären Verhältnissen ausführen. Es ist also nicht gesagt, dass es dann nur, weil es privatwirtschaftlich läuft, unproblematisch ist für die Menschen, die dort konsumieren, aber eben auch arbeiten. Wir sind auf jeden Fall ganz klar gegen diese

Motion und freuen uns, dass das die anderen grossen Parteien auch so sehen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Oliver Berger von der FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam (lateinisch für "Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss"). Gut, besten Dank. Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorstoss der GLP, der den Monbijoupark beleben soll. Notabene: Wir reden von einer Buvette, also einer kleinen Gastronomie im Park, nicht von einem riesigen Gastropark. Der Monbijoupark ist ein wichtiger Erholungsraum für die Quartierbevölkerung. Es gibt bereits heute eine kleine Gastroinfrastruktur, die aber nur teilweise genutzt wird. Die vorgeschlagene Zonenplanänderung wird für ein breiteres Angebot sorgen und auch dafür, dass der öffentliche Raum für die professionelle Bewirtschaftung des Parks und für den Spielplatz auch für die Familien attraktiver wird. Auch hier noch einmal: ihr müsst nicht in den Monbijoupark gehen, wenn ihr nicht wollt. Ihr könnt auch ein Picknick mitnehmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Auch wir unterstützen das Projekt im Monbijoupark und generell, dass man dort offener wird und Lösungen zulässt. Und wenn man sich die Voten dort anhört, muss man wirklich sagen, dass sie teilweise unglaublich sind. Diejenigen, die dagegen sind, kann man eigentlich nur als Spassbremsen bezeichnen. Man muss es einfach mal so sagen: Egal, wo ihr den Alkohol kauft, am Ende wird er – auch von den Jugendlichen – dort getrunken. Sonst kaufen sie es halt vis-a-vis im Coop. Ja, aber es ist halt trotzdem praktisch, wenn man mit Kindern dort sitzt, sie überwachen kann, wenn sie noch klein sind, und dabei etwas trinkt. Und klar kann man am Brunnen Wasser trinken. Aber gerade als Eltern ist man vielleicht froh über ein Glas Prosecco, wenn man an einem Sonntagabend genervt ist. Man kann aber auch etwas Alkoholfreies nehmen. Aber ich denke, man muss doch dort jetzt nicht so ein riesiges Ding daraus machen und wir können jedes Projekt wieder ändern. Ich würde einfach am Sonntag in einen Park gehen und die Leute fragen, ob sie es schlimm finden, dass es dort noch eine Buvette gibt. Egal, welcher politischen Couleur sie angehören. Die meisten würden sagen, dass es eigentlich noch cool ist. Wie gesagt, der ganze Park ist frei zugänglich. Man kann Sachen mitnehmen und grillieren. Also tun wir doch jetzt hier nicht so spiessbürgerlich. Das kann man doch einfach zulassen, ohne auf die Details herumzureiten. Immer will gerade jemand den Kapitalismus abschaffen und die anderen meinen, die Welt würde zusammenfallen, wenn man jetzt dort eine Buvette aufmacht. Oder man öffnet dort die Büchse der Pandora. Bern wird jetzt zum "Super-Commerce-Dings". Das ist es sicher nicht. Wir sollten dem mit Augenmass zustimmen und anschliessend können wir jedes Projekt hier noch zu Boden diskutieren und schauen, ob das sinnvoll ist. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Tanja Miljanovic von der GFL-Fraktion.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Ja, "Spasbremse" finde ich schon mal ein super Stichwort. Vielen Dank für das. Ich würde noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass es sich dabei um eine Diskriminierung konsumfreudiger Menschen und unorganisierter Eltern handelt. Ich verstehe die Ablehnung einfach tatsächlich wirklich

nicht. Ich meine, diejenigen, die sich Smartvote angeschaut haben. Ich gehöre zu den linkesten Parlamentarierinnen hier im Raum, aber irgendwo muss man auch ein bisschen Pragmatismus an den Tag legen. Und ja, die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, vor allem die grossflächige, kann ein Problem sein. Das ist etwas, das man im Auge behalten muss, genauso wie man die Kommerzialisierung des Wohnraums im Auge behalten muss, zum Beispiel durch Airbnb. Das machen wir.

Wir haben einen vorwiegend links-grünen Gemeinderat und ein Parlament, das nicht von heute auf morgen die Mehrheiten völlig ändern will. Dass man aufpassen wird, dass es nicht zu einer Überkommerzialisierung kommt, ist, denke ich, einfach klar. Es gibt auch sehr gute Beispiele, zum Beispiel das Caffè Bar Riva oben beim Egelsee. Das funktioniert fabulös und ich kann euch sagen, in dem Quartier gab es auf dem Spielplatz nicht wirklich Möglichkeiten. Natürlich gab es in der Nähe irgendwo ein Restaurant oder eine Bäckerei, aber wenn man mit Kindern auf dem Spielplatz ist, kann man sie nicht einfach zurücklassen und zum Musikbistro spazieren, sondern möchte dieses Kaffee einfach dort haben.

Ihr alle, die ihr seit Wochen, Monaten oder vielleicht sogar Jahren nicht mehr richtig durchgeschlafen habt, die ihr dreckige Windeln gewechselt habt und immer noch wechselt, die ihr das Frühstück, das „Znüni“, das Mittagessen, das „Zvieri“ und das Abendessen für die Kinder vorbereitet, wenn ihr dann eine solche Tasse aus Keramik mit einem Schäumchen obendrauf bekommt, dann ist das ein Glücksgefühl. Es gibt Eltern, die das nicht brauchen. Ich juble für euch, aber es gibt auch Eltern wie mich, die nicht immer perfekt sind. Auch die Brotdose für das „Znüni“ – juhu, wenn ich das einmal nicht mitnehmen muss, sondern dem Kind einfach einen Muffin oder ein Gipfeli geben kann. Auch wir sind Teil des öffentlichen Raums. Ein Spielplatz oder ein Park ist eben nicht einfach nur für die Kinder da, sondern auch für die Eltern. Das sieht man zum Beispiel sehr gut in Stockholm. Da gibt es Spielplätze, die sind einfach 100 m² gross, eingezäunt, weil draussen die Strasse ist. Und auch da gibt es einfach ein kleines Café mit zwei Minitischen und vier bis fünf Stühlen. Ja, die Eltern sind glücklich und entspannt, die Kinder können toben und spielen. Man bleibt vielleicht sogar noch länger in diesem Park, ohne die Kinder zusammenzuschreien. Irgendwie ist das eine hyperideologische Diskussion um ein Café in einem riesengrossen Park. Und ich meine, man kann das umsetzen, wie man möchte. Erstens hat der Gemeinderat gesagt, er bevorzugt eine gemeinnützige Nutzung. Wenn sich niemand findet, der das gemeinnützig anbieten möchte, kommen eure Grossmütter dann dorthin und servieren kostenlos Kaffee? Vermutlich nicht, denn meine macht es ganz bestimmt nicht. Ich möchte also, dass das jemand gewerblich macht. Das muss sich auch lohnen, sonst sind die Leute gleich wieder weg, wie es bisher auch schon passiert ist.

Ja, was habe ich noch? Mein Votum ist weg, ich muss schnell nachsehen. Genau, Glücksmomente mit einer Tasse Kaffee und Zucker. Und dann gab es noch ein Argument: Wir sind nicht grundsätzlich gegen Cafés, aber in dieser Motion, die eine ausgesprochene Signalwirkung auf die gesamte ZöN-Revision hat, wollen wir es nicht. Und ich finde, das ist einfach ein bisschen scheinheilig. Dann sagt doch einfach, dass ihr das nicht wollt, wie die AL. Die sind ehrlich, die sagen, nieder mit dem Kapitalismus. Ich finde einfach, passt einfach auf die Grossmütterchen auf, denn die wollen auch keine unbezahlte Arbeit machen. Aber es ist immerhin ehrlich.

Aber irgendwie zu sagen: „Ja, Cafés sind ja natürlich gut, wir können das immer punktuell anschauen“, ist nicht die Lösung. Ja, natürlich können wir das wie beim Caffè Bar Riva punktuell anschauen. Das dauert dann acht bis zehn Jahre, kostet und ist nicht cool. Als das Riva eröffnet wurde, kann ich euch sagen: Wir haben getanzt. Ein halbes Jahr lang haben wir uns immer, wenn wir uns auf der Strasse getroffen haben, ein High-

Five gegeben und sind zum Riva gegangen. Es ist ein Glücksgefühl, das ein solches kleines Café bei ausgelaugten Eltern auslöst. Übrigens: Die Geburtenrate sinkt. Vielleicht liegt es auch an den fehlenden Cafés.

Präsidentin: Vielen Dank, Tanja, für die poetischen Einblicke in das Elterndasein. Wir kommen zu den Einzelvoten. Timur Akçasayar für die SP.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Nachdem ich dieser Debatte jetzt hier ein bisschen zugehört habe, habe ich mich gefragt, ob ich am richtigen Platz bin.

Die Präsidentin bittet um Ruhe im Saal.

Man könnte meinen, in diesem Monbijoupark, in diesem Pavillon, gibt es nichts, aber das stimmt so nicht. Es stimmt, es gab keine stabile Trägerschaft und das hat manchmal auch seine Vorteile, wenn die Erwachsenen nichts auf die Beine kriegen. Denn dadurch gibt es Möglichkeiten für Jugendliche, etwas auf die Beine zu stellen und die haben sich im Monbijoupark etwas aufgebaut. Für alle, die es nicht wissen: Mittwoch von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr, Donnerstag von 13 bis 22 Uhr, Freitag von 10 bis 13 Uhr usw. Samstag und Sonntag gibt es das Zahyr-Kaffee. Eine Gruppe Jugendlicher, die sich diesen Raum zunutze machen. Sie sind nicht gewinnorientiert, aber auch nicht kostenlos, denn es muss nicht alles gratis sein, liebe Tanja. Es darf auch etwas kosten. Aber der Unterschied ist eben, ihre Motivation: Sie wollen den Park für Jugendliche, Kinder und, wenn es sein muss, auch für Erwachsene bespielen. Das Eröffnungsfest war ein Riesenerfolg. Ich weiss nicht, ob ich das Video hier abspielen darf, ich glaube jetzt nicht. Deswegen finde ich die Debatte hier so abstrakt und das wird auch den Jugendlichen nicht gerecht, die dort so ein Projekt aufgebaut haben und noch weiterführen wollen. Nadine Aebischer und Katharina Gallizzi haben es ganz gut gesagt, warum wir die Pärke nicht noch kommerzialisieren dürfen, sondern es ist auch gut, wenn die Erwachsenen scheitern. Das gibt Raum für die Jugendlichen, die sonst überall immer verdrängt werden.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Georg Häsler, FDP.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Es war eben gerade nicht eine abstrakte Debatte, sondern es war eine Debatte, die gezeigt hat, weshalb wir hier Stadtpolitik machen, weil wir etwas gestalten können. Ich glaube, das Votum von Tanja Miljanovic war ein Höhepunkt dieser Stadtratskultur, den ich bisher erleben durfte. Und vor allem hat sie ein Wort gebraucht. Sie hat von Tanzen gesprochen, Eltern, die tanzen. Und jetzt sind wir natürlich in der Stadt Bern in einer ganz schwierigen Situation, weil die Stadt Bern einst ein Tanzverbot hatte. Und manchmal erinnert mich die linke Politik in der Stadt Bern an die Zeit der Reformation, als man die Wände weiss streichen wollte und das Tanzen verbat und das Rauchen verbat und deshalb die Raucher und Raucherinnen – gut vor allem die Raucher – in den Holländerturm verbannt hat. Wollt ihr wirklich wieder Holländertürme provozieren, wenn wir keine Cafés im Park haben? Ich wünsche mir, dass wir dieser Motion zustimmen – auch wegen des engagierten Votums von Tanja. Abgesehen vom Sozialismus: Ich habe vier Jahre in Belgrad gelebt. In Novi Beograd gibt es keinen einzigen Park ohne Parkcafé. Selbst die sozialistische Stadtkultur pflegt Cafés im Park.

Präsidentin: Als nächstes, Maurice Lindgren, GLP.

Maurice Lindgren (GLP), Einzelvotum: Auch ich spreche noch einmal kurz zum Café. Eine kleine Replik zu den Voten von Grün und SP. Ich habe von Katharina Gallizzi gehört, den Grünen sei wichtig, dass auch marginalisierte Gruppen in den Monbijoupark gehen können. Dazu möchte ich sagen: Wer beispielsweise an einem Sonntag einmal in den Park kommt, sieht, dass der Park recht gross ist. Die genannten marginalisierten Gruppen würden durch die Ausgabe von Kaffee an diesem Pavillon an einem nasskalten Frühling ganz bestimmt nicht vertrieben werden. Da besteht keine Konkurrenz. Das geht gut nebeneinander vorbei. Ich verstehe nicht, wie hier ein Konflikt künstlich konstruiert wird.

Zur SP-Sprecherin: Es geht nicht darum, den Park unbedingt zusätzlich zu beleben. Er ist belebt. Und genau deswegen macht auch ein Gastroangebot Sinn. Die Kausalität ist umgekehrt. Die Leute sind da, aber es wird von ihnen verlangt, dass sie alles selber mitbringen. Warum sollte die SP dies den Menschen so verordnen? Wer einen Kaffee kaufen möchte, soll dies dürfen. Wer keinen möchte, soll dies nicht tun müssen. Was die SP aber damit verlangt, ist, dass niemand einen Kaffee kriegt, der ihn nicht selber mitbringt. Und was das mit sozialer Durchmischung, Familien, Jugendlichen in prekären Verhältnissen usw. zu tun hat, wie es erklärt wurde, erschliesst sich mir nicht.

Wer sagt, es gäbe bereits heute viele Möglichkeiten, etwas zu essen oder zu trinken in der Umgebung zu holen, der ist noch nie zu dieser Zeit in den Park gegangen, zu dem die Kinder einen dazu bringen, in den Park zu gehen, weil einem zu Hause die Decke auf den Kopf fällt. Das ist nämlich meistens nicht dann, wenn es diese Angebote gibt. Es wurde auch gesagt, dass ein Präzedenzfall geschaffen werde. Der Präzedenzfall wäre, wenn schon, das Parkcafé beim Egelsee. Und dort geht auch ihr, liebe SP-Stadträtinnen und Stadträte, inklusive eurer Wählerinnen und Wähler, sicher auch gerne mal hin. erinnert euch daran, wie die Konsumierenden und Nichtkonsumierenden gemeinsam Spass haben könnten im Monbijoupark, dann seid ihr bestimmt dafür. Merci.

Präsidentin: Als nächstes gerne Salome Mathys, GLP.

Salome Mathys (GLP), Einzelvotum: Ich wollte eigentlich einiges mehr sagen, aber Tanja hat bereits vieles von dem angesprochen, was mir auf dem Herzen lag und was ich auch sagen wollte. Deswegen, das lasse ich alles sein. Ich fühle mit dir. Ein Cappuccino oder ein Kaffee sind super, wenn es kalt ist und die Kinder am Quengeln sind. An das Grüne Bündnis gerichtet. Was viel wichtiger ist: Denkt heute Abend im Volver daran, wenn ihr ein Bier trinkt. Nicht alle können sich das Bier im Volver leisten, aber ihr trinkt trotzdem eins dort und genießt diese Verschnaufpause, die ihr euch nach dem heutigen Abend verdient habt. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nadine Aebischer, SP.

Nadine Aebischer (SP), Einzelvotum: Wir sollten uns bewusst sein, dass die Kommerzialisierung öffentlicher Räume oft die Prämisse für Gentrifizierung ist. Sie beginnt selten spektakulär, sondern schrittweise. Zuerst wird ein Ort punktuell kommerziell genutzt, dann entstehen Erwartungen, dann verändert sich die Nutzung, dann auch das Publikum. Wo Konsum zur Norm wird, verändert sich langfristig auch die soziale Zusammensetzung der Menschen, die sich dort aufhalten können und wollen.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten und würde somit der Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort übergeben.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Der Monbijoupark ist ein zentraler Ort der Erholung und Begegnung in unserer Stadt. Mit der Sanierung und dem Bau des Pavillons haben wir auf klare Bedürfnisse aus der Bevölkerung reagiert. Ein Treffpunkt, eine Überdachung, eine Toilettenanlage. Was heute jedoch fehlt, ist die nötige zonenrechtliche Flexibilität, um diesen Ort, wenn gewünscht, sinnvoll weiterzuentwickeln, das aber sicher in geordneten Bahnen. Die aktuellen Bestimmungen der ZöN-Freifläche A sind sehr restriktiv. Selbst untergeordnete zudienende Nutzungen wie eben ein kleines Café oder Buvette bewegen sich in einem rechtlich unsicheren Rahmen. Das erschwert nicht nur die Realisierung eines passenden Angebots, es liefert auch eine argumentative Grundlage für Einsprachen gegen entsprechende Baubewilligungen. Das Beispiel des Cafés am Egelsee hat uns deutlich vor Augen geführt, welche Folgen solche Unsicherheiten eben haben können.

Mit der laufenden ZöN-Revision, die im 4. Quartal 2025 in die öffentliche Mitwirkung gegangen ist, haben wir nun die Chance, diese Situation kohärent und vorausschauend zu klären. Die Motion kann im Rahmen dieser Revision umgesetzt werden, ohne isolierte Sonderlösung, sondern eingebettet in eine gesamtheitliche Planung. Also es gibt keinen Präzedenzfall. Dabei ist dem Gemeinderat eines besonders wichtig: Öffentliche Grünflächen sind Orte ohne Konsumzwang und das wird auch im Monbijoupark so bleiben. Daran halten wir fest, auch wenn künftig zonenrechtlich kommerzielle Angebote zulässig sein sollen, wird die Stadt Bern als Grundeigentümerin weiterhin gezielt eben auch nach gemeinnützigen Trägerschaften als Mieter*innen oder Pächter*innen Ausschau halten und das eben in Betracht ziehen. Vielfalt bedeutet nicht einfach per se Kommerzialisierung, sondern Wahlmöglichkeiten im klar definierten Rahmen. Eine Ablehnung der Motion wäre zudem nicht ganz kongruent mit den Planungserklärungen zur ZöN-Revision. Die vorgesehenen Zonen für Nutzungen im allgemeinen Interesse stossen auf gute Resonanz. Das freut mich. Es wäre widersprüchlich, hier ein Zeichen der Zurückhaltung jetzt zu setzen, während wir gleichzeitig mehr Spielraum und zeitgemässe Lösungen eben anstreben. Ja, diese Motion, die schafft Klarheit, sie schafft Handlungsspielraum und sie stärkt einen Park, der für viele Bernerinnen und Berner ein Stück Lebensqualität bedeutet und das soll es natürlich auch weiterhin, und zwar für alle Gruppen ohne Konsumzwang. Der Gemeinderat empfiehlt euch deshalb, die Motion anzunehmen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung über das überraschend heiss diskutierte Thema. Die Motion wurde nicht gewandelt, also stimmen wir über die Motion ab. Wollt ihr die Motion erheblich erklären, dann könnt ihr das jetzt tun.

Abstimmung Nr. 033

2024.SR.0312

Annahme

Ja	38
Nein	28
Enthalten	0

Präsidentin: Die Motion wurde erheblich erklärt. Wir gehen nun weiter im Text, und zwar zu den SUE-Geschäften und springen zu Traktandum 18.

2022.SUE.000006

18 Frauenfussball-EM 2025; Schlussbericht

Präsidentin: Wie erwähnt, fahren wir weiter in der Besprechung dieses Geschäfts "Frauenfussball EM 2025", zum Schlussbericht. Wir haben, wie gesagt, die Beratung des Berichts beim letzten Mal unterbrochen. Wir sind bei den Fraktionsvoten stehen geblieben, das heisst, wir haben bisher die Kommission gehört und die Fraktion SP-JUSO. Die weiteren Fraktionen können sich jetzt gerne anmelden. Ich sehe schon, Tom Berger steht bereit für die FDP-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Es ist ein wenig undankbar, nach einer so belebten und launischen Debatte nun ein eher trockenes Votum zu halten. Die Women's Euro 2025 war für die Stadt Bern nicht weniger als ein Sommermärchen. Unsere Stadt stand im Zentrum Europas als Gastgeberin eines Turniers, das neue Massstäbe gesetzt hat und als bisher erfolgreichste Frauen-Fussball-Europameisterschaft in die Geschichte eingegangen ist. Bern hat gezeigt, was diese Stadt kann. Über eine halbe Million Besucherinnen und Besucher in den Fanzonen, ausverkaufte Spiele im Wankdorf, eine friedliche und begeisterte Atmosphäre und eine internationale Ausstrahlung, die Bern nachhaltig gestärkt hat.

Ich möchte noch auf ein Votum aus der letzten Sitzung eingehen. Dort wurde kritisiert, dass es die Baustelle auf der Kornhausbrücke gegeben habe. Ich sage euch: Gottlob gab es diese Baustelle, denn so konnte man den Fan-Umzug, diesen Rekordumzug durch die Altstadt und über die Nydeggbücke lenken. Wenn ihr die Bilder dort gesehen habt, werdet ihr feststellen, dass es wesentlich attraktiver aussieht, als wenn der gleiche Fan-Walk über die Kornhausbrücke gelaufen wäre. Der Erfolg dieser Women's Euro hat aber viele Gesichter. Im Namen der FDP-Fraktion danke ich allen ganz herzlich, die zum grossen Gelingen dieses Turniers beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt Hannah Sutter und Marc Heeb für ihre hervorragende Arbeit. Weiter danken wir allen Mitarbeitenden der Verwaltung, allen Projektverantwortlichen, allen Partnerorganisationen und ganz besonders den Volunteers, die mit ihrem Engagement und ihrer Begeisterung unsere Stadt so sympathisch vertreten haben. Ich empfehle euch allen wirklich wärmstens den Film "The Next Chapter" anzuschauen. Er zeigt eindrücklich, was dieses Turnier für Bern und für den Frauenfussball bedeutet hat und was daraus entstehen kann.

Die Präsidentin bittet um etwas Ruhe im Saal.

Doch bei aller Freude über diesen grossen Erfolg der Women's Euro gilt: Das Wichtigste beginnt erst jetzt. Denn jetzt kommt es zur entscheidenden Frage bei der Legacy. Der Film, den ich euch gerade empfohlen habe, feierte am Dienstagabend Premiere. Im Anschluss an die Film Premiere gab es eine Podiumsdiskussion, auf der von mehreren Vertreterinnen des Frauenfussballs in aller Deutlichkeit gesagt wurde, was Bern jetzt braucht, ist bessere Infrastruktur. In den letzten Sitzungen, sowohl in der letzten wie auch bereits in einer anderen in diesem Jahr, gab es in diesem Raum Klagen darüber, dass die Stadt Bern leider den Frauenfussball nicht stärker fördern könne. Und ich sage euch doch, das kann die Stadt Bern sehr wohl und sehr stark. Nämlich wirklich mit dem grössten Schlüssel, der Infrastruktur.

Nur wenn wir genügend Plätze zur Verfügung haben, kann der Mädchen- und Frauenfussball und generell der Mädchen- und Frauensport nachhaltig gefördert werden. Und nur so kann man das Wachstum, das aus diesen Legacy-Projekten der Women's Euro entstehen wird, auch auffangen. Hier liegt, wie gesagt, eine Aufgabe, die effektiv auch

im Zuständigkeitsbereich der Stadt ist und wo die Stadt auch wirklich etwas bewegen kann. Und ganz grundsätzlich finde ich es schade, wie oft in diesem Rat so getan wird, als könne einzig der Staat und einzig die Politik Sachen in dieser Gesellschaft verändern.

Wenn ihr den Frauen- und den Mädchenfussball nachhaltig fördern und unterstützen wollt, habt ihr es auch selber in der Hand. Wir alle können Spiele besuchen, und zwar nicht nur dann, wenn wir eingeladen werden und ein tolles Selfie machen können. Wir alle können uns das neue Trikot von Ramona Bachmann kaufen. Wir alle können mit unseren Kindern, Enkelkindern und "Gotte-Meitli" nicht nur den Männer- sondern explizit auch den Frauensport besuchen. Und wir alle können uns in den Vereinen engagieren, denn auch das gehört zur Legacy. Wenn ihr Mädchen- und Frauenfussball fördern wollt, brauchen diese Mädchen und Frauen weibliche Vorbildpersonen, welche als Trainerin, als Schiedsrichterin, als Betreuerin oder irgendwo in einem Vereinsvorstand engagiert sind. Die nachhaltige Förderung des Frauen- und Mädchenfussballs ist somit, wie gesagt, nicht nur oder vor allem nicht primär eine Aufgabe von Staat und Politik. Es ist eine Aufgabe für uns alle.

Wie erwähnt, war die Women's Euro 2025 ein riesiger Erfolg. Jetzt liegt es an uns, dafür zu sorgen, dass dieser Erfolg auch in die Zukunft getragen wird. Eine letzte Bemerkung noch von unserer Fraktion. Es war ja schön, Frauenfussball. Das hat sogar dem Grünen Bündnis gefallen. Man hat ausnahmsweise mal nicht versucht, einen Grossanlass in diese Stadt mit unzähligen kreativen und weniger kreativen Anträgen zu verunmöglichen oder massiv zu erschweren. Unsere Fraktion würde sich aber ganz grundsätzlich wünschen, dass eine Sportstadt wie Bern solchen sportlichen Grossereignissen positiver gegenübersteht, eben auch dann, wenn man selber vielleicht die Sportart, die betrieben wird, nicht so toll findet. Kleiner Wunschzettel an den Gemeinderat. Es wäre doch schön, wenn wir die Rad-WM, nachdem wir sie an Zürich verloren haben, bei der nächsten Möglichkeit doch noch nach Bern holen. Und stellt euch mal vor, wie schön es wäre, wenn es gelingen würde, die olympischen Winterspiele in die Schweiz zu holen und vielleicht könnte die Stadt Bern mehr bieten als nur der Ort für die Eröffnungsfeier. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes Anna Jegher für die GB-JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Ich halte dieses Votum heute stellvertretend für Ronja Rennenkampff, die heute leider nicht da sein kann. Deswegen werde ich jetzt ihr Votum für sie vortragen. Wie wir im Schlussbericht lesen konnten und wie die Kommissionssprecherin gesagt hat, sind viele Erwartungen an die Frauen-EM vom letzten Sommer übertroffen worden. Ich bedanke mich hiermit bei der Verwaltung für ihre gute Arbeit und den umfassenden Schlussbericht.

Wie ihr wisst, war und ist die GB-JA!-Fraktion kritisch gegenüber diesem Grossanlass sowie Grossanlässen im Allgemeinen, die so viel Platz im öffentlichen Raum einnehmen. Ja, es ist schön zu feiern, aber wir finden, solche Events müssen für ihre Grösse und ihren Kostenaufwand eine sinnvolle, nachhaltige Wirkung in der Stadt Bern haben und deshalb war es uns von Anfang an wichtig, dass diese EM genutzt wird, damit mehr in den Mädchen- und Frauenfussball und allgemein in den Breitensport investiert wird. Das wird der Bevölkerung der Stadt Bern nachhaltig etwas nützen und lässt uns umso positiver an den Sommer 2025 erinnern. Deshalb gehe ich in meinem Votum vor allem auf Punkt 3 der Zielsetzung zur Legacy ein, der lautet, dass die Euro 2025 zu nutzen ist, um den Mädchen und Frauen im Fussball, im Sport und in der Gesellschaft einen substanziellen und nachhaltigen Schub zu verleihen.

Wir begrüssen es, dass die Forderungen nach Legacy-Massnahmen ernst genommen wurden und in die Zielsetzung eingeflossen sind. Es wurden mehrere Massnahmen umgesetzt und der Bericht kommt kritisch zum Schluss, dass sich erst zeigen wird, ob diese Massnahmen dann tatsächlich etwas bringen und eine nachhaltige Wirkung haben werden. Die neuen Angebote des Sportamtes konnten bereits ins reguläre Budget aufgenommen werden. Das ist begrüssenswert und notwendig, um diese Legacy-Massnahmen nachhaltig zu sichern, damit wir auch tatsächlich von Legacy sprechen können. Eine weitere Massnahme war die Durchführung eines Girls-Only-Camps im Sommer, das auf grosse Begeisterung stiess und ausgebucht war. Leider wurde dieses Angebot nicht ins reguläre Budget übertragen und es ist deshalb nicht sicher, ob es wieder stattfinden kann. Das ist aus unserer Sicht schade und unverständlich. Wenn es schon ein solcher Erfolg war, wäre es wichtig, auch dieses Angebot ins Budget aufzunehmen.

Was uns aber freut, ist, dass der Kanton sowie die Burgergemeinde Bern die Legacy-Massnahmen ebenfalls finanziell unterstützt haben. Durch die Unterstützung des Kantons und die Priorisierung der Stadt Bern konnte eine Projektleitung Legacy, bei der zuerst 20 Stellenprozent geplant waren, auf 100% aufgestockt werden. Diese Stelle wurde im Frauen Fussballverband Bern-Jura (FVBJ) angesiedelt und ich möchte mich beim FVBJ an dieser Stelle für ihre wichtige Arbeit bedanken. Der Verein schreibt, dass sie sehr froh waren, dass sie die Stelle ausbauen und dadurch viele neue Projekte realisieren konnten, wie zum Beispiel Videoprojekte zur Sensibilisierung und Sichtbarkeit, Vereinsworkshops, Torhüterinnen-Trainings und vieles mehr. Sie sprechen von einer positiven Bilanz und konnten zum Beispiel fünfmal mehr Trainerinnen ausbilden.

Die Stelle wurde zum Glück verlängert und ist bis Ende Jahr gesichert. Aber eine Legacy mit einer zeitlichen Beschränkung ist nicht sinnvoll und auch nicht nachhaltig. Wir fordern, dass diese Stelle über das Jahr 2025 hinaus gesichert wird, damit der FVBJ seine Projekte weiterführen kann. Wenn bereits nach einer so kurzen Zeit grosse positive Effekte entstehen, ist es unverständlich, warum diese nicht weitergeführt werden. Ausserdem wäre es sinnvoll, dass die Legacy-Ziele nach 2027 neu definiert und weiterentwickelt werden. Nur so kann das Ziel 3 erreicht und dem Mädchen- und Frauenfussball ein substanzieller und nachhaltiger Schub verliehen werden.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Mirjam Roder für die GFL Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich muss ehrlich gesagt zugeben, dass ich ein ziemlich ähnliches Votum wie das von Tom Berger halten werde. Ich werde es trotzdem halten, weil es einerseits zu diesem Zeitpunkt sehr laut hier drin war und andererseits ist es doch auch schön, wenn GFL und FDP sich mal ziemlich einig sind. Die UEFA Women's Euro 2025 war, wie auch schon gesagt, ein Sommermärchen. Die Bilder werden bleiben: die rot-weiße Menschenmenge, der riesige Fanmarsch durch die Stadt, die Begeisterung, die Freude, die Leichtigkeit. Zehntausende Menschen, die gemeinsam friedlich und respektvoll feiern. Das sind Bilder, die man nicht mehr vergisst. Sie haben sich eingebrannt in diese Stadt und weit darüber hinaus. Die Stadt hat gezeigt, dass Grossanlässe inklusiv, friedlich und professionell organisiert werden können. Dafür gebührt allen Beteiligten ein grosses Dankeschön, insbesondere auch den unzähligen Freiwilligen, die mit ihrem Engagement diesen Anlass überhaupt erst möglich gemacht haben. Und ja, es hat schlicht Spass gemacht, endlich einmal volle Stadien zu sehen. Zuschauer*innenrekord folgte auf Zuschauer*innenrekord. Mädchen konnten Trikots von ihren Heldinnen, wie Lia Wälti oder Ramona Bachmann, anziehen und nicht so wie ich in diesem Alter mangels weiblicher Vorbilder von Gianluigi Buffon und Pavel

Nedved. Und das zeigt, dass das Interesse am Frauenfussball da ist. Es war immer da, es wurde nur viel zu lange unterschätzt. Diese EM hat etwas verschoben. Sie hat gezeigt, dass Frauenfussball attraktiv, emotional und sportlich hochstehend ist. Das alte Narrativ, Frauenfussball sei langsamer oder weniger gut, bröckelt endlich. Und das ist ein wichtiger Schritt gegen die Stigmatisierung, die diesen Sport jahrzehntelang begleitet hat.

Aber, und das ist entscheidend, es darf kein einmaliges Sommermärchen bleiben. Die grosse Aufgabe beginnt jetzt. Anna Jegher hat das sehr gut ausgeführt. Die Legacy muss nachhaltig wirken, nicht nur in schönen Schlussberichten, sondern ganz konkret im Alltag von Mädchen und Frauen im Fussball. Denn die Realität ist weiterhin, dass Frauen und Mädchen weniger Trainingsplätze bekommen und wenn, dann oft zu Randzeiten auf Nebenplätzen. Es gibt nach wie vor viel zu wenig Trainer*innen und Schiedsrichter*innen und es fehlt an echter Professionalisierung. Während Männer vom Fussball leben können, ist Fussball für viele Frauen nach wie vor Teilzeitarbeit oder halt einfach ein extrem zeitintensives Hobby, das neben Ausbildung oder Erwerbsarbeit läuft. Viele Spielerinnen trainieren abends, arbeiten tagsüber und stemmen Spitzensport in der Freizeit mit enormem Einsatz, aber kaum finanzieller Absicherung. Das hat Konsequenzen. Wer permanent am Limit läuft, hat weder die Zeit noch die Ressourcen, zusätzlich Mädchen zu trainieren, Nachwuchsarbeit zu leisten oder sich langfristig im System zu engagieren. Beim Lohn zeigt sich diese Ungleichheit besonders deutlich. Eine Spielerin in der höchsten Schweizer Liga verdient oft weniger als ein Männer-Nachwuchsspieler in der dritten Liga. Teilweise nur ein paar 100 Franken pro Monat, während im Männerfussball Millionen für Transfers bezahlt werden.

Das ist strukturelle Ungleichheit und die verschwindet nicht von selbst. Gleichzeitig sagen wir aber auch klar, der Frauenfussball soll nicht einfach eine Kopie des Männerfussballs werden. Wir brauchen keine Fantasiesummen, keine exzessive Kommerzialisierung, keine eskalierende Gewalt. Die EM hat gezeigt, dass es anders geht. Fanmärsche, bei denen gegnerische Fangruppen gemeinsam friedlich und fröhlich durch die Stadt ziehen, eine Atmosphäre ohne Aggression, ohne Angst, ohne martialisches Aufgebot. Das ist kein Zufall, das ist eine andere Fankultur und diese gilt es zu bewahren. Darum nehmen wir diesen Schlussbericht positiv zur Kenntnis und wir verbinden ihn aber mit der klaren Erwartung, dass dieser Sommer erst der Anfang und nicht der Höhepunkt war. Der Frauenfussball ist gekommen, um zu bleiben, jetzt ist es an uns, dafür zu sorgen, dass er auch die Strukturen bekommt, die er verdient.

Präsidentin: Vielen Dank für das schöne Schlusswort. Gerne Michelle Steinemann für die Mitte.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Der Schlussbericht dokumentiert eine ausserordentliche Leistung, und zwar organisatorisch, politisch, gesellschaftlich und auch finanziell. Mit dem Event ist ein neuer Massstab gesetzt worden. Man hatte ausverkaufte Spiele, Andrang in der Fanzone, ein tolles Rahmenprogramm und wirklich eine durchwegs positive Resonanz. Besonders freut uns der Beweis, dass man in der Stadt Bern bei vorhandenem Willen und genug Kompetenz auch sehr kurzfristig sehr grosse Projekte erfolgreich umsetzen kann, die unseren Nachhaltigkeitsansprüchen entsprechen, kulturellen Mehrwert bringen, Gleichstellung langfristig gefördert oder einen Beitrag dazu leistet, Frauen sichtbarer zu machen, sehr sicher war und auch den öffentlichen Verkehr genutzt hat und man höre und staune mit dem verfügbaren Geld herausgekommen ist. Ein grosses Bravo und Danke von unserer Seite.

Präsidentin: Als nächstes Debora Alder-Gasser von der GLP-EVP-Fraktion.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Gleich zu Beginn ein Disclaimer: Ich verstehe wirklich überhaupt nichts von Sport und es hätte in meiner Fraktion sicher sehr viel kompetentere Sportexpert*innen gegeben, aber bei diesem Votum geht es schliesslich nicht um sportliche Kompetenz, sondern um die Würdigung dieser Frauenfussball-EM und diese halte ich im Namen der GLP-EVP-Fraktion von Herzen gern. Denn diese Frauenfussball-EM hat sogar mich in den Bann gezogen. Als ich mit meiner Familie mit wahrscheinlich vielen von euch im Fanmarsch vor dem Spiel gegen Spanien in den Aargauerstalden hinaufzog, hatte ich schon irgendwie das Gefühl, Teil von etwas Historischem zu sein. So viele feiernde und jubelnde Menschen, ganz unterschiedliche Menschen vereint in der Fussballeuphorie. Diese EM hat ganz unterschiedliche Menschen zusammengebracht und besonders blieb mir das Bild der zwei Diakonissinnen hängen, die voller Begeisterung ihre Schweizer Fahnen geschwungen haben. Ich habe sie etwas später in der Stadt angetroffen und ihnen gedankt, dass sie so vielen Menschen damit Freude bereitet haben. Aber zurück zur Frauenfussball-EM: Sie ist bisher die erfolgreichste, bestorganisierte und nachhaltigste Frauenfussball-EM aller Zeiten. Dazu kommt, dass sie die mit Abstand am besten besuchte Fanmeile unter den Host Cities verzeichnen konnte. Was wir natürlich als Fraktion, der die finanzielle Nachhaltigkeit sehr am Herzen liegt, besonders hervorheben möchten, ist, dass diese EM auch finanziell gut abgeschnitten hat. All das macht uns definitiv stolz und es macht uns dankbar. Dankbar für das Team und zahlreiche Freiwillige, die diese EM mit viel Leidenschaft auf die Beine gestellt haben. Dankbar für die wunderbare Schweizer Nationalmannschaft, die diese Euphorie in uns ausgelöst hat und hoffentlich weiterhin auslösen wird. Und dankbar für unsere wunderbare Stadt und die wunderbaren Stadtbewohner*innen, die eine grossartige Host City waren. Als GLP-EVP-Fraktion danken wir noch einmal von Herzen all denjenigen, welche diese Fussball-Sommermärchen überhaupt möglich gemacht haben. Wir nehmen diesen Schlussbericht positiv zur Kenntnis und möge dieses Erlebnis der Frauenfussball-EM nicht nur lange in unseren Herzen nachhallen, sondern im Sinne von Legacy vor allem auch nachhaltige Wirkung für die Förderung von Frauen im Fussball entfalten.

Präsidentin: Als nächstes Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion. Ihr könnt euch gerne jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, das war eine absolute Spitzenleistung hier von den Organisatoren – also es war eigentlich ein Fest dieses Spiel –, die den ganzen Anlass organisiert und durchgeführt haben. Ich möchte mich nicht wiederholen: Es ist alles positiv gelaufen und es wurde bereits alles gesagt. Aber ein Aspekt möchte ich erwähnen. Man muss einfach bedenken: Unser Organisatoren-Team hatte nur anderthalb Jahre Zeit, um diesen Grossanlass zu organisieren. Normalerweise beträgt die Vorlaufzeit 3 bis 4 Jahre. Auch die nächsten Organisatoren in Deutschland haben das. Aber es war, um es auf Berndeutsch zu sagen, ein mühsamer "Knorz", bis Bern endlich den Zuschlag für die Ausrichtung der Europameisterschaft erhalten hat. Darum auch von unserer Seite ein ganz, ganz grosses Merci an die Leute, die das organisiert und durchgeführt haben in diesen anderthalb Jahren, für die super Leistung. Damit dieser Anlass so grandios war. Im Namen der SVP-Fraktion danke ich allen, die mitgeholfen haben. Ich hoffe, dass es mit diesen Europameisterschaften der Frauen besser läuft, da jetzt eine längere Vorlaufzeit zur Verfügung steht. Ich hoffe, dass die Zukunft dieser Veranstaltungen gesichert ist. Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann kommen wir jetzt zum Gemeinderat. Für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für dieses Lob. Herzlichen Dank für diese Ehrung und auch für diese Würdigung dieser Euro. Dieses Lob, dieser Dank und diese Würdigungen, die gehören natürlich allen dem Team. Wie Ueli Jaisli es zuletzt gesagt hat, es war keine Selbstverständlichkeit, es war sehr kurzfristig. Dank eurer Unterstützung und dank der breiten Unterstützung auch der Bevölkerung ist es gelungen, innert kürzester Zeit dieses Volksfest auf die Beine zu stellen. Ich hätte, ehrlich gesagt, zwei Jahre im Voraus nicht daran geglaubt, dass der Funke dermassen rüber springt. Aber dank der guten Vorbereitung und des hervorragenden Teams ist es gelungen, diesen Funken zum Überspringen zu bringen und die Menschen anzustecken. Diese Ansteckung haben wir dann im letzten Sommer erlebt. Mit der Projektorganisation, mit den Leuten, die eingesetzt wurden, mit der Erfahrung, die kombiniert wurde, mit überschäumender Freude, mit überschäumendem Engagement hat man alles richtig gemacht. Ich kann das gut so entgegennehmen, denn es ist vor meiner Zeit passiert. Ich werde es den damals Verantwortlichen weitergeben und vor allem dem Team. Man kann das auch nachverfolgen, denn der Film wurde gestern Abend präsentiert. Ihr könnt ihn auch auf dem Internet nachsehen. Auch das ist ein Teil der Legacy, dass wir diese Stimmung mit diesem Film auch noch einmal eingefangen haben und dass diese Geschichte, dieses Märchen vom letzten Sommer auch weiterleben kann. Wichtig ist eben die Legacy. Der Legacy wurde viel Raum auch eingeräumt und ich glaube, die Bedeutung des Frauensports, des Mädchensports konnte nicht besser in Szene gesetzt werden, als das im letzten Sommer gemacht wurde. Dadurch wurde der Sport gestärkt, indem er sichtbar wurde und dieser Keim bzw. dieser Samen eingepflanzt wurde. Ich glaube, die Begeisterung, die wird fortgeführt. Es geht jetzt darum, dass man auch den Worten und der Begeisterung Taten folgen lässt. Dazu gehören sicher die organisatorischen Massnahmen. Da bin ich zuversichtlich. Es gehören aber auch die infrastrukturellen Massnahmen dazu. Es braucht mehr Plätze. Es braucht mehr Infrastruktur und dort werden die Diskussionen schwierig sein.

Diese Diskussionen werden wir bald bereits führen. Ihr habt sie auch teilweise bereits bei der Mitwirkung zur Grossen Allmend geführt. Dort werden dann die Prüfsteine auf dem Rasen liegen, dass wir tatsächlich auch die Sportinfrastruktur so verbessern, dass sie dann für diese Pläne, die wir haben, für diese Begeisterung, die wir haben, auch umgesetzt werden können. Aber ich glaube, die gesellschaftliche Wirkung werden wir so oder so erzielen können. Es gibt mehr Sichtbarkeit für den Frauensport. Das Frauensportthema ist gesetzt, es wurde richtig gesetzt und ich glaube, langfristig können wir dazu beitragen, dass diese Frauen-EM nicht vergessen wird und dass sie auch ihre Wirkung in der Realität, in der Sportrealität, aber auch in der gesellschaftlichen Realität der Stadt Bern haben wird. Herzlichen Dank für die positive Würdigung, an der ich unterdessen keine Zweifel mehr habe und ich danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir haben es gehört, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir werden den Bericht des Gemeinderats mit Wertung zur Kenntnis nehmen. Wenn ihr also den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen wollt, Grün, ablehnend Rot und ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 034

2022.SUE.000006: Kenntnisnahme

Zustimmend	
Ja	59
Nein	1
Enthalten	9

Präsidentin: Ihr habt den Bericht des Gemeinderats positiv zur Kenntnis genommen.

2018.SR.000129

19 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!/Yasemin Cevik, SP/Christa Ammann, AL) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Keine Kostenüberwälzungen auf OrganisatorInnen von nicht-kommerziellen, ideellen oder politischen Veranstaltungen; Begründungsbericht

Präsidentin: Wir kommen nun zu Traktandum 19: Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Keine Kostenüberwälzungen auf OrganisatorInnen von nicht-kommerziellen, ideellen oder politischen Veranstaltungen. Hier sprechen wir über einen Begründungsbericht. Ich erteile den Einreichenden hier das Wort. Für die Einreichenden, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Ich muss den Gemeinderat zugutehalten, dass er offenbar lernfähig ist. Er spricht nämlich immerhin nicht mehr davon, dass eine fehlende Demo-Bewilligung dafür reichen würde, eine Kostenüberwälzung zu rechtfertigen. Das hat er in der Antwort auf die vorliegende Motion noch gemacht. Trotzdem bewegt sich der Gemeinderat aus Sicht der Einreichenden weiterhin auf dem Holzweg. Ich weiss nicht genau, ob er das einfach macht, weil er es sich einfach macht oder weil er komische Moralvorstellungen hat. Er wiederholt in seiner Antwort nämlich mehrmals, dass Kostenüberwälzungen dann legitim sind, wenn die gewalttätigen Ausschreitungen derart sind, dass der Grundgedanke der Demo, nämlich die freie Meinungsäusserung, völlig in den Hintergrund rückt. Ich weiss schon, dass sich der Gemeinderat hier auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtes stützt. Doch frage ich mich ehrlich gesagt, ob der Gemeinderat wirklich glaubt, dass es so einfach ist. Wir haben schliesslich ein sehr aktuelles Beispiel von der Palästina-Demo am 11. Oktober: Wenn von 8.000 Personen 300 randalieren, wird in den Medien und in der Politik nur darüber berichtet. Ist dann die freie Meinungsäusserung der restlichen 7 700 Personen nichts mehr wert? Dabei hat der grösste Teil friedlich demonstriert und kann nichts dafür, dass die anderen das nicht gemacht haben. So haben der Bericht und die Berichterstattung ausgesehen. Wir wissen, dass der Gemeinderat findet: "Ja, das ist durchaus so, dass es dann einfach ist und dann kann man die Kostenüberwälzung machen." Er hat auch in Aussicht gestellt, dass er das so machen will. Für uns ist es aber klar, dass er es sich da zu einfach macht und es ist auch demokratiepolitisch gefährlich. Oder die Frage: Macht es sich einfach oder geht es hier eher um etwas Moralisches? Etwa nach dem Motto: Die Randalierer sollen gefälligst den Kopf hinhalten für das, was sie gemacht haben. Das sind Aussagen von vielen verschiedenen Seiten, gerade auch von den Bürgerlichen, die so getätigt wurden. Aus dieser Sicht wird aber vor allem vermittelt, dass die Strafverfahren allein nicht ausreichen, um die Täter*innen zur Rechenschaft zu ziehen. Das erscheint uns als Einreichende doch so ein bisschen kurz vor der Selbstjustiz. Der

Glaube an den Rechtsstaat geht da hier völlig verloren. Es braucht dann irgendwie eine finanzielle Ohrfeige, damit das Ganze zurechtgebogen werden kann. Das scheint uns jedoch wirklich schwierig. Fakt ist, und das wiederhole ich hier sehr gerne immer und immer wieder, das kantonale Polizeigesetz, das macht eine Kostenüberwälzung an Organisator*innen und Demo-Teilnehmer*innen möglich. Das ist eine klare klassische Kann-Formulierung. Es steht also den Gemeinden frei, wie damit umgegangen wird. Die Kostenüberwälzung kann auch einfach nicht beantragt werden. Auch das ist eine Möglichkeit. Zudem ist es so, dass der Stadtrat sich mehrmals gegen die Kostenüberwälzung ausgesprochen hat. Man muss hier auch klar sagen, dass die Kostenüberwälzungen in der Stadt Bern keine Mehrheiten haben.

Es ist dementsprechend auch nicht so, dass der Artikel 5a im Kundgebungsreglement mit dieser vorliegenden Motion erfüllt ist oder dass dieser Artikel dann die vorliegende Motion erfüllt, wie es der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt. Denn solange der Gemeinderat aus welchen Gründen auch immer die Kostenüberwälzung in Erwägung zieht, handelt er gegen die Mehrheit des Stadtrates und damit auch gegen die Intention des Artikels 5a des Demo-Reglements. Zum Schluss wiederhole ich auch das noch sehr gerne: Kostenüberwälzungen an Organisator*innen und Demo-Teilnehmende sind in jedem Fall falsch. Es darf nicht eine Frage vom eigenen Budget sein, ob jemand eine Demo organisiert und an einer teilnimmt, unabhängig davon, ob es dann schlussendlich so ist, dass diese Person 200 Franken bezahlen muss oder mehr.

Das Problem ist der sogenannte Chilling-Effekt. Auch das habe ich schon oftmals hier am Redepult gesagt. Das ist die abschreckende Wirkung der Möglichkeit einer Kostenüberwälzung von 10'000 oder 30'000 Franken. Das ist eine abschreckende Wirkung, unabhängig davon, wie viel die Person dann schlussendlich am Ende des Verfahrens zahlen muss. Zudem kann es auch nicht sein, dass Organisator*innen oder Demo-Teilnehmende dafür geradestehen müssen, je nachdem, welche Strategie die Kantonspolizei punkto Ausmass des Polizeieinsatzes hat. Auch deshalb finden wir die Kostenüberwälzung sehr schwierig. Ich kann es hier nicht genug wiederholen: Für Gewalttätigkeiten und Übergriffe haben wir bereits genügend andere rechtliche Hebel – Stichwort Strafverfahren. Dafür braucht es diese Kostenüberwälzung nicht. Ich weiss, der Gemeinderat sieht das anders. Ich wiederhole das aber gerne immer wieder. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt den Gemeinderatsbericht. Der zeigt klar, dass die Kostenüberwälzung bei Gewaltausbrüchen bereits heute rechtlich sauber und ausgewogen geregelt ist und dies durch das kantonale Polizeigesetz und das städtische Kundgebungsreglement. Es braucht keinen Systemwechsel, sondern konsequente Anwendung. Der Artikel 45 des Polizeigesetzes ermöglicht bei Gewalt und Ausschreitungen, die Kosten des Polizeieinsatzes den Verantwortlichen aufzuerlegen. Das ist richtig. Wer Sicherheit und Eigentum angreift, soll nicht die Allgemeinheit zahlen lassen. Gleichzeitig schützt Artikel 5a die Grundrechte. Friedliche, bewilligte und grundrechtsgeschützte Veranstaltungen bleiben kostenfrei. Genau diese Trendlinie ist zentral.

Versammlungsfreiheit ja, Gewaltprivileg nein. Die Motion will diese Differenzierung faktisch aushebeln, indem sie die Weiterverrechnung grundsätzlich in Frage stellt. Das wäre rechtsstaatlich falsch und politisch fatal. Es würde das Risiko und die Verantwortung von denjenigen weg- und auf Steuerzahler und friedlich Demonstrierende verschieben, die am Ende die Folgen mittragen müssen. Die Ausschreitungen vom 11. Ok-

tober haben gezeigt, warum klare Regeln nötig sind. Wenn eine Kundgebung kippt, wenn es zu Angriffen auf Polizei und Sachbeschädigung kommt, dann ist nicht politischer Ausdruck das Problem, sondern Gewalt. Und Gewalt muss Folgen haben, auch finanziell. Die Abschreckungsargumente greifen daneben. Abgeschreckt werden sollen nicht politische Meinungen, sondern Gewalt. Wer friedlich demonstriert, wird durch die geltende Ordnung nicht belastet. Wer eskaliert oder Eskalation in Kauf nimmt, trägt Gewalt. Fazit der Bericht stellt die Rechtslage korrekt dar. Das System ist bereits ausgewogen. Grundrechte werden geschützt, Gewalt nicht belohnt. Darum lehnen wir die Motion ab, nehmen den Bericht an und stimmen der Abschreibung zu. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Fabian Rüfenacht von der GLP-EVP-Fraktion.

Fabian Rüfenacht (GLP) für die Fraktion: Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind zentrale Grundrechte in einem liberalen Rechtsstaat. Mit diesen ist sorgfältig umzugehen und diese dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Von dem ist die GLP-EVP-Fraktion überzeugt. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass es beispielsweise bei Demonstrationen, die von Anfang an klar auf Gewalt und Eskalation gerichtet sind, eine Grenze gibt. Demonstrationen, an denen gezielt in grösserem Stil Gewalt ausgeübt wird, sind nicht mehr von Meinungs- und Versammlungsfreiheit grundrechtlich geschützt. Das bestätigt auch das Bundesgericht. Entsprechend unterstützen wir die Haltung des Gemeinderates, dass es möglich sein muss, bei schweren und grösseren Fällen von Gewaltausschreitungen, Demonstrationen, beispielsweise bei gezielten Angriffen auf Polizeikräfte, den hierfür verantwortlichen anteilmässig Kosten des Polizeieinsatzes aufzuerlegen. Die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen in Artikel 54 der folgenden vom kantonalen Polizeigesetz in Verbindung mit Artikel 5a des städtischen Kundgebungsreglements bieten ein rechtsstaatlich kompatibles Mittel, um für Gewalt verantwortliche Personen in schweren Fällen anteilmässig Polizeikosten aufzuerlegen. Das selbstverständlich nur, wenn klare Verantwortliche identifiziert werden können und im Rahmen der Verhältnismässigkeit. Mit dem ist sichergestellt, dass die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet bleiben und Personen, die keine Gewalt angewendet haben, diesbezüglich nichts zu befürchten haben. Der Begründungsbericht des Gemeinderates zur Motion kommt somit richtigerweise zum Schluss, dass kein Handlungsbedarf besteht. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Anouk Ursin von der AL-PdA-TIF-Fraktion.

Anouk Ursin (AL) für die Fraktion: Uns überzeugt der Bericht des Gemeinderats nicht. Der Gemeinderat argumentiert, dass kein Handlungsbedarf mehr bestehe, da Artikel 5a des KGR die Forderung der Motion bereits erfülle. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Ja, Artikel 5a sieht vor, dass bei grundrechtsgeschützten Kundgebungen auf eine Kostenüberwälzung verzichtet wird. Doch genau hier ist das Problem. Der Schutz ist nicht absolut, sondern abhängig von einer nachträglichen Bewertung der Ereignisse durch die Behörden. Ob eine Kundgebung ihren Grundrechtsschutz verliert, entscheidet am Ende der Staat, also die Instanz, die gleichzeitig auch über den Polizeieinsatz, dessen Umfang und später auch die Kostenüberwälzung bestimmt. Diese Kumulation von Kompetenzen ist heikel. Die Motion zielte nicht nur auf eine formelle Regelung, sondern auf eine klare politische Haltung ab. Politische Kundgebungen dürfen nicht dem Risiko einer Kostenüberwälzung ausgesetzt sein, selbst dann nicht, wenn es zu Ausschreitungen

gen kommt, die von einzelnen Personen begangen werden. Im Bericht verweist der Gemeinderat auf die Covid-Demonstrationen von 2021. Doch gerade dieses Beispiel zeigt die Problematik auf.

Die Stadt entschied, dass der Grundrechtsschutz ab einem gewissen Zeitpunkt entfällt. Sie hat daraufhin 18 Personen Kosten zwischen 200 und 1'000 Franken auferlegt. Gleichzeitig betont sie, dass dieses Instrument vor allem symbolischen Charakter habe. Wenn es sich um ein symbolisches Instrument handelt, das kaum Einnahmen generiert und den Verwaltungsaufwand somit auch kaum deckt, was bringt das dann? Symbolpolitik auf dem Rücken von Demo-Teilnehmenden ist kein überzeugendes rechtsstaatliches Argument. Es geht um Grundrechte. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind nicht nur dann zu schützen, wenn eine Kundgebung vollständig konfliktfrei bleibt. Gerade politische Proteste sind Ausdruck gesellschaftlicher Unzufriedenheit. Die Möglichkeit, dass einzelne Personen Gewalt ausüben, darf nicht dazu führen, dass der Staat eine finanzielle Drohkulisse gegenüber allen Teilnehmenden oder Organisierenden aufrechterhält. Auch wenn der Gemeinderat betont, dass Veranstaltende nichts zu befürchten hätten, bleibt hier diese Unsicherheit. Wann genau tritt die meinungsbildende Komponente völlig in den Hintergrund? Wer definiert das und nach welchen Kriterien? Diese Unklarheit wirkt abschreckend und das wollten wir mit dieser Motion verhindern.

Präsidentin: Als nächstes Bernadette Häfliger für die SP-JUSO-Fraktion. Und wenn es keine weiteren Fraktionsvoten mehr gibt, könnt ihr euch gerne für die Einzelvoten anmelden.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Die Fraktion SP-JUSO ist klar der Meinung, dass das Recht auf Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit der Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie ist. Diese Rechte gilt es zu schützen. Diese Rechte dürfen nicht eingeschränkt werden, weder unter dem Hinweis eines ungestörten Abendverkaufs mit dem Verweis darauf, dass damit verbundene Polizeieinsätze kosten.

Und politische Meinungsäusserung hat auch einen höheren verfassungsmässigen Rang als das ungestörte Befahren der Strassen durch Busse und Trams. Ich war eigentlich froh, als dieser Begründungsbericht unmittelbar nach der unsäglichen Veranstaltung vom 11. Oktober 2025 traktandiert worden ist. Ich bin froh gewesen, weil der Bericht des Gemeinderats durchaus eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema Meinungsäusserungsfreiheit und Demonstrationsrecht erlauben würde. Das Problem an einfachen Denkmustern, an simplifizierenden Schemata ist die Polarisierung, diese Polarisierung, die damit einhergeht.

Ich denke auch, dass wir, die in Parlamenten immer nur eine bestimmte Gruppe von Wählenden vertreten kann, nie vorgeben sollten, das ganze Volk zu vertreten. Dieses Volk besteht aus ganz unterschiedlichen Individuen und diese Individuen haben teilweise vollkommen divergierende, gar sich widersprechende Interessen. Diesen Individuen aber ist allen gemein, den Anspruch zu haben, dass ihre Menschenwürde geachtet wird. Und es scheint mir, dass wir als Politiker*innen auch den Anspruch haben sollten, einerseits diese Menschenwürde in ganz unterschiedlichen Facetten zu schützen und andererseits die divergierenden Interessen zu respektieren und zu einem respektvollen Ganzen zusammenzuführen. Es sind nicht zuletzt die Menschenrechte und die Fähigkeit, parlamentarische Kompromisse zu schmieden, die unser politisches System von den totalitären Staaten unterscheiden lässt. Und was Grundrechtsgeschützt ist, entscheidet nicht der Gemeinderat, sondern Gerichte. Das ist der unbestreitbare Vorteil

von Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Für den grundrechtlichen Schutz von Demonstrationen ist es vollkommen unerheblich, ob diese bewilligt sind oder nicht.

Glücklicherweise ist diese Frage mit dem neuen Polizeidirektor Alex von Graffenried nun auch öffentlich geklärt. Damit will ich nicht behaupten, dass eine Bewilligung gerade von grösseren Demonstrationen nicht auch sinnvoll sein kann. Auch im Hinblick auf das Nebeneinander von unterschiedlichen Interessen, auch im Hinblick darauf, dass Grundrechtsausübung auch das Verständnis einer Mehrheit braucht, um geschützt zu sein, ist hier auf ein rücksichtsvolles Nebeneinander von unterschiedlichen Interessen und Individuen durchaus zu achten. Und genau bei dieser Bewilligungspflicht stellt das kantonale Polizeigesetz ein Problem dar, da es die langjährige Praxis sowohl des Bundesgerichts als auch des EGMR zu negieren scheint.

In diesem Punkt kritisiert die Fraktion SP-JUSO den Bericht des Gemeinderates, der diesen Unterschied unserer Meinung nach zu wenig klar herausarbeitet. Im Bericht wird allerdings zu Recht beschrieben, dass Veranstaltungen, seien sie nun politisch oder nicht, nicht durch die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit geschützt sind, wenn sie zu Gewalt aufrufen oder wenn während der Veranstaltung Gewalt in einem Ausmass ausgeübt wird, dass die meinungsbildende Komponente völlig in den Hintergrund rückt. Es wäre wohl ehrlicher und würde dem faktischen Grundrechtsschutz mehr dienen, zuzugeben, dass dieses Prinzip der Grundrechtslehre auch mit einer anderslautenden Regelung in der Stadt Bern nicht verändert werden kann. Damit sei hier auch klar gesagt, dass die Veranstaltung vom 11. Oktober 2025 nach den entstandenen Gewaltexzessen nicht mehr durch die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit geschützt war.

Dadurch, dass sie nicht mehr geschützt war, könnte im Falle von Verurteilungen auch Kosten überwältzt werden, egal wie die Regelung im Kundgebungsreglement dazu aussehen würde. Es würde sich daran auch nichts ändern, wenn in der Regelung das Wort Grundrechtsschutz gestrichen würde. Die bundesgerichtliche Rechtsprechung ist hier sonnenklar. Das zu anerkennen, würde viel politische Schaumschlägerei ersparen und uns ermöglichen, uns auf das Wesentliche, nämlich den Schutz der Grundrechte, zu fokussieren.

Ebenso klar ist auch der Umstand, dass eine Kundgebung den Grundrechtsschutz und damit das Verbot der Kostenüberwälzung nicht einfach verliert, wenn, entschuldigt den Ausdruck, irgendwelche Idioten eine Fensterscheibe einschlagen oder ein Farbbeutel geworfen wird. Der Gemeinderat führt in seinem Bericht zu Recht aus, gemäss der vorerwähnten bundesgerichtlichen Rechtsprechung kann somit nicht jegliche Form der Gewaltausübung einer Kundgebung ihren grundrechtlichen Schutz berauben. Differenzierte Auseinandersetzung hilft sehr oft bei der Lösungsfindung komplexer Probleme. Differenzierte Auseinandersetzung bedingt allerdings das Denken in Optionen und verhindert anders als das Polemisieren der schwarz-weiss malen unnötigen Polarisierungen. Die Frage, ob Menschen oder Gruppierungen mit weniger finanziellen Ressourcen in einer direkten Demokratie vom politischen Meinungsbildungsprozess ausgeschlossen werden sollten, ist keine juristische, sondern eine politische Frage und für die SP ist klar, dass dies nicht sein darf. Wenn Organisierende befürchten müssen, für etwas haftbar gemacht zu werden, was im Umfeld einer Demonstration geschieht, ohne dass sie es aktiv beeinflussen können, hindert das Menschen und Organisationen mit geringen finanziellen Ressourcen daran, Kundgebungen zu organisieren. Mit der Regelung in Artikel 5a des Kundgebungsreglements wird dem Anliegen der Motion vollumfänglich nachgekommen, da in der Stadt Bern damit keine Kosten auf die Organisationen von verfassungsmässig geschützten Veranstaltungen und Kundgebungen überwältzt werden können.

Eine Veranstaltung, die diesen Anforderungen nicht entspricht, wird nicht geschützt, egal wie wir das regeln. Mit dem vorliegenden Bericht klärt der Gemeinderat nun auch eindeutig, dass er dieses Reglement umzusetzen gedenkt. Das war beim alten Polizeidirektor nicht immer ganz so klar. Die Polemik, die teilweise nun in dieser Debatte an den Tag tritt, verkennt einerseits, dass in der Stadt Bern Jahr für Jahr Hunderte von friedlichen Demonstrationen durchgeführt werden und andererseits, dass mit dem Kundgebungsreglement eine ausgewogene und verfassungsrechtlich absolut saubere Lösung gefunden werden konnte, um eine Kostenüberwälzung zu verhindern.

Und wer dies leugnet, dem geht es wahrscheinlich weniger um Grundrechtsschutz, sondern mehr um Profilierung. Wenn die SVP alle Demonstrationen verbieten will, die ihrem Parteiprogramm widersprechen, müsste die Schweiz tatsächlich, wie es die SVP ja auch will, die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen und ihre Verfassung ändern. Demokratische Kräfte, das haben wir heute gehört, wollen das nicht, weil sie den Wert der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit in der politischen Auseinandersetzung zu schätzen wissen und diese auch anderen Meinungen zugestehen. Genauso schützen demokratische Kräfte die Meinungsäusserungsfreiheit. Versammlungsfreiheit vor Gewaltexzessen, da sie wissen, dass Gewalt in einem demokratischen Rechtsstaat kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Ich frage mich wirklich, ob wir es uns in der heutigen Zeit, in der die Demokratie, in der Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte von totalitären Kräften unter Druck kommen, leisten können, diese Werte mit parteipolitischen Spielchen und individuellen Profilierungsaktionen zu gefährden. Ich bin ganz klar der Meinung, dass wir als Parlamentarier*innen alle Verantwortung dafür tragen, dass dies nicht geschieht.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir haben ein kurzes Einzelvotum von Alexander Feuz und der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass er ganz kurz eine Erklärung hat. Darum würde ich vorschlagen, dass wir das Geschäft heute Abend noch abschliessen, wenn es nicht noch weitere Einzelvoten gibt.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ihr kennt mich, ich will, dass ihr rechtzeitig in den Ausgang gehen könnt. Die SVP stimmt dem Begründungsbericht zu. Ich wünsche euch einen schönen Abend. Ich gebe nachher später noch Ueli Jaisli das Wort, damit er über den Skiausflug sprechen kann. Schönen Abend miteinander. Ich hoffe, viele kommen auf den Skiausflug mit. Danke.

Präsidentin: Danke, als nächstes für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Ich danke für diese engagierte Debatte. *Die Präsidentin macht darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat noch nicht korrekt angemeldet ist.*

Danke, dann äussere ich mich auch noch in meinem Namen gerne, Frau Stadtratspräsidentin. Danke für diese engagierte Debatte. Ich danke vor allem auch für das einlässliche Votum von Bernadette Häfliger. Das erspart es mir, mich hier ausführlich noch einmal äussern zu müssen. Ich habe mich auch schon ausführlich geäussert und ich entziehe mich auch nicht der Debatte. Ich werde mich auch bei anderer Gelegenheit wieder ausführlicher äussern. Ich bleibe jetzt kurz infolge der fortgeschrittenen Zeit. Natürlich stehen wir unter dem Eindruck der Ereignisse vom 11. Oktober, aber ich bitte Sie, den Gemeinderat auch an seinen Taten zu messen. Ich verweise explizit und Wort für Wort auf den Begründungsbericht, den wir Ihnen vorgelegt haben, aber messen Sie uns auch an den Taten. Wir hatten einen sehr intensiven Demo-Winter bis jetzt.

Wir hatten zahlreiche unbewilligte Demonstrationen und schauen Sie sich an, wie wir mit diesen unbewilligten Demonstrationen, mit den Rojava-Demonstrationen und mit den Iran-Demonstrationen umgegangen sind. Wir lassen diese Demonstrationen zu. Wir suchen den Kontakt und wir suchen den Austausch. Das funktioniert auch und manchmal funktioniert es nicht. Dann kann eben, wie wir das geschildert haben, eine Demonstration kippen und dann werden wir so vorgehen. Aber das ist nicht der Normalfall und ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Begründungsbericht so gutheissen können. Sicher ist es nicht die letzte Debatte, die wir geführt haben. Ich freue mich auf weiteren Austausch in dieser Sache mit Ihnen und wünsche Ihnen jetzt einen schönen Abend.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir nehmen diesen Begründungsbericht ohne Abstimmung zur Kenntnis und haben somit das Traktandum Nummer 19 abgeschlossen. Jetzt würde gerne Ueli Jaisli noch ganz kurz etwas zum Skitag sagen.

Ueli Jaisli (SVP): Grosse Freude: Der Skitag findet nächsten Samstag, 28. Februar 2026, statt. Wir haben tolle Verhältnisse, genug Schnee, sehr schönes Wetter und ja, blauen Himmel, einfach alles, was es dazu braucht. Die, die noch mitkommen wollen, sind herzlich willkommen. Wir treffen uns im Bahnhof beim Treffpunkt um 8.20 Uhr und gehen nachher gemeinsam auf den Zug. Danke und noch einen schönen Abend.

Präsidentin: Merci auch von meiner Seite für die sehr angenehme Stadtratssitzung und noch einen schönen Feierabend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Folgende Geschäfte wurden nicht behandelt. Sie werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Traktandum 9: Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): PEQ: die Energie-Strategie für die zukünftigen Areale in Bern; Abschreibung Punkt 2

2019.SR.000041

Traktandum 10: Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Valentina Achermann (SP): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes; Abschreibung

2018.SR.000116

Traktandum 12: Motion Fraktion GLP/JGLP (Corina Liebi, JGLP/Michael Ruefer, GLP): Erwerbsanreiz statt Ruhestandsrente – Anpassung der Gemeinderatsrenten; Abschreibung Punkt 1

2021.SR.000041

Traktandum 13: Motion Maurice Lindgren/Janina Aeberhard (GLP)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Jede Stimme zählt: faireres Wahlverfahren für die Stadt Bern; Ablehnung

2024.SR.0289

Traktandum 14: Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernahe Verwaltung in Bern; Abschreibung

2005.SR.000168

Traktandum 15: Motion Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Datenschutz in der digitalen Transformation; Abschreibung

2019.SR.000257

Traktandum 16: Motion: Änderung der GO: Im Sinne einer wirksamen Stadtteilpartizipation müssen die offiziellen Stadtteilvertretungen über die betreffenden Vorlagen vor der Behandlung in den Kommissionen und im Stadtrat orientiert werden!; Ablehnung/Annahme Postulat

2025.SR.0122

Traktandum 17: Motion: Pilotprojekt hindernisfreies und inklusives Bauen; Annahme

2025.SR.0213

Traktandum 20: Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht

2021.SR.000129

Traktandum 21: Motion: Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt; Ablehnung/Annahme als Postulat/Prüfungsbericht

2025.SR.0052

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/2027983431.php>

2026.SR.0079 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Kontextualisierung von Denkmälern und Brunnen

2026.SR.0083 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Fraktion SVP, Alexander Feuz, Thomas Glauser: Wieviel Prozente der in den letzten Legislaturperioden vergebenen/überbauten städtischen Grundstücke wurden als Eigentum/Stockwerkeigentum/Baurecht, Marktmiete, Genossenschaft, GWÜR, Sozialwohnungen genutzt?

2026.SR.0068 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz (SVP), Nicolas Lutz (Mitte), Thomas Glauser (SVP); Kritik an der schlechten «Verpflegung» in der Tagesschule Kirchenfeld! Wie lange muss zu viel Foodwaste, ungeniessbare Garstufe (zu wenig oder zu fest gekocht), ungeniessbarer Fleischersatz noch ertragen werden? Wurde dies zuerst verschwiegen? Was für Entschädigungen wurden für die Konzeptbegleitung von Fourchette verte bezahlt?

2026.SR.0069 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Nicolas Lutz (Mitte), Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP); Verbesserung der Verpflegung an den Tagesschulen. Fragen zur Durchführung der Umfrage der Tagesschule im Kirchenfeld

2026.SR.0071 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, Thomas Glauser; beide SVP; Tram Bern Ostermundigen: ist die alte Planung angesichts der neusten Entwicklung und der nun doch erfolgreichen Einführung von Doppelgelenkbussen überhaupt noch zeitgemäss?

2026.SR.0073 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, Thomas Glauser; beide SVP; Passagierzahlen auf der Buslinie 10?

2026.SR.0074 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion SVP; Gemeinderatsmitglieder und höchste Kader der Stadtverwaltung (Stufe Generalsekretäre/Abteilungsleiter) Ablieferungspflicht für Nebenbeschäftigungen

2026.SR.0077 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Sportplatz Spitalacker – wo steht das Projekt?

2026.SR.0082 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Thomas Glauser (SVP) und Nicolas Lutz; Brandschutz bei Schulbauten (insbesondere bei Modulbauten)

2026.SR.0072 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, Thomas Glauser; beide SVP; Tram Bern-Ostermundigen: rechtliche Probleme? Zeitprognose? Kosten?

2026.SR.0084 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Was ist aus der angekündigten Solaroffensive geworden?

2026.SR.0081 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP und Thomas Glauser (SVP); schlechte und ungeliebte Verpflegung an den Tagesschulen: Wie geht das im Tiefenau?

2026.SR.0076 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Sportfelder Allmenden – es werde Licht?

2026.SR.0078 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Was plant der Tierpark Bern im FamilienZoo?

2026.SR.0080 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Familienorientierte Leuchtturmangebote als Bestandteil der Standortstrategie der Stadt Bern

2026.SR.0075 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Hallenbadversorgung der Stadt Bern ab 2027 und Rolle des Standorts Hirschengraben

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

27.04.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

für das Protokoll

05.05.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi